

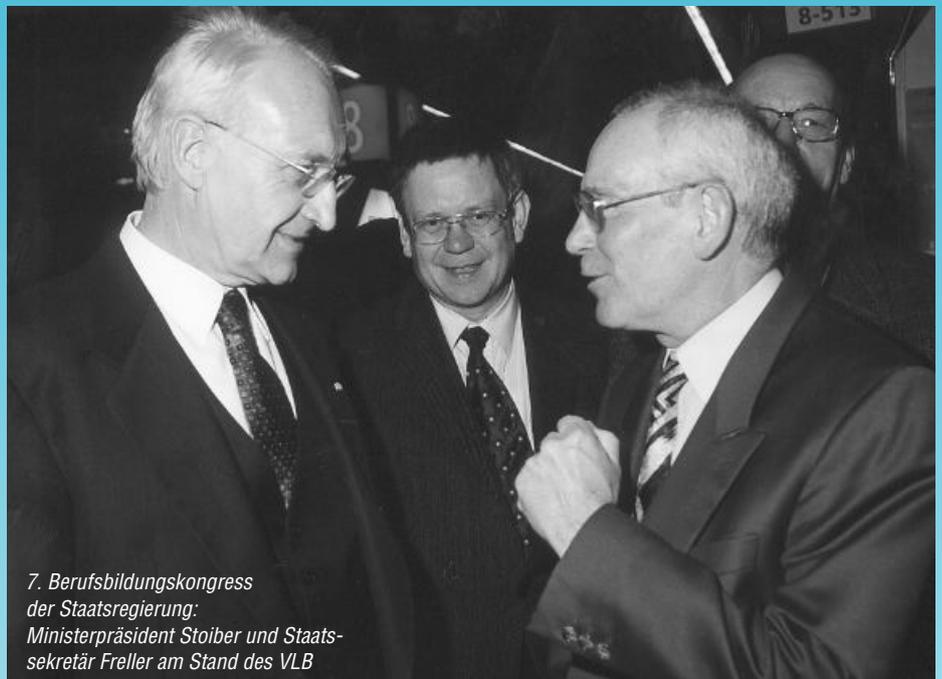


# akzente

BERUFLICHE BILDUNG IN BAYERN

## Unsere Themen:

- Der VLB-Landesvorsitzende zur Jahrhundertwende
- Position der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Reform der beruflichen Bildung
- Parlamentarischer Abend mit der CSU-Landtagsfraktion
- Die Ausbildung der Fachlehrerinnen für Handarbeit/Hauswirtschaft in der Diskussion
- Aktionsbündnis „Beste Bildung für die Zukunft“
- Festrede von Prof. Dr. Rolf Dubs zum 50jährigen Jubiläum des VLB
- Neue Gesetze und Verordnungen zum Dienstrecht
- Hauptpersonalrat erteilt neuen Beurteilungsrichtlinien eine Absage
- Modellversuch „Multimedia und Telekommunikation für berufliche Schulen“ (MUT)
- 50 Jahre BV München



7. Berufsbildungskongress der Staatsregierung:  
Ministerpräsident Stoiber und Staatssekretär Freller am Stand des VLB



Podiumsgespräch mit Kultusministerin Hohlmeier

## HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43  
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>  
e-mail: VLBBayern@aol.com

## REDAKTION

Peter Thiel  
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn  
Telefon: (0931) 70 76 91  
Telefax: (0931) 70 76 91 und 7 95 31 13  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon/Telefax: (0931) 66 14 15  
e-mail: [mruf97@aol.com](mailto:mruf97@aol.com)

## ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43

## GESTALTUNG

p. m. e. GmbH  
Nonnengarten 8, 97270 Kist bei Würzburg  
Telefon: (093 06) 90 61-0  
Telefax: (093 06) 90 61 61

## DRUCK

Helmut Preußler-Verlag  
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg  
Telefon: (09 11) 9 54 78-0  
Telefax: (09 11) 5 42 86

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 11 x jährlich  
Jahresabonnement 55,- DM  
zuzüglich Versandkosten

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
decken sich nicht unbedingt mit der  
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, in Dokumenta-  
tionsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 03/04/00: 21. 02. 00  
für Heft 05/00: 03. 04. 00

ISSN 0942 – 6930

# INHALT:

## THEMA DES TAGES

- 3 Hermann Sauerwein: Zur Jahrhundertwende

## BILDUNGSPOLITIK

- 4 Alexander Liebel: Das Positionspapier der Bundesvereinigung  
der Deutschen Arbeitgeberverbände  
5 Parlamentarischer Abend mit der CSU-Landtagsfraktion  
9 Annemarie Harter: Zur geplanten Neuordnung der Ausbildung  
zur Fachlehrerin Handarbeit/Hauswirtschaft  
11 Dietmar Leischner/Peter Thiel: Berufsbildungskongress  
der Bayerischen Staatsregierung  
16 Aktionsbündnis „Beste Bildung für die Zukunft“ gegründet

## DIENSTRECHT

- 19 Manfred Greubel: Neue Gesetze und Verordnungen

## PERSONALVERTRETUNG

- 21 Hauptpersonalrat erteilt den neuen Beurteilungen eine Absage

## VLB-INITIATIVEN

- 21 Schreiben von Kultusministerin Monika Hohlmeier:  
Universitäre Ausbildung zum Lehramt an Beruflichen Schulen

## PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 22 Rudolf Geier/Reinhard Göbl: MUT in Pfarrkirchen –  
Idee und Umsetzung

## AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 25 Bezirks- und Kreisverbände: BV Unterfranken, BV München,  
KV Allgäu, KV Rosenheim-Miesbach  
29 Referate und Fachgruppen: FG Hauswirtschaft, FG Sozial-  
pädagogik/Sozialpflege, FG Handelsberufe, FG Bautechnik  
34 Personalien

## JUBILÄUMSREDE PROF. DR. R. DUBS

- I–VIII Die Verantwortung der Politik gegenüber den Lehrkräften

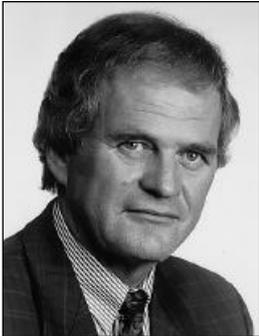
*In eigener Sache:*

*Normalerweise erwarten Sie, liebe Leserinnen und Leser, im Januarheft das In-  
haltsverzeichnis der Hefte des vergangenen Jahres. Aus gegebenem Anlass und dem  
Wunsch vieler Mitglieder entsprechend haben wir uns entschlossen, das richtungs-  
weisende Referat von Prof. Dubs anlässlich der 50-Jahrfeier des VLB im Mittelteil  
abzudrucken.*

*Das Jahresinhaltsverzeichnis 1999 erscheint dann im Februarheft.*

Titelfotos: 7. Berufsbildungskongress der Staatsregierung, Bischof & Broel, Nürnberg.

# Zur Jahrhundertwende



HERMANN SAUERWEIN

Die Welt im Millenniumsrausch. Schwer jedoch, sich ein Jahrtausend vorzustellen. Beim Jahrhundert fällt dies leichter. Ein verrücktes Jahrhundert, das wir jetzt hinter uns lassen, vermutlich das turbulenteste in der ganzen Menschheitsgeschichte. Der soziale Wandel sprengte alle Grenzen, in vorher unvorstellbarem Maße trieb der menschliche Verstand Wissenschaft, Forschung und Technik voran und dies leider nicht immer nur zum Segen.

Die berufliche Bildung gewann eine herausragende Bedeutung im Kräftespiel zwischen Ökonomie und Pädagogik, eine Entwicklung, die zwar schon zur Zeit der Reformpädagogik in den zwanziger Jahren erkannt und beschrieben worden war, die aber erst in der zweiten Hälfte des Säkulums konsequent umgesetzt wurde. Die berufliche Bildung als eigenständiger und gleichwertiger Weg neben dem allgemeinen Bildungsgang, ein Weg mit eigener Oberstufe, die der Jugend im Beruf alle Optionen eröffnet, das ist nicht nur die Folge einer klaren Erkenntnis, das ist auch das Resultat einer vernunftorientierten Politik.

Der VLB hat sich bei dieser Entwicklung energisch eingebracht und dies auch über die Grenzen des Freistaats hinaus. Er galt und gilt nach wie vor als ein zuverlässiger Komplementär sowohl der politischen Entscheidungsträger als auch des Dualpartners. Und wenn wir, die gewählten Repräsentanten der Lehrer an be-

ruflichen Schulen Bayerns dabei immer wieder auf Verständnis und Konsens stießen, so wissen wir, dass dies keinesfalls selbstverständlich ist. Vieles zum Wohl der Jugend im Beruf haben wir gemeinsam in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten erreicht.

Doch wir können uns nicht zurücklehnen und verklärten Blickes die Erfolge der Vergangenheit feiern. Vieles gilt es anzupacken in den ersten Wochen, Monaten und Jahren des neuen Säkulums. Nichts nämlich ist so beständig wie der Wandel, der die beruflichen Schulen wie keine andere Schulart immer wieder vor neue Aufgaben stellt. Die duale Berufsausbildung muss sich mehr denn je an den Veränderungen in Wirtschaft, Technik und Gesellschaft orientieren und darf dabei die Erziehung zu Mündigkeit und Werterfüllung nicht aus dem Auge verlieren. Die Entwicklung hin zu Informationsgesellschaft, die Globalisierung und eine verstärkte Kundenorientierung erfordern nicht nur Anpassung bei den Arbeitsverfahren und in der Arbeitsorganisation, sie erfordern auch Veränderungen in der Ausbildung. Mehr als bisher gilt es, junge Menschen in die Lage zu versetzen, sich eigenständig und eigenverantwortlich auf die neuen Anforderungen einzustellen. Dazu müssen insbesondere die Berufsschulen mehr Handlungsspielräume für bedarfsgerechte Bildungsmaßnahmen erhalten, im Klartext, die Schule vor Ort muss selbständiger entscheiden können.

Auf dem Hintergrund der genannten Veränderungen haben sich die Sozialpartner und die Bundesregierung im Rahmen eines „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ auf Ziele, Grundprinzipien und Gestaltungsmerkmale einer mittelfristig strukturellen Weiterentwicklung der dualen Ausbildung verständigt.

Dabei entstand ein Konsenspapier, in dem die Bündnispartner zum Ausdruck bringen, dass eine moder-

ne, langfristig verwertbare Berufsausbildung u. a. darauf gerichtet sein muss

- die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu fördern, um berufliche Entwicklungschancen für alle zu eröffnen,
- die Fähigkeit zum Lernen sowie die Motivation junger Menschen zu entwickeln, neue Anforderungen zu erkennen und Qualifizierungsmöglichkeiten zu nutzen,
- den Bedarf von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft an qualifizierten und vielseitig einsetzbaren jungen Fachkräften zu decken,
- den Übergang in eine Beschäftigung unmittelbar im Anschluss an die Ausbildung zu ermöglichen.

Die neuen Herausforderungen machen es insbesondere erforderlich, dass Betrieb und Berufsschule zum Gelingen der Berufsausbildung inhaltlich, organisatorisch und pädagogisch verstärkt kooperieren. Der nunmehr auslaufende Modellversuch KOBAS hat dazu wesentliche Erkenntnisse gebracht, und es kommt jetzt darauf an, die Ergebnisse dieses Versuchs so zu verstetigen, dass die Lernortkooperation, nicht wie bisher, Ausnahme bleibt, sondern zur Regel wird.

Die Zukunft verlangt also auch in der beruflichen Bildung vermehrt nach Gestaltung. Die Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern und ihr Fachverband, der VLB, werden sich bemühen, dabei entscheidende Impulse zu setzen.

Im Rückblick danken wir unseren Mitgliedern für die Treue dem VLB gegenüber und unseren Partnern in Wirtschaft und Politik für das stets gute Einvernehmen und das uns entgegengebrachte Vertrauen. Nach vorne schauend und mit einem berechtigten Schuss Optimismus rufen wir unseren Mitgliedern und Partnern zu: Auf ins Jahr 2000, auf ins neue Jahrhundert. Machen wir gemeinsam weiter wie bisher. Der VLB wünscht all seinen Lehrkräften im Lande, seinen Wegbegleitern, Freunden und Gönnern dazu alles Gute. Er wünscht ihnen vor allem aber Gesundheit, persönliches Wohlergehen und Erfolg. 

Denkansätze zur künftigen Berufsausbildung, Teil 3:

## Positionspapier der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

ALEXANDER LIEBEL

Unter dem Titel „Vorschläge zur Verbesserung der Strukturen und der Rahmenbedingungen der Berufsausbildung“ hat die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** ihr Positionspapier zur aktuellen Diskussion über die strukturelle Weiterentwicklung des dualen Systems der Berufsausbildung veröffentlicht.

### Kernaussage: Keine Reform an Haupt und Gliedern

Aus der Sicht der Bundesvereinigung hat sich das duale System in den vergangenen Jahren bewährt. Alle Versuche, „das Feld der Berufsbildung als tabula rasa zu begreifen und völlig neu zu bestellen“ werden kategorisch abgelehnt.

Das Berufsprinzip – Herzstück des dualen Ausbildungssystems – darf nicht angetastet werden. Es geht nicht darum, das duale System in Frage zu stellen, sondern intelligente Antworten zu finden auf die permanenten technischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen der Arbeitswelt, die in der Berufsausbildung ihren direkten Niederschlag finden.

Die Arbeitgeber sehen durchaus die Notwendigkeit „behutsamer Operationen“, dabei kann es sich aber nicht um Veränderungen im großen Stil handeln, es geht um „Nuancen“.

### Flexible und praxisnahe Ausbildungsordnungen

Die BDA formuliert eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen zur Weiterentwicklung der Berufsausbildung. An vorderster Stelle steht dabei die Forderung nach flexiblen und praxisnahen Ausbildungsordnungen.

Die Begriffe Flexibilität und Praxisbezug ziehen sich wie ein roter Faden durch das Positionspapier und sind die Kernpunkte aller Verbesserungsvorschläge. Gemeint ist damit, dass man Ausbildung nicht als monolithischen Block verstanden wissen will. Vielmehr soll sich die Branchenvielfalt der Wirtschaft widerspiegeln in einer variablen Ausgestaltung der Berufsausbildung.

Ausbildungsordnungen sollen sich stärker als bisher auf die erforderlichen Mindestanforderungen konzentrieren und die Möglichkeit geben, Teile der Ausbildung betriebspezifisch zu gestalten. Ausbildungsordnungen, die im Abstand von wenigen Jahren wieder auf den neuesten Stand gebracht werden müssen, entsprechen nicht der Zielvorstellung der BDA.

Eine unmissverständliche Abfuhr erhält der Vorschlag, „die Ausbildungsdauer aller Berufe in einem Korridor von zwei bis dreieinhalb Jahren freizugeben und der vollen Mitentscheidung des Auszubildenden anheimzustellen. Damit widerspricht die BDA in außergewöhnlich deutlicher Form der Position des DIHT, die auch vom VLB vollkommen abgelehnt wird.

### Differenzierung des Ausbildungsspektrums

Der VLB nennt es in seinen Markierungspunkten „Konsequente Förderung und Forderung der Schüler“, die BDA verlangt die „Differenzierung des Ausbildungsspektrums“. Beide Zielvorstellungen sind im Kern identisch. Einerseits sollen leistungsstarke Schüler gefordert, andererseits sollen leistungsschwache Schüler gefördert werden.

Für Jugendliche mit besonders schwierigen Leistungs- und Soziali-

sationsvoraussetzungen will die BDA modulare Ausbildungskonzepte entwickeln. Durch die Zertifizierung von Qualifikationsteilen sollen die Chancen dieser Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden und ihre Motivation für weitere Qualifizierungen angeregt werden.

### Prüfungen praxisnah und ökonomisch gestalten

Die Zwischenprüfung in der jetzigen Form ist auch bei der BDA stark umstritten. Künftig soll sie entweder ganz entfallen oder aber als Teilleistung für die Abschlussprüfung gewertet werden.

Unumstritten ist die Notwendigkeit einer Abschlussprüfung, die unter folgenden Gesichtspunkten durchzuführen ist:

- Bundeseinheitlichkeit
- Berufstypische Aufgabenstellungen
- Reduzierung der Kosten.

Es wird allerdings sehr schwierig werden, die genannten Ziele gleichermaßen zu erreichen. Man kann dabei durchaus von einem „Magischen Dreieck des Prüfungswesens“ sprechen.

### Berufsschulen flexibel organisieren

Die BDA fordert das „Dienstleistungsunternehmen Berufsschule“. Gleichzeitig fordert man für die Berufsschule finanzielle, personelle und inhaltliche Spielräume, um diesem Ziel gerecht werden zu können.

Die Berufsschule und den Ausbildungsberuf gibt es aus der Sicht der BDA nicht mehr. Die individuelle Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb soll das gestalterische Moment sein, um eine zukunftsorientierte Ausbildung zu garantieren.

Die Absprachen betreffen sowohl organisatorische Bereiche als auch inhaltliche Aspekte. Auch der berufsschulische Zeitanteil muss differenziert betrachtet werden und kann nach Meinung der BDA nicht einheitlich geregelt werden.

Ein besonderes Anliegen ist der Wirtschaft die Sicherung des Lehrernachwuchses für die Berufsschulen und die Lehrerfortbildung.

### Die europäische Dimension der Ausbildung stärken

Das zusammenwachsende Europa muss sich verstärkt in der Ausbildung niederschlagen. Es werden gefordert

- Fremdsprachenunterricht,
- Auslandsaufenthalte,
- Europäische Austauschprogramme.

Die Fremdsprachenvermittlung ist neben dem allgemeinbildenden Schulwesen vor allem Aufgabe der Berufsschule. Leider konnte sich die BDA nicht durchringen, den Fremdsprachenunterricht als Pflichtunterricht zu fordern. Damit wird der gute und wichtige Ansatz in vielen Fällen ins Leere gehen. Es ist Realität, dass viele Betriebe mit jeder Unterrichtsstunde rechnen. Solange Fremdsprachenunterricht Wahlunterricht ist,

werden die Erfolge bescheiden sein. Man muss dabei berücksichtigen, dass in Bayern 9 Stunden Unterricht pro Tag der Normalfall ist. Über die pädagogische Sinnhaftigkeit einer 10. Unterrichtsstunde braucht man sich zwischen Fachleuten überhaupt nicht zu unterhalten.

### Rahmenbedingungen der Ausbildung verbessern

Unter diesem Stichwort werden von der BDA die Bereiche

- Flexibilisierung der Tarifpolitik,
- Neugestaltung der Anrechnungsverordnungen,
- Ökonomische Grundbildung in der Sekundarstufe 1,
- Ausbildungsreife der Jugendlichen, angesprochen.

Tenor der Forderung ist, den Betrieben die Erweiterung des Ausbildungsplatzangebotes durch Entlastungen (z. B. Absenkung der Ausbildungsvergütung) „schmackhaft“ zu machen.

### Fazit aus der Sicht des VLB:

Vergleicht man das Positionspapier der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit den anderen derzeit gehandelten Veröffentlichungen (siehe VLB-Markierungspunkte 1 und 2), dann werden deutliche Unterschiede erkennbar, die sich in folgenden zwei Punkten herausarbeiten lassen:

1. Reformen ja, aber nur im Rahmen des bestehenden Systems.
2. Die Bedeutung der Berufsschule innerhalb des dualen Systems bleibt unangetastet.

Zahlreiche Verbesserungsvorschläge der BDA decken sich mit langjährigen Forderungen des VLB. Ganz offensichtlich stehen sich diejenigen, die innerhalb der Ausbildung an vorderster Front stehen – nämlich die Schulen und die Ausbildungsbetriebe – in vielen Punkten weitaus näher als diejenigen, die Konzepte vom Schreibtisch aus erarbeiten. 

### Parlamentarischer Abend mit der CSU-Landtagsfraktion:

## „Den Meinungs Austausch möglichst bald fortsetzen“

PETER THIEL

Eine nicht ganz neue Initiative der CSU-Landtagsfraktion stand im Mittelpunkt des parlamentarischen Abends, den der VLB Ende November mit Vertretern eben dieser Fraktion durchführte. Die Ausbildung der Fachlehrerinnen des Bereichs Handarbeit / Hauswirtschaft soll nach Auffassung der Christlich-Sozialen geändert werden und dazu hat ihre Landtagsfraktion einen Modellversuch beim Kultusministerium beantragt. Dieser soll am Münchener Staatsinstitut über die Bühne gehen und im kommenden Herbst beginnen.

Zum Hintergrund: Bislang kommen die genannten Fachlehrerinnen des Bereichs Hauswirtschaft und Handarbeit über die zweijährige Fachakademie und absolvieren - der Fachakademie vorgeschoben - eine abgeschlossene berufliche Ausbildung (mit mittlerer Reife zweijährig) als Hauswirtschafterinnen. Danach besuchen sie ein Jahr lang das Staatsinstitut zur Ausbildung von Fachlehrern, bevor sie einen zweijährigen Vorbereitungsdienst an den Schulen antreten.

Diesen Ausbildungsgang möchte die CSU nun in eine neue Form gießen: Man will auf die zweijährige Fachakademie verzichten und die

jungen Damen – um solche handelt es wohl mehrheitlich – unmittelbar nach der Mittlere-Reife-Prüfung für drei Jahre Fachausbildung ans Staatsinstitut holen. Die einjährige pädagogische Ausbildung soll sich daran anschließen. Die zeitliche Einsparung: ein Jahr.

### „Ein zweites berufliches Standbein kann doch kein Nachteil sein“

Als Vertreterin des VLB gab Annemarie Harter, Leiterin des Augsburger Berufsbildungszentrums für Hauswirtschaft, Textil, Kinder- und Sozialpflege ein Plädoyer für die Beibehaltung der Ausbildung in bisheriger Form.

„Was ist daran verwerflich, wenn die Fachlehrerinnen eine Berufsausbildung haben?“ fragte sie. Alle Welt fordere von den Schulen heute einen stärkeren Praxisbezug, so auch die Haupt- und Realschulen. Gerade diese beiden Schularten schätzen die

## Mit der CSU-Landtagsfraktion ...



„Die größte Gefahr droht uns von den Un- oder Halbinformierten; die Verbände müssen Aufklärungsarbeit leisten“. MdB Christian Knauer.



Plädoyer für einen bewährten Ausbildungsgang: Annemarie Harter (VLB).



„Das Sprengel-Splitting – ein ausgemachter Unfug“. VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein.



„Im Rahmen des Möglichen werde ich meinen Beitrag zur Schulfinanzierung leisten. Im übrigen müssen wir ernsthaft über Leasing nachdenken“. MdB Manfred Ach, Vorsitzender des Haushaltsausschusses.



„Es gibt doch die Anwärtersonderzulage bei Mangelberufen. Wäre Bayern in der Lage für unsere Referendare einen eigenen Weg zu gehen?“ Ingrid Heckner (VLB).



„Mich hat jetzt fast der Dampfhammer getroffen – wie war das, das Kultusministerium hat die neuen Beurteilungsrichtlinien ausgesetzt?“ Alex Liebel (VLB).



„In Mittelfranken haben wir ein Phänomen: die Landkreise sind bei den Highlights reicher als die Städte“. Armin Ulbrich (VLB)



„Wir kämpfen bei der Lehrerfortbildung nur zu oft um Banalitäten“. Johann Käfler (VLB).



„Die Anliegen des VLB werden wir in der Fraktion mit großem Ernst beraten“. MdB Dr. Ingrid Fickler.

... im Gespräch



Nach dem offiziellen „Schlagabtausch“, noch viel zu sagen.  
Links MdB Christian Knauer, rechts Annemarie Harter (VLB).



Lothar Fischer (VLB) und MdB Georg Stahl.



MdB Heinz Donhauser und Fridtjof Martin (VLB).



Dietmar Leischner (VLB) und MdB Blasius Thätter.



Alex Liebel (VLB) und MdB Franz Pschierer (rechts).



Klemens Brosig  
(VLB) und MdB  
Renate Dodell.

aus dem bestehenden Ausbildungsgang kommenden Lehrkräfte besonders, weil sie „breitbandig“ einsetzbar sind. Die Ausbildung an der Fachakademie als zweites berufliches Standbein könne doch kein Nachteil sein, meinte Frau Harter.

Die bayerischen Fachlehrer an beruflichen Schulen zeichne ja eben aus, dass sie sowohl eine Erstausbildung durchlaufen als auch eine Fortbildung mit Prüfung hinter sich haben (bei den Fachlehrerinnen H/H geschieht dies an der Fachakademie). Ein solcher Ausbildungsweg sei unabdingbare Voraussetzung, da insbesondere die Fachlehrer den nötigen Praxisbezug im Unterricht herstellen müssen. Wie aber soll ein Fachlehrer Praxis vermitteln, wenn er sie nicht selbst durchlebt hat, so die Frage der VLB-Vertreter.

Im übrigen gebe es seit kurzem erst für die Fachakademien neue Lehrpläne. Diese seien noch nicht einmal in vollem Umfang ausprobiert. Sollte der ganze Aufwand der Lehrplanerstellung also umsonst gewesen sein? Werde der von der CSU angestrebte Ausbildungsgang Wirklichkeit, sei der flächendeckende Bestand der bewährten Fachakademie in Frage gestellt. Wir können uns an dieser Stelle weitere Argumente ersparen: Die Position des VLB in dieser Frage ist im folgenden Beitrag aus der Feder von Frau Harter nachlesbar.

### **Etliches zum ersten Mal gehört**

Als bildungspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion nahm Christian Knauer zu den Aussagen der VLB-Vertreterin Stellung. Der geplante Ausbildungsgang sei kürzer; damit können die Schulen rascher mit Fachlehrernachwuchs versorgt werden. Der Bedarf sei groß, meinte Knauer. Man diskutiere seit Jahren darüber, wie man Ausbildung verkürzen könne. Die Fachakademie bilde im übrigen nicht primär für die Schule aus; ihr Bestand sei auch nicht gefährdet, weil die Absolventinnen dringend und in wachsendem Maße im pflegerischen Bereich benötigt würden. Somit sei das flächendeckende Angebot der Fachakademien nicht in Frage gestellt. Knauer verwies auf Petitionen

von Fachlehrerinnen, die Mängel in der bisherigen Ausbildung geltend gemacht haben. „Im bildungspolitischen Ausschuss wurde die Sache einstimmig beschlossen, weil man sich hinsichtlich des Lehrernachwuchses nicht von privaten Ausbildungsstellen abhängig machen will“, sagte der Abgeordnete und empfahl, den Modellversuch durchzuführen, in aller Ruhe das Ergebnis abzuwarten und dann zu entscheiden. „Etliches habe ich heute zum ersten Mal gehört“, räumte Knauer ein und schlug vor, den Meinungsaustausch möglichst gleich zu Beginn des neuen Jahres fortzusetzen.

Die Fachlehrerinnen-Ausbildung war freilich nicht das einzige Anliegen dieses parlamentarischen Abends. Die Tischvorlage des VLB enthielt Themen wie die Lehrstellensituation im Herbst 99, Änderungen beim BayEUG, Lehrerversorgung und Lehrerbildung, die Reform der beruflichen Bildung und die Dienstrechtsreform.

### **Nach wie vor Sorgenkind: das BVJ**

Von einem recht hohen Versorgungsgrad sprach VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, als er die Lehrstellensituation vom Herbst 99 kommentierte. Lobend erwähnte er die 13 Berufsfachschulen, die die Staatsregierung im letzten Jahr neu ins Leben gerufen hatte. „Diese Schulen trugen insbesondere in strukturschwachen Regionen viel zur Entlastung der Nachfrage bei“, sagte Sauerwein. Dennoch seien heuer wiederum rund 10 000 junge Menschen ohne einen Ausbildungsplatz. Als Sorgenkind des Verbandes gelte nach wie vor das BVJ, weil es für dessen Besuch weder eine Anerkennung noch eine Anrechnung gebe.

### **Die Schulträger nicht im Regen stehen lassen**

Ein stattlicher Teil der Bay-EUG-Änderungen, welche der VLB angeregt hatte, seien bereits reibungslos über die Bühne gegangen, erklärte Sauerwein. Für wenig sinnvoll halte es der VLB, wenn sich die ehemalige BAS-Klientel künftig einer Aufnahmeprü-

fung unterziehen soll, um über die Vorstufe in die berufliche Oberstufe gelangen zu können.

Weiterhin fordere der Verband die Einführung von Notenschwellen für FOS und BOS, um zu Beginn des Schuljahres bereits mit halbwegs stabilen Klassenstärken rechnen zu können, um also einem zu starken „Ausbluten“ der Klassen bei Ende der Probezeit einen Riegel vorzuschieben.

In die Schusslinie des VLB geraten war u. a. das sog. Sprengelsplitting, nach dem Berufsschüler den fachlichen und den allgemeinbildenden Teil an unterschiedlichen Schulen absolvieren sollen (den fachlichen Teil ggf. an einer wohnortfernen Sprengelschule, den allgemeinbildenden Teil – wenn vorhanden – in der Schule am Wohnort). „Angesichts der neuen didaktischen Konzeptionen, wie lernfeldorientierter oder fächerübergreifender Unterricht ein völliger Unsinn“, kommentierte Sauerwein.

Weitere durch das BayEUG noch nicht geregelte Fragen: Die Unausgewogenheiten bei den Personalkostenzuschüssen für kommunale Schulen sowie das Thema Leasing. „Beim heutigen Innovationstempo ist Leasing in vielen Fällen die einzige Chance für eine Schule, technisch am Ball zu bleiben. Deshalb sollte man das Verfahren – wie vom VLB lange schon gefordert – bezuschussen und die Schulträger nicht im Regen stehen lassen“, sagte der Landesvorsitzende.

### **Hohe „Weglaufquote“ bei den Lehrerstudenten**

„Es gibt zu wenig Lehrer für die beruflichen Schulen“, so der VLB. Rund 450 junge Kolleginnen und Kollegen seien allein für das nächste Jahr erforderlich und der Freistaat könne den Bedarf aus eigener Kraft nicht decken. „Wir werden bald nicht mehr wissen, wie wir unserer Unterrichtsverpflichtung nachzukommen vermögen“, befürchtet Kollege Lothar Fischer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberpfalz.

Bei den Studierenden sei die Weglaufquote bis zu 30 % geradezu erschreckend hoch. Außerdem erwiesen sich die heuer angebotenen

Zweidrittel-Stellen als wenig attraktiv; von 70 im letzten Jahr angebotenen Stellen waren etliche nicht angenommen worden, berichtete Sauerwein. Sein Vorschlag: Umwandlung von drei Zweidrittelstellen in zwei volle Planstellen.

### Für die „Gewerbler“ einen zweiten Ausbildungsort in Nordbayern gefordert

München als z. T. einziger Studienort in Bayern sei für so manchen ernsthaften Interessenten für das Lehramt an beruflichen Schulen einfach nicht erschwinglich. Dringend fordere der VLB deshalb für die Ausbildung der „Gewerbler“ ein zweites Standbein an der Uni Nürnberg-Erlangen. Und gleich noch eine weitere VLB-Forderung: Die Einführung von Studiengängen für die neugeschaffenen Berufe (z. B. IT-Berufe, Mediengestalter etc.) könne nicht länger hinausgezögert werden.

„Notprogramme zur Lehrerversorgung sind nicht das Gelbe vom Ei“, meinte Kollege Lothar Fischer und forderte eine angemessene finanzielle Zulage für die Studienreferendare. Stellvertretende Landesvorsitzende Ingrid Heckner brachte schließlich eine Anwärtersonderzulage für Mangelberufe ins Gespräch: „Ist Bayern in der Lage, diesbezüglich einen eigenen Weg zu gehen?“, fragte sie.

### Keinen Rückhalt in der Fraktion

Schließlich noch eine beruhigende Information an die Adresse des VLB: Der aktuelle Vorstoß von Staatsminister Zehetmair, die Ausbildung zum Lehramt an beruflichen Schulen an die Fachhochschule zu verlegen, habe in der Fraktion keinen Rückhalt und deshalb keine Bedeutung, versicherten die Parlamentarier. Warum Zehetmair in dieser Frage zu zündeln begonnen hatte, konnte man sich nicht erklären. Im übrigen beziehe sich die immer wieder geäußerte Forderung nach praxisnäherer Lehrerbildung allein auf die Schulpraxis und bedeute nicht, dass die Fachhochschule dem Lehrernachwuchs einen höheren Praxisbezug vermitteln könne. „Den bringen die meisten unserer jungen Leute ohnehin aus ihrem erlernten Beruf mit“, sagte Sauerwein.

### Reformmodelle auf dem Prüfstand

Sowohl das Reformmodell des DIHT als auch das Papier des Deutschen Handwerks erhalte vom VLB die rote Karte. Der DIHT versuche, die Berufsschule zu einer Art Förderschule zu degradieren, das Modell des Deutschen Handwerks stärke primär die überbetriebliche Ausbildung. Als ein tragfähiges Modell bezeichnete Sauerwein den Vorschlag des Hauses Daimler-Chrysler zur Neugestaltung der Abschlussprüfungen. Diese respektiere die Leistung der Berufsschule in vollem Umfang.

erwein den Vorschlag des Hauses Daimler-Chrysler zur Neugestaltung der Abschlussprüfungen. Diese respektiere die Leistung der Berufsschule in vollem Umfang.

### „Die neuen Beurteilungsrichtlinien sind lehrerfremd“

Unmut seitens der VLB-Vertretung gab es schließlich noch hinsichtlich der neuen Beurteilungsrichtlinien. Diese seien auf die Verwaltung zugeschnitten und zu lehrerfremd, wurde beklagt. Darüber hinaus bestehe Unklarheit über den Zeitpunkt der Einführung: „In meinem Kollegium sind die Richtlinien bereits verkündet, jetzt erfährt man, dass das Ministerium den Termin verschoben hat, es geht drunter und drüber“, wetterte Kollege Alex Liebel, VLB-Referent für Bildungspolitik.

Das kleine Sturmtief am Schluss der Gesprächsrunde vermochte dem guten Klima des Abends keinen Abbruch zu tun, im Gegenteil, es trug zur Klärung der Lage bei.

In Freundlichkeit und gegenseitigem Respekt waren die Argumente ausgetauscht worden, wobei in vielen aber nicht in allen Fragen Konsens bestand. Dies ist bei einem Gespräch mit der Regierungsfraktion ganz normal. Wenn dem nicht so wäre, brauchte man nicht zusammenkommen. 

## Zur geplanten Neuordnung der Ausbildung zur Fachlehrerin für Handarbeit/Hauswirtschaft:

# Die Kehrseite einer Medaille\*

ANNEMARIE HARTER

Am 30. September 1999 stellte der Bildungsausschuss des Bayer. Landtages den Antrag, die Ausbildung der Fachlehrer H/H im Rahmen eines Modellversuchs zu ändern.

Ziel dieser Neuordnung soll sein

- die Ausbildung der FachlehrerInnen für H/H an die der FL für Wer-

ken und technisches Zeichen anzugleichen,

- die Inhalte der Ausbildung zu verbessern und zu reduzieren,
- die Dauer der Ausbildung um ein Jahr zu verkürzen,
- die Standorte der Ausbildung an einem Ort zu zentralisieren.

Auf den ersten Blick sind dies durchaus erstrebenswerte Argumente, vor allem soweit sie Zeit und

Geld sparen helfen. Wenn aber die Durchführung zu viele Widersprüche und Nachteile mit sich bringt, müssen die Bedenken formuliert und dargelegt werden.

Ein Vergleich mit der jetzigen Ausbildung an der Fachakademie für Hauswirtschaft soll dies verdeutlichen:

### Die Fachakademien bilden kompetent, umfassend und bedarfsgerecht aus.

Aktualisierte Lehrpläne liegen jetzt vor. Die Lernziele, gerade in den

\* siehe auch S. 29 dieses Heftes

Fächern Werken, Textiles Gestalten, Textilarbeit, Nahrungszubereitung sind weitgehend identisch mit den Lehrplänen der späteren Einsatzschulen. Die Lerninhalte vermitteln breitangelegtes Fachwissen, um der Lehrkraft später Selektion, Reduktion und Aktualisierung des Stoffes zu ermöglichen. Warum also werden Lehrpläne, die erst am 17.09.1999 in Kraft getreten sind, am 30.09.1999 durch o.g. Antrag wieder in Frage gestellt?

### **Die Ausbildung an der FAK entspricht dem Grundprinzip der Volksschule.**

Praxisorientierung ist das erklärte Ziel und die besondere Stärke der Hauptschule. Mit der Entwicklung von Handlungs-, Berufs- und Sozialkompetenz bereitet sie auf die Berufs- und Arbeitswelt vor. Wie wollen Lehrkräfte, die ausschließlich in Institutsatmosphäre lernen und denen jeglicher praktischer Bezug zur Berufs- und Arbeitswelt fehlt, dem Anspruch der Praxisnähe gerecht werden? Warum sollen gerade FachlehrerInnen künftig auf die wertvolle Praxisausbildung verzichten?

### **Die Ausbildung impliziert eine umfassende Berufsausbildung.**

In Zeiten mit immer kürzer werdender Planungseinheiten und raschem gesellschaftlichen Wandel werden überschaubare berufliche Qualifikation immer wichtiger, besonders und gerade für Frauen, die oft genug auf Familienphasen Rücksicht nehmen müssen. Warum wird nun der Erwerb des Facharbeiterbriefes nach BBiG und die Möglichkeit, Betriebsleiterin mit Ausbilderbefähigung zu werden, in Frage gestellt, ja sogar als überflüssig bezeichnet?

### **Die Ausbildung an der FAK ermöglicht einen flexiblen Einsatz als Fachlehrkraft.**

Breit angelegte Bildung und Ausbildung wird heute von allen Bildungseinrichtungen und für alle Berufe gefordert. Gerade eine Fachlehrerin muss flexibel einsetzbar sein und

ständig wechselnden Gegebenheiten gerecht werden. Zum Schulalltag gehört die Bewältigung vielfältiger Aufgaben. Problemschüler, Wechsel des Schulstandortes oder der Schulart, neue Technologien und vieles mehr bilden eine tägliche Herausforderung. Dies gelingt nur mit entsprechendem Rüstzeug. Darüber hinaus kann für ein Europa 2000 nur vorbereitet sein, wer breitangelegte Grundkenntnisse höher einschätzt als eng begrenztes Detailwissen.

Warum sollen diese Forderungen für die FachlehrerInnen H/H nicht gelten?

### **Der Ausbildungsweg erlaubt den Lehrereinsatz in beruflichen Schulen.**

Sollte die Neuordnung greifen, reduzieren sich die Arbeitsmöglichkeiten der Fachlehrerin H/H auf Grund- und Hauptschulen und Realschulen. Der flexible Einsatz, z. B. in Berufs- und Berufsfachschulen und in Fachakademien ist dann nicht mehr möglich. Eine eigenständige Ausbildung für diese Schulart wird notwendig. Welchen Vorteil bringt also eine "Harmonisierung", wenn sie eine weitere Spezialisierung zur Folge hat?

### **Die Dauer der Ausbildung hält einem Vergleich mit der anderer Fachlehrer stand.**

Der Wunsch, die Ausbildung der beiden Staatsinstitute für FL im musisch-technischen Bereich und für FL für H/H anzugleichen, ist unverständlich. Am Staatsinstitut für Werken und Techn. Zeichen verfügen 95% der Studierenden über einen Berufsabschluss oder eine Ausbildung an der FOS. Das durchschnittliche Eingangsalter beträgt dort 23 – 25 Jahre und liegt somit erheblich über dem der Studierenden an den Fachakademien. Ziel der Neuordnung, bzw. Verkürzung aber ist es, dass eine Absolventin des Staatsinstitutes für H/H mit knapp 20 Jahren vor SchülerInnen stehen soll. Ist es nicht verantwortungslos, so junges Lehrpersonal mit der Fülle von Verantwortung und Problematik zu konfrontieren?

### **Die Besoldung einer Fachlehrerin H/H kann nach A 12 erfolgen.**

Bei der jetzigen Ausbildung liegt die höchste Besoldungsstufe für FachlehrerInnen mit Funktion bei A 12, die der FachlehrerInnen im musisch-techn. Bereich nur bei Stufe A 11. Der Verdacht liegt nahe, dass bei einer "Verkürzung um jeden Preis" eine Rückstufung ins Auge gefasst wird. Findet dann die Harmonisierung auch in einer angeglichenen geringeren Besoldung ihren Niederschlag? Warum spricht niemand von der Gefahr einer Rückstufung?

### **Die FAK ist flächendeckend in den Regionen präsent.**

Das Versprechen des bayerischen Staates, möglichst wohnortnah auszubilden, wird ad absurdum geführt, wenn, wie geplant, die Ausbildung zentral an einem Standort durchgeführt wird. Eine 16-jährige Schülerin aus Vilshofen muss dann zu einem vierjährigen Studium nach München übersiedeln, um am dortigen Staatsinstitut die Ausbildung zur Fachlehrerin zu absolvieren. Gleichzeitig werden aber die Fachakademien und die dazugehörigen Berufsfachschulen für Realschulabsolventen in den Regionen überflüssig. Warum werden wichtige Bildungseinrichtungen vor Ort unnötig aufs Spiel gesetzt und damit dringend benötigte wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeiten vernichtet?

### **Die FAK verfügt über eine hochwertige Personal- und Sachausstattung.**

Der geplante Modellversuch am Staatsinstitut in Pasing erfordert durch die Aufstockung der Ausbildung von einem auf vier Jahre immense finanzielle Anstrengungen. In Zeiten äußerst knapper Finanzmittel, gerade auch im Bildungsbereich, sei die Frage erlaubt: Welchen Sinn macht es, vorhandene Ressourcen brachliegen zu lassen, um andernorts hohe Summen zu investieren?

### Wir brauchen deshalb keine Neuordnung der Ausbildung, sondern

- die notwendige Zeit, neue Lehrpläne umzusetzen,
- die konstruktive Zusammenarbeit mit anschließenden Ausbildungseinrichtungen,
- den Erhalt der Berufsabschlüsse,
- die Wahrung der Interessen der Hauswirtschaft als unverzichtbaren Bestandteil der Lebenshygiene,
- die Beibehaltung der Praxisnähe und damit die Sicherung der fachlichen Qualität,
- den Bestand der wohnortnahen Ausbildungsorte,
- die Sicherung der Besoldung bis Stufe A 12,
- die Erweiterung der Berufsbezeichnung zur „Fachlehrerin für Handarbeit / Hauswirtschaft / Werken“.

Dann sind die FachlehrerInnen fachlich, pädagogisch und persönlich kompetent den Schulalltag bewältigen. 

## 7. Berufsbildungskongress der Bayerischen Staatsregierung vom 1. bis 4. Dezember in Nürnberg:

# Breiter Konsens für die duale Berufsausbildung

DIETMAR LEISCHNER/PETER THIEL

Als europaweit größte Berufsbildungsschau und zukunftsweisen den Impulsgeber bezeichnete Arbeitsministerin Barbara Stamm den viertägigen Bildungskongress der bayerischen Staatsregierung, der vom 1. bis 4. Dezember 1999 in der Nürnberger Messe stattfand. Mehr als 88000 Menschen hatten den Kongress besucht, darunter 50000 Jugendliche, die sich über die vielfältigen Möglichkeiten der beruflichen Bildung informierten. „Absoluter Hit des Kongresses waren die lebenden Werkstätten“, sagte die Arbeitsministerin vor der Presse. Mehr als 100 Ausbildungsberufe wurden von Ausbildern, Auszubildenden, Lehrern und Berufsberatern live präsentiert. 140 Vorträge und Fachveranstaltungen sowie eine groß angelegte Fachausstellung zogen ein breites Publikum an.

Der VLB war nicht nur durch einen Stand, sondern auch dreimal bei Podiumsveranstaltungen vertreten, deren Themen lauteten:

1. „Duale Berufsausbildung – bessere Kooperation, mehr Fortschritt“.
2. „Modularisierung in der Berufsausbildung – Ende des dualen Sy-

stems oder Chance für die Zukunft?“

3. „Neue Abschlussprüfungen – was bedeutet dies für Berufsschule und Ausbildungsbetrieb?“

### „Die Lernortkooperation läuft noch nicht rund“

„Zugnummer“ des ersten Podiums (Thema Lernortkooperation) war zweifellos Kultusministerin Monika Hohlmeier. Der großzügig angelegte Tagungssaal „München“ war bis zum letzten Platz gefüllt als Moderator Hans-Herbert Holzhamer (Süddeutsche Zeitung), zur Eröffnung sagte: „Die Lernortkooperation läuft noch nicht rund“. Neben der Kultusministerin und dem Moderator saßen am Podium:

- Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender des VLB,
- Dr. Claus Hipp, Präsident des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages,
- Heinrich Traublinger, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Handwerkskammern,
- Robert Günthner, Bildungsreferent, beim DGB.

Alles andere als ein Auslaufmodell sei die duale Berufsausbildung, stellte Kultusministerin Hohlmeier in ihrem Statement fest. Allerdings

müsse man sich Gedanken machen über die Optimierung des dualen Systems. Stärker als bisher sollte „die Schule“ beispielsweise in die Erstellung der Ausbildungsordnungen einbezogen werden. An den Berufsschulen im Lande lasse sich eine erfreulich starke Bereitschaft zur Lernortkooperation feststellen.

Froh über das duale System sei er, sagte IHK-Präsident Dr. Claus Hipp und wies auf die Bedeutung der Allgemeinbildung hin, die an der Berufsschule vermittelt werde. Es gelte, die Zusammenarbeit zwischen den Lernorten zu intensivieren. Die Betriebe sollten sich den Fortbildungsbestrebungen der Berufsschullehrer gegenüber noch stärker öffnen, meinte Hipp. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit moderner Berufsschulen: An einer vernünftigen Kosten-Nutzen-Relation komme man bei deren Ausstattung nicht vorbei.

HWK-Präsident Heinrich Traublinger erklärte, dass er kein Verständnis für diejenigen aufbringe, die das duale System in Frage stellen. Er forderte, die Überbetrieblichen Ausbildungsstätten in die Lernortkooperation zu integrieren. Seiner Meinung nach müssen die „Überbetrieblichen“ eine grundsätzliche Stärkung erfahren, wenn seitens des Handwerks mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden sollen.

DGB-Vertreter Robert Günthner hält die Lernortkooperation für stark konjunkturabhängig. Eine grundsätzliche Lernortfrage halte er für nachgeordnet. Es komme ihm vielmehr darauf an, wo die qualifi-

zierteste Ausbildung stattfinden könne. Der klassische Weg – Hauptschule, Lehre, Berufsschule, Beruf – verliere an Bedeutung. „Immer mehr Höherqualifizierte dringen in den beruflichen Bildungsgang“, und man müsse ihnen gerecht werden. Daher benötige die Berufsschule neue didaktische Ansätze, und auch die Lehrerrolle verlange eine Neubestimmung. Hinsichtlich der Ausstattung von Berufsschulen stelle er ein starkes Gefälle im Lande fest, erklärte Günther.

**„Die Leistungen in der Berufsschule müssen in die Abschlüsse einfließen“**

Für VLB-Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein ist das Bestreben nach Lernortkooperation im Grunde genommen der Weg in die Normalität, denn bei der Schaffung des dualen Systems sei man von einer funktionierenden Kooperation ausgegangen. Zwischen den Lernorten bestehe keine Gleichwertigkeit, meinte Sauerwein. Auf der unteren Ebene – bei Lehrern und Ausbildern – gebe es viel persönlichen Einsatz und oft ein hohes Maß an Konsens. „Die Probleme stellen sich vor allem auf der Funktionärsebene“, sagte Sauerwein. Es sei an der Zeit, das BBiG entsprechend zu ändern, so dass die Leistungen aus der Berufsschule in die Abschlüsse einfließen und die personelle Schieflage in den Prüfungs- und Berufsbildungsausschüssen beseitigt werde. „Koope-

ration kann man nicht von oben verordnen“, so Sauerwein. Die vom Modellversuch Kobas ausgehende Idee habe aber ein verändertes Bewusstsein geschaffen, das nun möglichst flächendeckend verbreitet werden müsse.

**„Wenn wir die Berufsschullehrer nicht hätten...“**

Kultusministerin Monika Hohlmeier erteilte in der Aussprache u. a. der These vom steigenden Bedarf an Hochschulabsolventen eine eindeutige Absage. „Überqualifizierung führt zu Ausgrenzung und in die Arbeitslosigkeit“, erklärte sie.

Sturheit bei der Lernortkooperation gebe es gelegentlich auf beiden Seiten, meinte die Ministerin, lobte aber gleichzeitig die Vielheit an Kooperationsinitiativen im Lande. Man sollte die positiven Ergebnisse in der Öffentlichkeit darstellen, meinte sie. Die Berufsschule als Teilzeiteinrichtung dürfe nicht ständig in die Leistungskategorie des Gymnasiums eingereiht werden.

Im übrigen könne die Berufsschule nicht immer das fünfte Rad am Wagen sein. Man dürfe sie auch nicht allein an ihrer Ausstattung messen, „sie bietet einfach mehr als fachliche Ausbildung“. Was sie leiste müsse – wie vom VLB gefordert – auch in den Abschlüssen honoriert werden. „Wenn wir die Berufsschullehrer nicht hätten, könnten viele Schüler ihre Prüfung nicht bestehen“, sagte die Ministerin.

„Wir machen das alles gern, wir machen auch viel, aber es sollten die Rahmenbedingungen und Strukturen verbessert und mehr Freiräume für die Maßnahmen der Schulen geschaffen werden“, wurde bei der Aussprache auf Lehrerseite gefordert.

Bei einer Weiterentwicklung, wie sie die systematische Lernortkooperation nun einmal darstellt, sollten materielle Forderungen (beispielsweise Anrechnungsstunden) nicht gleich am Anfang stehen, meinte die Kultusministerin und wies darauf hin, dass derzeit auch in vielen anderen Bereichen mit Überlast gefahren werde. „Was heute Überlast ist, kann morgen Normallast sein“, sagte sie mit Blick aufs neue Jahrhundert.

Bei einer solchen Podiumsdiskussion können direkte Ergebnisse freilich nicht erwartet werden. Die Problemlage rund um die Lernortkooperation wurde jedenfalls herzlich und anschaulich diskutiert und damit einmal mehr in die Öffentlichkeit getragen.

**„Ein Omnibusbegriff gewissermaßen“**

Dr. Günter Cramer (ehem. Direktor der Abteilung Bildungspolitik bei AEG), Prof. Dr. Hermann Schmidt (ehem. Generalsekretär des BiBB), Dr. Eckhart Severing (Leiter der bfz-Bildungsforschung), Prof. Dr. Wolfgang Wittwer (Universität Bielefeld) und Hermann Sauerwein waren die Teilnehmer des zweiten Podiums (Thema „Modularisierung“). Die Moderation lag bei Prof. Dr. Dieter Euler (Universität Nürnberg-Erlangen).

„Ein Omnibusbegriff ist diese Modularisierung, ein Begriff, in den man alles hineinladen kann“, stellte Euler fest. Über folgende Aspekte bestehe bei der aktuellen Modularisierungs-Debatte Konsens:

- Angestrebt werde ein breites Tätigkeitsfeld gemäß dem Berufsprinzip, zu vermeiden sei Ausbildungstaylorismus in Reinform.
- Wahlbereiche sind Bestandteile des Berufsbildes.



Am Stand des VLB: Ministerpräsident Stoiber holt sich Informationen zur Lernortkooperation.

Foto: Bischof & Broel

- Über das Ausbildungspflichtprogramm hinaus sollten Zusatzqualifikationen angeboten werden. Entsprechende Module bilden den Einstieg in die Weiterbildung.
- Nötig sei die enge Verzahnung von Berufsvorbereitung und Ausbildung im Kontext der Berufsqualifizierung.

Bei der Modularisierungs-Diskussion gehe es also nicht um ein kompromissloses Entweder-Oder, sondern um ein differenzierendes Sowohl-Als-Auch. Die Tücken liegen in der Konkretisierung auf der Basis der genannten vier Konsenspunkte.

### Zwei Plädoyers mit einem gewissen Pro...

Prof. Wolfgang Wittwer verwies in seinem Statement auf die immer kürzeren Innovationszyklen in der Arbeitswelt, die Orientierungsverluste zur Folge haben. Die Arbeitswelt werde immer weniger durch starre Organisations- und Arbeitsformen gekennzeichnet sein, sondern Strukturen eines hochspezialisierten flexiblen Netzwerkes aufweisen müssen. Um auf diese Entwicklung reagieren zu können, müssen die Ausbildungsstrukturen flexibel gestaltet sein; für die berufliche Ausbildung müsse also eine Struktur gefunden werden, die die ständigen Veränderungen auffängt. Eine solche Möglichkeit biete die Modularisierung; diese berühre aber nicht nur die Struktur der Ausbildung, sondern auch den beruflichen und sozialen Status des Ausgebildeten. „Die Zukunft des dualen Systems liegt deshalb in einer gewissen Modularisierung bei der Ausbildung“, meinte Wittwer.

Die Berufsausbildung werde sehr stark prognostisch diskutiert, Erwartungen werden hochgerechnet, sagte Dr. Eckhart Severing. Eine entsprechende Antwort auf die künftige Entwicklung bieten Ausbildungsmodule; das duale System werde durch die Modularisierung nicht ausgehebelt. Damit die duale Berufsausbildung auch weiterhin Grundlage für dauerhafte Beschäfti-

Podium zum Thema „Modularisierung“ von links: Dr. Günter Cramer, Hermann Sauerwein, Prof. Dr. Hermann Schmidt, Prof. Dr. Dieter Euler, Dr. Eckhard Severing, Prof. Dr. Wolfgang Wittwer.



Foto: P. Thiel

gung ist, seien strukturelle Veränderungen nötig. Berufsausbildung könne nicht mehr nur eine klar abgegrenzte berufliche Spezialisierung sein. Sie müsse – über die erforderliche Anpassung an neue technische oder arbeitsorganisatorische Entwicklungen hinaus – den Wechsel innerhalb von Tätigkeitsfeldern durch eine breite Grundbildung ermöglichen. Ein wichtiger Schritt dahin sei die Entwicklung von Modulen, die als standardisierte Ausbildungselemente innerhalb verschiedener Ausbildungsgänge und zur Weiterbildung genutzt werden können.

### ...und drei mit ziemlich eindeutigen Contra

Für Prof. Dr. Hermann Schmidt gäbe es vier Gründe, im Zusammenhang mit ungelösten Problemen bei der Berufsausbildung über eine Modularisierung nachzudenken:

- Ausbildungsabbrecher oder Prüfungsversager vermögen wenigstens Teilqualifikationen nachzuweisen.
- Ausbildungsnachholer können auf der Basis von modularartig beschriebenen Teilqualifikationen informelles Lernen zertifiziert bekommen.
- Das starre Zeitbudget der Ausbildung könne aufgelöst werden, denn der Zeitbedarf sei nicht für alle Berufe gleich.
- Modularartig können Zusatzqualifikationen (z. B. Fremdsprachen) angeboten werden.

Darüber hinaus aber würde eine Modularisierung der Berufsausbildung in Deutschland das Ende des Dualen Systems bedeuten. Konstitutives Element der dualen Berufsausbildung sei das Berufsprinzip, zu dem Schmidt ein klares Bekenntnis ablegte. Eine Einführung von Modulen an Stelle der Bildungsgänge in der Berufsausbildung würde das Berufsprinzip und damit das Ganzheitskonzept (das nicht nur für die handwerkliche Ausbildung gilt) in Frage stellen. Dem Interesse der Betriebe an einem breit ausgebildeten fachlichen Generalisten, ein Interesse, welches auf arbeitsmarktgängigen Qualifikationen gegründet ist, könnte dann nicht mehr entsprochen werden. Es gäbe vielmehr einen Arbeitsmarkt für kurzzeitigen Qualifikationsbedarf von vorübergehender Dauer für Modulqualifizierte. Im übrigen sei eine vernünftige Diskussion über Modularisierung nur nach Klärung des Begriffs „Ausbildungsmodul“ möglich, der sehr unterschiedlich interpretiert werde.

### „Modularisierung gefährdet Persönlichkeitsbildung und Qualitätsniveau“

Wie können wir das duale System auf der Grundlage des Berufsprinzips fortentwickeln?, fragte VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein bei seinem Statement. Dem britischen NVQ-System jedenfalls erteilte er eine eindeutige Absage und erinnerte an den Bildungs- und Erziehungsauftrag, an den Auftrag



Podium zum Thema „Abschlussprüfungen“ von links: Franz Schropp, Reinhard Böckl, Moderator Dr. Jens Schmidt, Benno Soder, Dr. Gunther Bös, Hans Käfler.

Foto: Bischof & Broel

zur Persönlichkeitsbildung, der in der Berufsausbildung enthalten sei. Diesem könne bei einer „Atomisierung“ der Ausbildung nicht entsprochen werden. Das duale System müsse grundsätzlich bewahrt, jedoch flexibler gestaltet werden. Dazu seien Wahlbausteine durchaus denkbar, eine konsequente Modularisierung jedoch gehöre ausschließlich in den Bereich der Weiterbildung, sagte Sauerwein.

„Beruflichkeit ist mehr als die Addition von Einzelqualifikationen“, stellte Dr. Günter Cramer fest und sprach sich im Zusammenhang mit der beruflichen Erstausbildung gegen eine Modularisierung aus. Dem Berufsnachwuchs werde eine umfassende berufliche Handlungskompetenz abverlangt. Eine Ausbildung in Modulform, die auf eine Vielzahl von Teilqualifikationen ausgerichtet sei, könne das erforderliche Qualitätsniveau nicht gewährleisten und gefährde die Beruflichkeit, welche Grundlage für einen funktionierenden Arbeitsmarkt und für die Entwicklung des Individuums sei. Modularisierung könne die Ansprüche an eine umfassende berufliche Handlungskompetenz nicht erfüllen. Darüber hinaus gefährde sie die tarifliche und soziale Bewertung der beruflichen Qualifikation, wie dies das Berufskonzept gewährleiste. Letztlich gebe es zum bestehenden dualen System keine Alternative und die Modularisierung könne – abgesehen von einzelnen Ergänzungsfunktionen – keine neuen Perspektiven eröffnen. Im übrigen gebe es

didaktisch gesehen Module schon immer, ordnungspolitisch festgeschriebene Module allerdings wären im Falle ihrer Einführung eine Novität, sagte Cramer.

Die Ausführungen am Podium und die anschließende Aussprache zeigten die ganze Bandbreite des Themas Modularisierung auf. Die Nachahmung des britischen NVQ-Systems favorisierte jedenfalls keiner, weder auf dem Podium, noch im Publikum, wohlwissend, dass dieser Ansatz hinten und vorn nicht in die deutsche Bildungstradition passt.

Alle Podiumsredner wollten – mit unterschiedlichen Nuancen allerdings – am Berufsprinzip festhalten, weil es offenbar die höchste Bildungsrelevanz verspricht. Und wer möchte sich schon sperren, wenn es um Persönlichkeitsbildung geht? Einig auch waren sich alle darüber, dass die duale Ausbildung in der derzeitigen Form dringend auf den Prüfstand gehöre und dass festgestellte Mängel nicht nur diagnostiziert, sondern überwunden werden müssen.

### ***Der junge Mensch muss beim Prüfungsablauf im Vordergrund stehen***

Unter der Moderation von Dr. Jens Schmidt, Bundesinstitut für Berufsbildung, diskutierten zum Thema „Abschlussprüfungen“ Dr. Gunther Bös (Bayerische Arbeitgebervereinigung), Reinhard Böckl (IG Metall), Franz Schropp (IHK), Benno Soder (Berufsausbilderverband)

und Hans Käfler (VLB) über Probleme und notwendige Maßnahmen bei den neuen Abschlussprüfungen. Dabei wurde deutlich, dass immer neue Anforderungen, hohe Fachqualifikationen, Zeitaufwand und Kostendruck sowie das Konzept der Handlungsorientierung einen starken Einfluss auf die bestehenden Prüfungen haben. Neue Ausbildungsordnungen und die darin enthaltenen Prüfungsanforderungen haben eine neue Struktur, der das Prüfungswesen entsprechen muss.

Nach dem Grußwort von MR Gustav Angerbauer, (Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit), der die Zusammenarbeit der Berufsausbilder und Berufsschullehrer als beispielhaft bezeichnet, erläuterte Dr. Schmidt die Entwicklung und die Problematik im Prüfungswesen.

Konsens unter den Podiumsteilnehmern bestand darin, dass die Abschlussprüfungen in der Berufsbildung unumgänglich sind, die dualen Partner an den Prüfungen gleichwertig beteiligt werden und der junge Mensch im Prüfungsablauf im Vordergrund stehen muss unter Berücksichtigung von Praxis- und Handlungsorientierung in öffentlich-rechtlicher Form.

Unterschiedliche Auffassungen wurden deutlich, als es um die inhaltliche Gestaltung und den Prüfungsablauf ging (schriftlicher, mündlicher und praktischer Prüfungsteil, Beratungsgespräch, Projektarbeit, Präsentation usw.). Auch die Berücksichtigung von Ausbildungs-, Lern- und Prüfungsleistungen wurde sehr unterschiedlich gewichtet. So müsse nach Meinung von Franz Schropp die Vergleichbarkeit der betrieblichen und schulischen Leistungen, z. B. durch bundeseinheitliche Prüfungen und Vorgaben (öffentlich-rechtliche Form), gewährleistet sein und eine „Spaltung des dualen System“ vermieden werden.

Für DGB-Vertreter Böckl müssen sich in den Abschlussprüfungen reale berufliche Tätigkeiten, Handlungsbezug, vernetztes Denken,

Teamfähigkeit – also in Schule und Betrieb Gelerntes – widerspiegeln. Prüfungen werden dort durchgeführt, wo es möglich ist unter Beteiligung von Sozialpartner und Schule, wobei die schulischen Leistungen bei Abschlusszeugnisnoten zu berücksichtigen sind.

Da das Erstellen, Durchführen und Bewerten der neuen Prüfungen sehr zeitaufwendig und kostenintensiv sei, müssen nach Aussage von Benno Soder und Dr. Bös andere/inhaltlich flexiblere/kostengünstigere Modelle überlegt werden. Der zeitliche Aufwand könne durch andere Prüfungsanforderungen sowie durch Anrechnung der Zwischenprüfungsergebnisse begrenzt werden. Unbedingt notwendig sei auch eine Reduzierung der Anforderungen und eine Zeitbegrenzung.

Hans Käfler (VLB) bemängelte insbesondere, dass die Berufsschulen so gut wie keinen Einfluß auf Inhalte und Ablauf der Prüfungen haben; oft werde sogar der duale Lernort Berufsschule als „Ausbildungshindernis“ betrachtet. Die zwei Säulen des dualen Systems – Betrieb und Berufsschule – müssen ihre jeweilige Kompetenz und Leistungen bei Abschlussprüfungen einbringen. Der hohe zeitliche und kostenintensive Prüfungsaufwand könne verringert werden, wenn an der Berufsschule erbrachte Leistungen berücksichtigt würden. Den weit überwiegenden Teil der theoretischen Ausbildungs- und Prüfungsinhalte vermittele i. d. R. die Berufsschule; Lehrer seien seit langem in den Prüfungsablauf eingebunden. Außerdem stehe eine punktuelle Prüfung im Widerspruch zur „ganzheitlichen“ Ausbildung.

Gefordert wird – so das Resumee – ein neues Prüfungskonzept, in dem der junge Mensch als Prüfling im Vordergrund der Überlegungen stehen soll und das Konzept auch für die Ausbildung motivierend sein muss. Praxisnahe Prüfungen mit Handlungsfähigkeit unter Berücksichtigung notwendiger Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz sind notwendig; Schulleistungen

sind nach gewissen „Modalitäten“ zu berücksichtigen bzw. anzurechnen; dies gilt in gleicher Weise für Leistungen im Betrieb. In das neue Prüfungskonzept einzubeziehen ist die Forderung, dass Ausbilder und Berufsschullehrer kompetent sind und Prüfungssituationen kennen.

**„Den Lehrkräften wird viel abverlangt“**

Eröffnet worden war der Nürnberger Berufsbildungskongress von Ministerpräsident Edmund Stoiber, der in seiner Rede den Stellenwert unterstrich, den die Staatsregierung der beruflichen Bildung zumesse. Berufliche Bildung behalte ihren hohen Stellenwert in der Gesellschaft und stehe gleichrangig neben der Allgemeinbildung. „Immerhin gehen zwei Drittel unserer Jugend über die Brücke der beruflichen Ausbildung in das Erwerbsleben“, sagte Stoiber. Das

duale System bleibe die von der Wirtschaft akzeptierte, weltweit anerkannte und oft kopierte Basis der beruflichen Bildung. Die Partnerschaft von Schule und Betrieb gelte es auszubauen. Die Berufsschulen seien wie keine andere Schulart der Modernisierung unterworfen. „Flexibilisierung und Anpassung sind für sie ein ständiger Prozess“. Innerhalb der letzten drei Jahre wurde rund ein Drittel der Ausbildungsordnungen und der dazu gehörigen Rahmenlehrpläne aktualisiert bzw. neu geschaffen. Die Berufsschule gehöre damit zu den innovativsten Schularten. „Den Lehrkräften wird viel abverlangt, um diesen gewaltigen Modernisierungsschub zu bewältigen. Bei den Schulleitungen, bei den Schulaufsichtsbeamten sowie bei allen Lehrerinnen und Lehrern möchte ich mich für diese Bereitschaft, immer wieder Neues zu wagen, herzlich bedanken“, sagte der Ministerpräsident

**Haben wir, was Sie schon lange suchen?**

Ein Programm

- zum Erstellen von Klausuren in wenigen Minuten,
- praxiserprobt in Kammern, Schulen, Betrieben, bei Lehrkräften, ...,
- zu einem sagenhaften Preis-Leistungs-Verhältnis!

Prüfungsfragengenerator & Effektiv-Trainer für Windows 95/98 und Windows NT

## PFGEN-WIN & ET-WIN

➤ **PFGEN-WIN**, das professionelle Prüfungsfragenverwaltungsprogramm, wartet u.a. mit folgenden herausragenden Leistungsmerkmalen auf:

- Schriftformatierungen wie unter Windows üblich
- Einfache Integration von Bildern
- Klausurdruck direkt, aber auch über MS-Word
- Für MC-Fragen Lösungsschablone im A4-Format
- Übersichtliche Anordnung der Fragen in Windows üblicher Baumstruktur
- Alle wichtigen Details einer Frage auf einer Bildschirmseite
- Fragenpool: 2000 Fragen im Lieferumfang, ca. 10000 insgesamt verfügbar!
- Einfache Übernahme Ihrer bisherigen Textdateien (auch formatierte Texte)

➤ **ET-WIN** ermöglicht effektives Lernen, Üben und Prüfen mit PFGEN-WIN-Fragen am PC. Leistungsmerkmale sind u.a.:

- Erstellen neuer Tests mit wenigen Mausklicks
- Beim Üben ständige Übersicht über richtige und falsche Antworten inclusive Punktebewertung

Umfangreiche Infos und 'download'-Möglichkeit unter

<http://www.pfgen.de>

F. Zimmermann, St.-Anton-Str. 27, 94209 Regen  
Tel.: (09921) 3229; Fax (09921) 904815  
email: [fzimmermann@pfgen.de](mailto:fzimmermann@pfgen.de)

# Aktionsbündnis **Beste Bildung** für die Zukunft *gegründet.*

Die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) hat sich entschlossen, dem „Aktionsbündnis Schulreform“ beizutreten. Diesem Aktionsbündnis gehören neben den Lehrerverbänden, die Elternverbände und alle Vereinigungen der Wirtschaft an.

Die Schulreform der Bayerischen Staatsregierung hat zum Ziel, die Kinder begabungsgerecht zu fördern und auf das spätere Leben besser vorzubereiten. Der VLB hat sich seit jeher zum gegliederten Schulwesen bekannt. Daher lehnen wir die im Volksbegehren des BLLV verankerte Aufbaustufe (Orientierungsstufe), die in einem zweiten Schritt die Verschmelzung von Haupt- und Realschule zu einer Regionalschule zum Ziel hat, ab.

Die Positionen dieses Bündnisses werden aus der folgenden Presseerklärung vom 6. Dezember 1999 sowie aus einer Stellungnahme der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) deutlich. Der VLB hatte sich bereits im September 99 in einem Pressepapier zu dem Volksbegehren geäußert.

Um unsere Mitglieder für die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um das Volksbegehren mit Hintergrundwissen zu versorgen, drücken wir die Stellungnahme der vbw und die beiden Pressemitteilungen ab.

**VLB-Pressemitteilung Nr. 10/99, 23. September 1999:**

## *Die nötige Durchlässigkeit ist gewährleistet*

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) spricht sich gegen das vom Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV) im Zusammenwirken mit dem Bayerischen Elternverband (BEV) angestrebte Volksbegehren aus, weil er der Meinung ist, dass

- das in Bayern bestehende gegliederte Schulwesen mit seinen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen hinlänglich über Möglichkeiten der Differenzierung und damit der individuellen Förderung junger Menschen verfügt,
- die nötige Durchlässigkeit auf allen Ebenen des Schulwesens im Freistaat gewährleistet ist.

Darüber hinaus ist der VLB der Auffassung, dass alles getan werden muss, damit die Absolventen vornehmlich der Haupt- und Realschule den Bildungsanforderungen

der Berufsschule und den Anforderungen der betrieblichen Ausbildung gewachsen sind. Sowohl Haupt- als auch Realschulabsolventen sehen sich in der beruflichen Bildung einer zunehmenden Konkurrenz der Abiturienten ausgesetzt. Angesichts rasanter technologischer Entwicklungen und veränderter Anforderungsprofile in der Arbeitswelt läuft die genannte Schülergruppe Gefahr im Arbeitsleben auf der Strecke zu bleiben, wenn sie nicht rechtzeitig entsprechend gefördert wird.

Nach Auffassung des VLB sind in den Haupt- und Realschulen, aus denen nach wie vor das Gros der Berufsschüler kommt, entsprechende inhaltliche Fortschreibungen der Lehrpläne – verbunden mit einer inneren Schulentwicklung, die übrigens für alle Schularten gilt – dringend erforderlich. Um dies in die Wege zu leiten, ist ein Plebiszit jedoch nicht nötig, meint der VLB.

## *Die Mitglieder des Aktionsbündnisses*

1. Bayerischer Philologenverband
2. Bayerischer Realschullehrerverband
3. Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern
4. Landeselternvereinigung der bayerischen Gymnasien
5. Landeselternschaft der bayerischen Realschulen
6. Elternschaft der Wirtschaftsschulen
7. Elternschaft der Fachoberschulen
8. Elternschaft der Ordenschulen
9. Vereinigung bayerischer Realschuldirektoren
10. Vereinigung der Direktoren der bayerischen Gymnasien
11. Arbeitskreis Gymnasium-Wirtschaft
12. Katholisches Schulwerk
13. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
14. Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Industrie- und Handelskammern
15. Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern
16. Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft
17. Deutscher Lehrerverband
18. Deutscher Philologenverband
19. Verband deutscher Realschullehrer
20. Initiative Hauptschule (bundesweit)
21. und viele Einzelpersonlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen

Presseerklärung des Aktionsbündnisses, 6. Dezember 1999:

## **Aktionsbündnis „Beste Bildung für die Zukunft“ tritt gegen das BLLV-Volksbegehren an**

„Das angekündigte und angestrebte Volksbegehren des Bayer. Lehrer- und Lehrerinnenverbandes beinhaltet einen Rückschritt in der Schulpolitik und gefährdet die Zukunftschancen unserer Kinder“, begründete Dr. Peter Miller, der Sprecher eines neu gegründeten Aktionsbündnisses „Beste Bildung für die Zukunft“ die Initiative gegen das Volksbegehren und für zukunftsweisende, sinnvolle Reformen.

Das Aktionsbündnis ist ein repräsentativer Zusammenschluss der wichtigsten und meisten bayerischen Elternverbände, Lehrerverbände, kirchlicher Institutionen, Vertretern der bayerischen Wirtschaft, der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern. Es wird weiter unterstützt von vielen Einzelpersonlichkeiten, Schülern und Schülergruppen ebenso wie von Vertretern aus Politik und Wissenschaft.

„Auslöser unseres Engagements war die Gefährdung von Bildungsreformen, welche durch die teilweise jahrelangen Initiativen der Mitglieder des Aktionsbündnisses endlich auf den Weg gebracht und zumindest teilweise auch schon umgesetzt wurden. An diesen Reformen, welche unseren Kindern eine fortschrittliche Schule

und beste Bildungschancen für die Zukunft eröffnen sollen, wollen wir mitwirken. Der rasante technische, wirtschaftliche und soziale Wandel unserer Zeit erfordert es, dass alle Seiten ihre Anstrengungen bündeln, statt unsinnige und überflüssige Konflikte öffentlich auszutragen“, sagte Dr. Miller.

Die rückwärts gewandten Forderungen des BLLV-Volksbegehrens widersprechen nach Überzeugung des Aktionsbündnisses einer begabungsgerechten Förderung unserer Kinder und Jugendlichen. Von den acht bayerischen Elternverbänden unterstützt dementsprechend auch nur ein einziger Elternverband die Ziele des Volksbegehrens. Die mehrheitliche Meinungsbildung der „betroffenen“ Eltern ist bereits erfolgt: „Sie haben ihre Kinder bei der sechsstufigen Realschule in großer Zahl angemeldet“, so der Sprecher des Bündnisses.

„Wenn der BLLV sein Volksbegehren zur Abschaffung der sechsstufigen Realschule, wenn nicht gar der Realschule überhaupt, verbrämt mit „Lockvogelangeboten“, so sehen wir dies als Irreführung an“, betont Dr. Miller. Die wirklichen Absichten des Volksbegehrens laufen auf eine Mißachtung des Elternwillens hin,

beispielsweise durch Verhinderung und Verminderung der Übertrittsmöglichkeiten in der sogenannten „Aufbaustufe“. Die Einführung kleiner, teilweise ortsferner Gesamtschulen, der schon seit langem als pädagogisch verfehlt nachgewiesenen Orientierungsstufe ebenso wie die Nivellierung und Verzögerung begabungsgerechter Schulbildungschancen für die Kinder und die Abschaffung der sechsstufigen Realschule will das Aktionsbündnis mit allen demokratischen Mitteln verhindern.

Demgegenüber will das Aktionsbündnis erreichen, dass das vielgliedrige Schulsystem insbesondere nach der vierten Grundschulklasse (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) und dessen Durchlässigkeit nach oben und unten, die Angebotsvielfalt bayerischer Gymnasien und damit auch die Beachtung des Elternwillens bei der Schulwahl erhalten und gefördert werden.

Es kann nicht angehen, dass die Gruppeninteressen eines Lehrerverbandes aus durchsichtigem Verbandsegoismus dazu führen, dass die sechsstufige Realschule wieder abgeschafft wird. Dies würde letztlich gravierende Nachteile für unsere Kinder, deren Eltern, jedoch auch für die Schulen und für die Ausbildungsbetriebe und Universitäten mit sich bringen.

„Wir brauchen eine zukunftsorientierte Schulpolitik und daher die „Beste Bildung für die Zukunft!““

*V.i.S.d.P.: Dr. Peter Miller*

## **Stellungnahme der vbw zur geplanten Schulreform**

Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft mit ihren 75 Mitgliedsverbänden aus den Wirtschaftsgruppen Industrie, Handwerk, Bauwirtschaft, Groß- und Außenhandel, Einzelhandel, Banken, Versicherungsgewerbe, Land- und Forstwirtschaft und Freie Berufe tritt für eine Fortentwicklung und Profilierung des mehrgliedrigen bayerischen Schulwesens ein und hat sich daher stets für die flächendeckende Einführung der sechsstufigen Realschule, aber auch für eine

Profilierung von Hauptschule und Gymnasium ausgesprochen.

Die vbw hält hingegen die Forderungen des BLLV für irreführend und für äußerst kontraproduktiv für die Qualität an bayerischen Schulen...

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sind unsere Mitgliedsunternehmen auf hervorragend ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Unverzichtbare Grundlagen für diese Ausbildung werden bereits in den allgemein bildenden Schulen gelegt. Da-

bei gilt es, die Vielfalt an geistigen Potenzialen und unterschiedlichen Begabungen bestmöglich zu fördern.

Die vbw hat in der Vergangenheit stets die Auffassung vertreten, dass die unterschiedlichen Talente und Neigungen unserer Schüler am besten durch ein mehrgliedriges, klar strukturiertes Schulsystem gefördert und entwickelt werden. Denn auch die Wirtschaft braucht Menschen mit mehr wissenschaftlicher Kompetenz, Menschen mit mehr praktischer Intelligenz und praktisch befähigte Menschen, die zugleich an theoretischen Fragen interessiert sind. Damit die deutsche und bayerische Wirt-

schaft im europäischen und globalen Wettbewerb bestehen kann, braucht sie insbesondere auch fremdsprachensichere und anpassungsfähige Mitarbeiter.

Um das Schulsystem in Bayern weiter zu profilieren, hat die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) daher die Einführung der sechsjährigen Realschule von Anfang an mit getragen ...

Zugleich wird die Einführung der sechsstufigen Realschule von einer umfassenden Volksschulreform begleitet. Mit der Einführung von „Praxisklassen“ und der Erweiterung sogenannter „M-Züge“, die zur mittleren Reife führen, wird auch die Hauptschule aufgewertet. Da auch in Zukunft die Möglichkeit eines späteren Übertritts von einem Schultyp zum anderen besteht, werden die Jugendlichen auch nicht vorzeitig und endgültig auf eine bestimmte Ausbildung festgelegt.

Der BLLV sieht dies allerdings anders und strengt gegen die Reformvorhaben der Bayerischen Staatsregierung, ... ein Volksbegehren an.

Er fordert unter anderem folgende drei Punkte, die aus Sicht der Wirtschaft die Qualität des bayerischen Schulsystems dauerhaft beeinträchtigen könnten:

- Einführung einer sogenannten Aufbaustufe nach der 4. Klasse Grundschule, welche die Klassen 5 und 6 umfasst;
- dadurch de facto Verhinderung einer sechsstufigen Realschule;

- die Eltern können, unabhängig von den Noten ihrer Kinder, nach Beratung völlig frei entscheiden, an welcher Schule sie ihr Kind anmelden.

Diese Forderungen des angestrebten Volksbegehrens zielen letztlich auf eine Nivellierung der Schularten hin. Denn mit einer Aufbaustufe würde das Profil von Hauptschule, Realschule und Gymnasium sozusagen von unten her ausgehöhlt. Das Abweichen von bisherigen Leistungsstandards in Form der Übertrittsnoten würde aber auch ... einer Verschlechterung der Qualifikation von Schulabgängern, ... mit sich bringen.

Die vbw hat sich daher mit den Lehrerverbänden von Realschule und Gymnasium sowie der Berufsschulen und der entsprechenden Elternverbände dieser Schularten in einem Aktionsbündnis zusammengefunden. Dieses Aktionsbündnis setzt auf

- eine Differenzierung und eine grundsätzliche Schullaufbahnentscheidung nach der 4. Klasse Grundschule,
- eine Schullaufbahnentscheidung, die Leistung, Neigung und Begabung berücksichtigt,
- Übertrittsbedingungen, die sich eindeutig definieren lassen,
- eine Höherqualifizierung auch an Hauptschulen,
- die flächendeckende Einführung der sechsstufigen Realschule.

Erstes Ziel des Aktionsbündnisses ist es, das angestrebte Volksbegehren des BLLV zu verhindern...

Die bayerische Wirtschaft hat gegenüber der Bayerischen Staatsregierung in vielen Gesprächen auf allen Ebenen immer wieder ihre Ungeduld über die anstehenden inneren Schulreformmaßnahmen zum Ausdruck gebracht. Hier sind Stichworte zu nennen wie Profilbildung der einzelnen Schulen im Wettbewerb, leistungsbezogene Vergütungs- und Beförderungskriterien für Lehrer, verstärkte Zusammenarbeit mit außerschulischen Lebenswelten, Teamarbeit im Lehrerkollegium und in den Klassen, modernes Management in der Schulleitung.

In diesen Punkten sind uns die Reformbewegungen in Bayern noch zu langsam. Die Antwort des bayerischen Bildungssystems auf die globalen Herausforderungen steht noch aus. Aber dennoch ist festzustellen, dass das bayerische Bildungssystem gerade im bundesweiten Vergleich verhältnismäßig gut da steht. Die vom BLLV geplanten Änderungen würden die Qualität und Leistungsfähigkeit dieses Bildungssystems erheblich beeinträchtigen und uns um internationalen Wettbewerb um die besten Mitarbeiter und Fachkräfte weit zurückfallen lassen.

Dr. Gunther Bös,  
Leiter Bildungspolitik der vbw

<p><b>L I B Y E N : 17.04. – 29.04.2000 (Osterferien)</b> Tripoli, Sabratha, Ghadames, Leptis Magna, Große Sirte, Bengazi <b>Leistungen:</b> Flüge (Malev): München - Tripoli, Übernachtung im DZ, Vollpension, deutschsprachender Reiseleiter, Eintrittsgelder, deutsche Begleitung, Insolvenzversicherung. <b>Preis 3598,- DM</b> TV „Naturfreunde“, brlv, BPV, VLB <b>Termin: 20.03. – 01.04.00 (keine Ferien), Preis: 3498,- DM</b></p>	<p><b>M A D R I D und Umgebung: 04.03.00 bis 07.03.00</b> Stadtrundfahrt, Prado, Toledo, Chinchón, El Escorial <b>Preis 1298,- DM</b> TV „Naturfreunde“, brlv, BPV, VLB</p>
<p><b>I R A N : 17.04. – 26.04.2000 (Osterferien)</b> Teheran, Shiraz, Persepolis, Firusabad, Yazd, Isfahan <b>Preis 2898,- DM</b> TV „Naturfreunde“, brlv, BPV, VLB</p>	<p><b>S Y R I E N – J O R D A N I E N – L I B A N O N</b> <b>Höhepunkte des Vorderen Orients vom 16.4.00 – 29.4.00</b> Damaskus, Palmyra, Ebla, Aleppo, Baalbeck, Amman, Petra <b>Preis: 3298,- DM</b> TV „Naturfreunde“, brlv, BPV, VLB</p>
<p><b>L I S S A B O N : 04.03.00 bis 07.03.00</b> Stadtrundfahrt, Alcobaça, Fatima, Nazaré, Quelez, Sintra <b>Preis 1298,- DM</b> TV „Naturfreunde“, brlv, BPV, VLB</p>	
<p>Rd. Naturfreunde, Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: (0841) 71144, FAX: 77686, naturfreunde@bingo-ev.de</p>	
<p><b>Ostern 2000:</b> Jemen 3198,- DM 12 Tg, Athiopien 3989,- DM 15 Tg, Apulien 1998,- DM 9 Tg, VAE 1898,- DM 8 Tg., Marokkos Königsstädte und Süden 2898,- DM 15 Tg, Andalusien ca. 1600,- DM 8 Tg., Mexiko Grundprogramm 3698,- DM 13 Tg. mit Verlängerung 398,- DM 15 Tg <b>Pfingsten 2000:</b> Fjordnorwegen 2398,- DM 8 Tg, Israel 8 Tg, Cypern 9 Tg, Apulien 8 Tg, <b>Sommer 2000:</b> Südafrika, Namibia, Kambodscha-Birma, Madagaskar, Mauritius, Liparische Inseln 1898,- DM 8 Tg., Indien - Ladakh</p>	



**Festrede von Prof. Dr. Rolf Dubs  
zum 50jährigen Verbandsjubiläum:**

## *Die Verantwortung der Politik gegenüber den Lehrkräften*

### **1. Problemstellung**

Politikerinnen und Politiker tragen gegenüber der Öffentlichkeit die Verantwortung für eine qualitativ gute Weiterentwicklung der Schule. Weil heute grössere und kleinere Ungereimtheiten im Bildungswesen von der Bürgerschaft im Vergleich zu früher viel sensibler wahrgenommen werden, erwartet sie von den politisch Verantwortlichen rasche und nachhaltige Interventionen, die sie nicht zuletzt im Hinblick auf eine erhoffte Wiederwahl auf politischem Weg unmittelbar fordern und von der Bildungsadministration sofort eingeleitet haben wollen. Weil die vorgetragenen Forderungen oft wenig reflektiert sind, häufig dem Zeitgeist folgen und von Eltern nicht selten nur aus der Sicht von subjektiven Erfahrungen ihrer Kinder gesehen werden, führen sie häufig zu wenig bedachten „Schnell- und Kurzschüssen“, welche letztlich nicht zum Vorteil der Schule gereichen. Angesichts der Wichtigkeit der Schule und aufgrund der vermeintlichen Sachkompetenz von immer mehr Menschen in Bildungsfragen ist eher mit einer Zunahme von politischen Interventionen im Schul-

wesen zu rechnen. Diese Entwicklung bemängeln zu wollen, ist sinnlos, denn die Schule ist ein wesentlicher Teil der Politik. Trotzdem sollten Politikerinnen und Politiker mit bildungspolitischen Forderungen differenzierter umgehen, denn unbedachte, schlecht konzipierte und nicht in einem Gesamtkonzept erkennbare Veränderungen führen bei den Lehrkräften bald einmal zur Resignation, zu innerer Kündigung und zum Ausgebranntsein (Kramis-Aebischer 1999). Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass Lehrkräfte gegenüber schulpolitischen Forderungen oft auch ungeschickt reagieren. Viele Lehrerinnen und Lehrer sind wenig reformfreudig (Hall & Hord 1984); sobald eine Innovation vorgeschlagen wird, wenden sie sich zunächst einmal dagegen. Sie sind aber auch viel empfindlicher geworden. Wenn die Erziehungsbehörden etwas Neues fordern, beklagen sie sich über mangelnde Anhörung oder Rücksichtnahme auf ihre schwierige berufliche Situation. Oder wenn Innovationen vorgeschlagen werden, die durchaus als Chance zur Selbstentwicklung zu verstehen sind (z.B. die Einführung von Schulen mit Gestaltungsfreiräumen oder teilautonomen

Schulen), so wird zunächst eine Stundenentlastung gefordert, auch wenn sie in keiner Weise in das wirtschaftliche Umfeld oder zur Lage der Staatsfinanzen passt. Solche Verhaltensweisen, die allerdings nicht übergeneralisiert werden dürfen, führen oft entweder zu Überreaktionen in der Politik (jetzt sind die Lehrkräfte erst recht an die Kande zu nehmen) oder zu einer opportunistischen Politik, die aus Angst um die Zukunft der Schule (und nicht selten auch mit dem Ziel, Lehrkräfte für die eigene politische Partei zu gewinnen), in einer ziellosen Schulentwicklung endet. Verbunden mit dieser Entwicklung ist oft ein unheilvolles „Schwarzpeterspiel“, in dem jede Gruppierung die andere für Fehlentwicklungen im Schulwesen verantwortlich macht. Diesen Trend gilt es zu durchbrechen, was aber nur gelingt, wenn sich erstens die breite Öffentlichkeit und die Politik der schwerwiegenden Veränderungen der Ansprüche an den Lehrerberuf in den letzten Jahren bewusst werden. Immer wieder lässt sich beobachten, wie Politikerinnen und Politiker sowie Eltern die Schule immer noch so sehen, wie sie sie selbst erlebt haben und aus diesen Erfahrungen Forderungen entwickeln, die der aktuellen Situation nicht mehr gerecht werden. Zweitens muss den Lehrkräften gezeigt werden, mit welchen ihnen eigenen Verhaltensweisen sie die aufbauende Zusammenarbeit mit der Politik selber behindern. Erst auf dieser Grundlage lassen sich drittens Forderungen der Lehrkräfte an die Politik in überlegter und überzeugender Weise darstellen. Zu diesen drei Bereichen sollen in diesem Beitrag Aussagen gemacht werden.

## 2. Die Veränderungen in den Ansprüchen an den Lehrerberuf

Es muss der Wissenschaft und der Lehrerschaft gelingen, der breiten Bevölkerung in sachlicher Weise bewusst zu machen, wie der Lehrerberuf komplexer und belastender geworden ist. Anzuführen sind wenigstens fünf Bereiche.

(1) Die Tätigkeit als Lehrperson bringt zunehmend mehr physische und psychische Belastungen. Deshalb nehmen Ermüdungserscheinungen in diesem Beruf übermässig zu. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Erstens fallen der Schule immer mehr Erziehungsaufgaben zu, die früher die Eltern übernommen hatten. Erziehen heisst neben anderem Grenzen setzen (vergleiche dazu die schöne Darstellung bei Lickona 1991). Grenzen setzen braucht Kraft. Je weniger die Eltern Grenzen setzen (weil sie beruflich und familiär überbelastet, persönlich überfordert oder an der Entwicklung ihrer Kinder

desinteressiert sind), desto mehr entstehen Probleme in den zwischenmenschlichen Beziehungen und im Umgang mit den Sachen in der Schule, und umso mehr müssen die Lehrkräfte Herausforderungen erzieherischer Art begegnen, bis hin zu subtilen und offenen Formen von Gewalt. Haben sie die Kraft zu erziehen, so stossen sie nicht selten auf den Widerstand von Eltern, die immer noch nicht bemerkt haben, dass alle Formen von permissiver Erziehung endgültig gescheitert sind. Erlebt nun eine Lehrkraft mehrere Male, wie sie beim Versuch, erzieherische Massnahmen – selbstverständlich in geschickter Weise – durchzusetzen, von den Eltern oder auch von der Schulleitung nicht unterstützt wird, so ermüdet und resigniert sie, oft allerdings ohne zu erkennen, dass dadurch die Belastungen noch grösser werden. Allgemein ausgedrückt nehmen die Belastungssituationen solange weiter zu, als die Eltern die Schule mit ihren Lehrpersonen nicht wieder stärker von auserschulischen Erziehungsaufgaben entlasten, und sich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus nicht verbessert. Diese Zusammenarbeit darf aber nicht zu neuen Belastungssituationen führen, die dann zunehmen, wenn Eltern in der Schule zu viele Mitentscheidungsrechte erhalten. Weil sie zu ihren Kindern zu wenig Distanz haben, werden vor allem Eltern, deren Erziehung permissiver ist, die Schule in Erziehungsfragen eher wenig unterstützen und damit zusätzliche Konflikte herbeiführen.

Für alle Lehrkräfte belastend wird zweitens das zunehmende Desinteresse vieler Schülerinnen und Schüler an den Lerninhalten. Selbstverständlich bedarf es weiterer Lehrplan- und Unterrichtsreformen. Aber damit allein lässt sich das Motivationsproblem nicht lösen. Die Umwelt bietet den Kindern und Jugendlichen auf bequeme Weise immer mehr, so dass es für Lehrkräfte laufend schwieriger wird, das Erlernen vieler notwendiger, aber weniger interessanter Lernbereiche noch motivierend zu gestalten. Die Öffentlichkeit unterschätzt die Auswirkung der zunehmenden Uninteressiertheit vieler Lernender. Sie führt zu geringeren Lernerfolgen, was Lehrkräfte in ihrem Innersten trifft und belastet. In dieser Hinsicht haben es Wirtschaftsleute etwas einfacher. Für ihre Misserfolge können sie zum Teil die Konjunkturlage, die Kreditpolitik der Banken oder irgendetwas anderes mitverantwortlich machen. Im Gegensatz dazu treffen Misserfolge in der Schule die Lehrpersonen in ihrem ganzen Berufsethos, was sehr belastend wirkt. Selbstverständlich soll hier nicht das „Lied der zunehmend schlechter werdenden Schülerinnen und Schüler“ gesungen werden, weil es falsch ist. Belastend ist

vielmehr die breiter werdende Streuung zwischen besseren und weniger guten Lernenden, die für die Unterrichtsführung zusätzliche Herausforderungen bringt.

Schliesslich sind die laufend steigenden inhaltlichen Ansprüche an die Lehrerschaft in Rechnung zu stellen: der Informatikunterricht beginnt alle Lernbereiche zu betreffen, die Fremdsprachen werden zeitlich vorverlegt usw. Dies setzt Weiterbildung voraus. An vielen Schulen wird jedoch gegenwärtig fälschlicherweise in diesem Bereich gespart, was sich sehr belastend auswirkt: Schülerinnen und Schüler bemerken, wenn Lehrpersonen sachlich nicht überlegen sind und bringen dies auch zum Ausdruck. Im Gegensatz zu vielen anderen Berufen setzt aber die sachliche Überlegenheit im Lehrerberuf nicht nur theoretische Kenntnisse, sondern vor allem Unterrichtsbeobachtung bei erfahrenen Lehrkräften sowie den Dialog mit Kolleginnen und Kollegen voraus. Deshalb lässt sich Lehrerfortbildung – im Gegensatz zur Meinung vieler Politiker – nicht ausschliesslich über Selbststudium verwirklichen.

(2) Erschwert wird die Lehrtätigkeit durch laufende Verunsicherungen, welche die Erziehungswissenschaften in die Schule hineinragen. Analysiert man die von den Unterrichtswissenschaften vertretenen Trends, so lässt sich etwa Folgendes feststellen (vergleiche ausführlicher Weinert 1996): Gefordert wird erstens eine Entschulung der Schule. Der Unterricht soll handlungs-, praxis- und/oder problemorientiert erfolgen. Daher kann auf disziplinenorientierten, systematischen Unterricht verzichtet werden. Dazu ist das selbstregulierte Lernen zu fördern, während auf traditionelle Unterrichtsformen im Klassenverband verzichtet werden sollte. Dies führt zweitens zu einem veränderten Rollenverständnis für Lehrkräfte: aus Lehrenden müssen Lernberater (Coaches) werden. Drittens ist eine De-Individualisierung des Unterrichtes anzustreben. Das verbreitete Teamwork in der Wirtschaftspraxis erfordert ein Schwergewicht auf dem kollektiven Lernen in der Schule. Für alle diese Forderungen liegen überzeugende Forschungsergebnisse namhafter Wissenschaftler vor. Leider werden aber solche Erkenntnisse immer häufiger übergeneralisiert und dogmatisiert, was in Lehrerzimmern oft zu Unfriede und Klimaverslechterungen aufgrund von polarisierenden Diskussionen und Forderungen führt. Zu beobachten ist aber, dass viele Untersuchungen unter ganz bestimmten, günstigen Bedingungen, kurzzeitig und nur auf die enge Fragestellung des Versuches ausgerichtet, durchgeführt werden. Deshalb bringen sie wissen-

schaftlich eindeutige Ergebnisse, die sich aber nicht dogmatisch verallgemeinern lassen. Versucht man nämlich, solche Ergebnisse in den alltäglichen Unterricht mit allen Belastungen der Lehrkräfte umzusetzen und erfolgte eine realistische Langzeitbeobachtung, so relativierten sich die Ergebnisse, und viele kräfteraubende, polarisierende Diskussionen in Schulen würden hinfällig. Deshalb ist die Erziehungswissenschaft herauszufordern, ihre Aussagen differenzierter und unter realistischeren Alltagsvoraussetzungen zu machen, um die Lehrkräfte nicht andauernd zu verunsichern und sie damit zusätzlich zu belasten. Die Suche nach notwendigen pädagogischen Innovationen sollte sich zudem von der Frage „was müssen wir erneuern?“ lösen und differenzierter fragen: „Was am Herkömmlichen hat sich bewährt, und wo drängen sich realistische Neuerungen auf?“ An die Stelle von Pendelschlägen der Wissenschaft, die oft der persönlichen Profilierung und nicht der Verbesserung der Alltagschule dienen, sollte mehr innovative Ausgewogenheit treten, die das Wertvolle des Bisherigen und das Gute des Neuen verbindet. Dieser Weg brächte für die Lehrkräfte mehr Sicherheit, die sie für den Unterrichtserfolg dringend brauchen und entlastete sie von wenig sinnvollen Debatten.

(3) Mehr Sicherheit müssen aber auch die Schulbehörden und die Schuladministration geben. Pädagogische und administrative Reformen sind zwingend. Anfänglich sind sie auch immer mit Unsicherheiten für die Lehrkräfte verbunden, denn Neuerungen in der Pädagogik lassen sich anfänglich nur über Versuch und Irrtum auslösen. Wichtig wäre aber, dass wenigstens ansatzweise auf einem Gesamtkonzept aufgebaut würde, das während der Versuchsphase präzisiert und bei einem einigermaßen klaren Erkenntnisstand genau definiert und auch transparent gemacht würde. Ein typisches Beispiel dafür sind die Bestrebungen nach mehr Gestaltungsfreiräumen mit einem Globalbudget. Vielerorts wird diese Idee verwirklicht, ohne dass aber die Schulbehörde darüber schon klare Vorstellungen hat (wie weit geht die Autonomie, welche Kreditumlagen und Kreditverschiebungen sind zulässig usw.?). Fehlen klare Konzepte und Vorgaben, so werden die Lehrkräfte verunsichert, und sie verlieren vor allem das Vertrauen in das Neue, was umso belastender wirkt, je mehr neue Aufgaben kommen, deren Umsetzung alles andere als klar ist.

(4) Besonders zu schaffen macht Lehrkräften die Sprunghaftigkeit schulpolitischer Entscheidungen. So haben sich beispielsweise viele Schulverwaltungs-

gen trotz wissenschaftlicher Warnungen (vergleiche beispielsweise die Kontroverse bei Gonor 1996) in verbindlicher Weise für Schlüsselqualifikationskonzepte entschieden, und schon kommt wieder ein neuer Ansatz, das Lernfeld-Konzept (KMK 1999). Solche sprunghafte Veränderungen erschweren nicht nur die tägliche Arbeit, sondern sie führen zu einer abwartenden Passivität, die vor allem Lehrkräfte mit einem hohen Schulethos unglücklich macht.

(5) Öffentlich kaum gesprochen wird über die verbreitete „soziale Demontage“ des Lehrerberufes, die wohl langfristig zu den schwersten Schädigungen des Berufsstandes führt. Kleinliche Sparmaßnahmen, die oft als kleine behördliche Strafmaßnahmen zu verstehen sind (z. B. ist eine genaue Liste über ausgefallene Einzellektionen zu erstellen, damit sie kompensiert werden oder zu einem Lohnabzug führen), rütteln an der Würde der Lehrperson. Eltern und Rekursbehörden, die sich grundsätzlich auf die Seite der Jugendlichen stellen, verunsichern. Die Öffentlichkeit, die nur über schwache Lehrpersonen spricht, die Leistungen der Guten nie anerkennt und sich dauernd mit der Aussage „typisch Lehrer“ profiliert, untergräbt letztlich die Identifikation vieler Lehrkräfte mit ihrem Beruf. Sicher geschehen solche Dinge häufig unbewusst. Trotzdem schaden sie, denn Berufsstolz und Anerkennung sind eine grundlegende Voraussetzung für eine gute Berufsmotivation.

Zusammenfassend ist es dringend nötig, dass Bevölkerung und Politik erkennen, dass die Ansprüche an den Lehrerberuf bedingt durch die gesellschaftlichen Veränderungen gewaltig angestiegen sind. Die Lagebeurteilung darf daher nicht mehr aufgrund der eigenen Schulerfahrungen in einer noch einfacheren Zeit vorgenommen werden.

### 3. Das Fehlverhalten vieler Lehrkräfte

Leider zeigen viele Lehrkräfte – zum Teil aus einer gewissen Resignation heraus – Verhaltensweisen, die von der Öffentlichkeit sowie von vielen Politikerinnen und Politikern negativ wahrgenommen werden. Zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit sollten vor allem die Lehrerverbände auf ihre Mitglieder einwirken und negative Grundhaltungen nicht durch verallgemeinerte Stellungnahmen noch verstärken. Erwähnenswert sind fünf „Untugenden“.

(1) Wenig überzeugend sind die dauernden Klagen über eine ungenügende Finanzierung der Schule. Mit anderen Worten geht es um die Frage, ob und

wie weit der Erfolg eines Schulsystems und einer Schule von den eingesetzten Geldmitteln abhängt. In der wissenschaftlichen Forschung beginnt sich ein Konsens abzuzeichnen (vergleiche dazu zusammenfassend Dubs 1999). Selbstverständlich führen mehr finanzielle Mittel – wenn auch in degressiver Weise – bis zu einem gewissen Punkt zu besseren Schulen. Je mehr sich aber die Finanzierung diesem Punkt nähert, desto weniger entscheidend ist, wie viele zusätzliche Mittel in das System fließen, sondern um so bedeutender wird die Mittelverwendung. Leider lässt sich angesichts der jeweils spezifischen Situation einer jeden Schule dieser optimale Punkt nie in allgemeingültiger Weise bestimmen. Anzunehmen ist aber, dass in den deutschsprachigen Ländern der Punkt erreicht ist, bei dem die Diskussion über die Mittelverwendung bedeutsamer ist als die Frage, ob die Schule mit nochmals etwas mehr Mitteln besser wird oder nicht. Um bei der gegenwärtigen Finanzlage der Staaten die beste Schuleffektivität zu erreichen, müssten die Schulen bereit sein, ein gutes Kostenrechnungssystem einzuführen, damit nachgewiesen werden kann, wo finanzielle Mittel wirkungslos versickern, und wo man mit den zur Verfügung stehenden Mitteln mehr herausholen kann. So ist beispielsweise bekannt, dass die Reduktion der Klassengröße im Rahmen von rund 24–26 Schülerinnen und Schülern um 4–6 Schüler kaum Auswirkungen auf den Lernerfolg hat (vergleiche Burtless 1996). Hingegen führt der Mitteleinsatz zugunsten der Lehrerfortbildung und der Schulentwicklung zu maßgeblichen Erfolgssteigerungen. Deshalb stünde es den Lehrkräften gut an, statt von der Politik andauernd mehr Mittel zu verlangen, die sie in der gegenwärtigen Wirtschaftslage kaum aufbringen kann, sich selbst um einen optimalen Mitteleinsatz in jeder einzelnen Schule zu bemühen.

(2) Ebenso negativ wirken sich die immer wieder zu hörenden Forderungen nach einer Reduktion der Pflichtstundenzahl aus, die von zwei Seiten her begründet wird. Einerseits ist es der berechtigte Hinweis auf die psychisch und physisch anspruchsvoller werdende Berufsaufgabe. Andererseits wird auf die zusätzlich anfallenden Arbeiten bei der Schulentwicklung verwiesen. Obschon beide Feststellungen zutreffend sind, sollte bewusster werden, dass Überlastungssymptome und der Zustand des Ausgebranntseins tiefere Ursachen haben, als nur die Arbeitsbelastung. Besonders negativ wirkt sich aus, wenn die Berufstätigkeit in einen immer größeren Widerspruch mit den eigenen Bedürfnissen und Zielvorstellungen gerät, oder wenn die Fähig-

keit fehlt, mit Belastungssituationen fertig zu werden. Diese Ursachen liegen tiefer als in äusserlich korrigierbaren Feldern. Deshalb bringt eine generelle Reduktion der Pflichtstundenzahl kaum nachhaltige Wirkungen, weil die Hauptursachen der Überlastung nicht beseitigt sind. Demzufolge würden wahrscheinlich die Belastungssymptome zwei Jahre nach dem Stundenabbau wieder genau gleich in Erscheinung treten wie zuvor. Besser wäre es deshalb, allen Lehrkräften nach jeweils etwa zehn Schuljahren einen halbjährigen Weiterbildungsurlaub zu gewähren, nachdem sich deutlich zeigt, dass ein gezielter Unterbruch der strengen Berufstätigkeit und eine umfassendere Weiterbildung zu neuen Ideen und zu einem eigentlichen Motivations Schub bei der Arbeit in der Schule führt (vergleiche Dubs 1989).

(3) Ärgerlich für manche Politikerinnen und Politiker ist die geringe Reformbereitschaft vieler Lehrkräfte, wobei störend wirkt, dass Innovationen oft ohne vertiefte Auseinandersetzung mit neuen Erkenntnissen und Argumenten a priori kritisch beurteilt werden. Man ist aus grundsätzlichen Überlegungen zunächst einmal gegen Vieles, was eine neue Herausforderung darstellt. Selbstverständlich liegt ein guter Teil dieser Skepsis gegenüber Neuem sowohl in negativen Erfahrungen mit wissenschaftlichen Übergeneralisierungen und Fehlleistungen als auch in politischen Ungeschicklichkeiten bei Schulreformmassnahmen begründet. Ebenso mitverantwortlich ist aber die geringe Weiterbildungsbereitschaft vieler Lehrpersonen. Immer mehr Lehrerbildner beklagen sich darüber, dass an Weiterbildungsveranstaltungen meistens die gleichen und vorwiegend die guten Lehrkräfte teilnehmen. Fehlende Weiterbildung behindert nicht nur die laufende Verbesserung des eigenen Unterrichtes, sondern auch das Problembewusstsein und das Verständnis für Schulinnovationen. Vorausgesetzt ist selbstverständlich eine hohe Qualität und die praktische Nützlichkeit der Fortbildungsmaßnahmen, eine Selbstverständlichkeit, die insbesondere Universitäten nicht immer erfüllen.

(4) Wenig ehrenhaft ist die da und dort aufkommende Mentalität einzelner Lehrpersonen, Verantwortliche der Bildungspolitik an öffentlichen Veranstaltungen ohne überzeugende Argumente zu verunglimpfen oder Flugblätter mit unsachlichen Aussagen zu verteilen. Selbstverständlich muss die Meinungsfreiheit gewährleistet sein. Lehrkräfte sollten sich aber in jedem Fall um Differenzierung bemühen. Andernfalls verlieren sie die Vorbildwirkung, die in diesem Beruf unabdingbar ist.

(5) Schliesslich müssen die Lehrkräfte Chancen, die sie haben, um die Schule zu verbessern, stärker wahrnehmen. Heute hat man glücklicherweise erkannt, dass stark zentralistisch gesteuerte und kontrollierte Schulen längerfristig keine erfolgreichen Schulen sind. Deshalb verdienen Ideen wie Schulen mit Gestaltungsfreiräumen oder Rahmenlehrpläne, die in den einzelnen Schulen zu Schullehrplänen oder Schulprogrammen ausgearbeitet werden, also die Philosophie der Schulentwicklung (Eikenbusch 1998), volle Unterstützung. Allerdings liegt der wissenschaftliche Beleg, dass solche Schulen in jedem Fall bessere Schulen werden, (noch) nicht vor. Er wird wahrscheinlich auch nie zu erbringen sein, weil das Verhalten und der Einsatz der Lehrkräfte an jeder einzelnen Schule über den Erfolg oder Misserfolg der Dezentralisierung entscheidet. Deshalb sollten die Lehrkräfte die Schulentwicklung als Chance verstehen und nicht bei ersten Ermüdungserscheinungen mit Rückdelegationen und Warten auf obrigkeitliche Entscheidungen beginnen. Schulentwicklung in einem klar definierten Freiraum garantiert Entfaltungsmöglichkeiten. Je besser und je häufiger sie genutzt werden, desto eher erübrigen sich zentralistische Massnahmen, die Lehrkräfte oft stark belasten. Leider zeigen Schulversuche zur Enttäu- schung von aufgeschlossenen Schulbehörden (aber auch zur Freude von zentralistischen Bürokraten) immer öfters, dass viele Lehrkräfte die Chancen der Schulentwicklung nicht richtig wahrnehmen.

#### **4. Die Verantwortung der Politikerinnen und Politiker gegenüber den Lehrkräften**

An verschiedenen Stellen dieses Beitrages sind bereits Anforderungen an die Politikerinnen und Politiker gegenüber der Lehrerschaft durchgeschimmert. Es wird hier bewusst nicht von Politik, sondern von Politikerinnen und Politikern gesprochen, denn die Politik gegenüber den Lehrkräften muss personifiziert werden, d.h. Personen und nicht Systeme müssen sich der Lehrkräfte in ihrem immer schwieriger werdenden Umfeld annehmen. Dabei sollten sie sich von folgenden Zielvorstellungen leiten lassen:

(1) Politikerinnen und Politiker müssen für die Lehrkräfte gute Rahmenbedingungen schaffen, damit sie und ihre Schulen sich mit genügender Sicherheit dank der Verlässlichkeit von Politik und Schuladministration entwickeln können. Dazu zählt in erster Linie der Verzicht auf bildungspolitische „Kurzschüsse“ und auf sich rasch folgende Re-

formmaßnahmen ohne innere Konsistenz. Dies lässt sich am ehesten verwirklichen, wenn Innovationen im Rahmen von gut betreuten Schulversuchen durch freiwillige Schulen vorbereitet und im geeigneten Zeitpunkt – wenn Erkenntnisse vorliegen, die sich in ein stimmiges Gesamtkonzept einpassen lassen – umfassend umgesetzt werden. Entscheidend ist dabei nicht, ob wissenschaftlich alles geklärt ist (oft lässt die Wissenschaft zu lange auf sich warten), sondern ob die Innovation sinnvoll in ein Gesamtkonzept passt. Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Der Beschluss, ein Leistungslohnsystem für Lehrkräfte einzuführen, ist so lange widersinnig, als erstens nicht geklärt ist, wie Lehrkräfte zu beurteilen sind, und zweitens nicht sicher ist, ob das gewählte Beurteilungssystem von den vorgesehenen Beurteilenden in verlässlicher Form angewandt werden kann. Sind diese Fragen geklärt, so ist in Versuchen mit freiwilligen Schulen zu überprüfen, ob der Leistungslohn überhaupt positive Auswirkungen auf den Erfolg einer Schule hat, oder ob allenfalls Leistungsprämien für ganze Schulen bessere Ergebnisse bringen, weil sie sich – mindestens konzeptionell – besser mit Schulentwicklung vereinbaren lassen. Diese Fragen sind beim heutigen wissenschaftlichen Kenntnisstand alles andere als geklärt. Deshalb lässt sich ein Leistungslohnsystem nicht mit einem einzigen politischen Grundsatzentscheid von einem Tag auf den anderen einführen.

Dieses Beispiel verweist auf einen kritischen Punkt im Zusammenhang mit Innovationen. Viele Politikerinnen und Politiker sind der Meinung, Neuerungen in der Schule seien unvermittelt und politisch radikal durchzusetzen. Andernfalls verändere sich im allgemein statischen Schulwesen nichts. Lösungen, die Schritt um Schritt entwickelt werden, verlören rasch an Schwung und brächten überhaupt keine Veränderungen. Viele Pädagogen sind der Auffassung, dass nur Schritt um Schritt eingeführte Reformen wirksam seien, weil Lehrkräfte nur auf diesem Weg nicht überfordert würden. Wer recht hat, muss offen bleiben. Den raschen, aus der Politik stammenden Reformern ist zu bedenken zu geben, dass Reformen nur nachhaltig einzuführen sind, wenn Lehrkräfte durch Unsicherheiten und Belastungen infolge eines zu raschen Vorgehens nicht überfordert werden, resignieren und schliesslich innerlich kündigen. Die Zusatzbelastungen mit Reformen dürfen nicht unterschätzt werden. Es wäre eine interessante wissenschaftliche Aufgabe, darüber etwas mehr herauszufinden.

In zweiter Linie zählen zu den Rahmenbedingungen klare rechtliche und administrative Bedin-

gungen für Schulinnovationen. Um dies wieder an einem Beispiel zu verdeutlichen: Man kann nicht teilautonome Schulen einführen, ohne genau definiert zu haben, wie weit die Lehrplanautonomie einer jeden Schule gehen soll. Generell muss gelten, dass weiterreichende Schulinnovationen und Schulreformen nur zum Erfolg führen, wenn auch die rechtlichen und administrativen Gegebenheiten angepasst werden (so lässt sich kein sinnvolles Konzept des Qualitätsmanagements an Schulen aufbauen, wenn nicht auch die Rolle der Schulaufsicht neu geordnet wird).

(2) Die Rahmenbedingungen lassen sich nur problemlos ausgestalten und ein Vertrauensverhältnis kann nur aufgebaut werden, wenn regelmässige Konsultationen und informelle Kontakte zwischen Politikerinnen und Politikern sowie den Vertretungen der Lehrerschaft stattfinden, die Kommunikation also nicht nur über die Bildungsverwaltung, sondern auch direkt erfolgt. Die Lösung des Freistaates Bayern, wo sich die Vertretungen der Lehrerverbände regelmässig mit den einzelnen Fraktionen des Parlamentes zu einem Gedankenaustausch treffen, ist ein gutes Beispiel für eine Kooperation, die geeignet ist, gegenseitige Standpunkte besser darzulegen und zu verstehen. Allerdings dürfen Gefahren solcher Kontakte nicht unterschätzt werden. Erstens muss es der Lehrervertretung gelingen, die Ergebnisse solcher Kontakte an die Basis zu tragen. Zweitens muss die politische Seite prominent vertreten sein, um das Interesse an der Schule glaubwürdig zu demonstrieren. Und drittens dürfen nicht Illusionen einer Basisdemokratie vorgegaukelt werden. Am Schluss entscheiden die Behörden, die aber deutlich sichtbar machen, dass die Vorstellungen der Lehrkräfte ernsthaft reflektiert wurden. Alles andere stärkt bei den Lehrkräften den Eindruck der sozialen Demontage des Lehrerberufes.

(3) Die Politik muss alles unternehmen, um für die Lehrkräfte gute soziale Bedingungen zu schaffen, denn sie sind einerseits eine wesentliche Voraussetzung für die Gewinnung eines guten Nachwuchses, und andererseits tragen sie zur Sicherheit und zur beruflichen Zufriedenheit und damit zu einer besseren Schule bei. Die Entwicklung in den Vereinigten Staaten sollte ein mahnendes Beispiel sein. In Staaten mit schlechten sozialen Bedingungen war und ist die Qualität der Schulbildung eindeutig tiefer. Deshalb sollte auch in Zeiten schlechter Staatsfinanzen auf kleinliche Maßnahmen verzichtet werden (z. B. detaillierte Lektionsabrechnung, Gewährung eines Leistungslohnes nur höchstens

an 30 % aller Lehrkräfte, Aufschieben von Jahresstufen in der Besoldung), sofern sie nicht gleichermaßen für das gesamte Staatspersonal vorgesehen sind. Zu guten sozialen Bedingungen gehören auch traditionelle Freiräume im Beruf. So macht es wenig Sinn, unvermittelt Vorschriften über Präsenzzeiten im Schulhaus zu erlassen oder die Computernutzung mit Spesen zu belasten.

Bedenkenswert wäre eine Maßnahme, die als aufbauender Kompromiss verstanden werden könnte, politisch problemlos vertretbar wäre und vor allem auch zu einer Qualitätssteigerung der Schule beitrüge. Belastend für Lehrkräfte ist der Unterricht. Deshalb wäre es durchaus sinnvoll, die Pflichtlektionenzahl um 1–2 Lektionen zu reduzieren, die Lehrkräfte dafür aber obligatorisch mit 2–4 Stunden zu schulinterner Lehrerfortbildung sowie zu gemeinsamen Schulentwicklungsarbeiten zu verpflichten, nachdem bekannt ist, dass diese Tätigkeiten die Qualität der Schule deutlich verbessern.

Schließlich gehört zu guten sozialen Bedingungen eine regelmäßige und geordnete Weiterbildung. Sparmaßnahmen in diesem Bereich wirken sich negativ aus. Deshalb sollte die Politik sicherstellen, dass gute Konzepte für die Weiterbildung entwickelt und entsprechend finanziert werden, wobei die Lehrkräfte bereit sein müssten, einen Teil dieser Weiterbildung in der Freizeit zu belegen, wie es in der Wirtschaft für mittlere und höhere Positionen immer üblicher wird. Sinnvoll ist diese Lösung aber nur, wenn die Weiterbildung gut ist, was durch eine strikte Evaluation aller Dozierenden in der Lehrerweiterbildung zu gewährleisten ist.

(4) Zu grosser Unzufriedenheit bei der Lehrerschaft und ihren Verbänden führen die fortwährenden Diskussionen um die Reform der Lehrerbildung. Lange politische Debatten ohne großen Sachverstand, keine Würdigung der Argumente und Wünsche der Lehrerschaft, Bezug auf Gutachten, die von der Lehrerschaft mehrheitlich angezweifelt werden, und wenig transparente Entscheidungsprozesse führen zu vielen Ängsten, weil Lehrerbildungsreformen immer auch den sozialen Status von Lehrkräften betreffen. So führen etwa Vorschläge, die Ausbildung von Handelslehrern von der Universität an die Fachhochschule zu verlegen, zu großen Beunruhigungen und zu Ängsten im Zusammenhang mit der sozialen Stellung. Ganz generell sollten Reformen vermieden werden, bei denen die Lehrerbildung auf tiefere Ausbildungsebenen zurückgestuft wird, denn solche Reformmaßnahmen bringen eine gewisse Geringschätzung gegenüber dem Lehrerberuf zum Ausdruck. Ebenso fragwürdig ist es – selbst wenn es in Zeiten des Leh-

ermangels geschieht – Kurzurse zur Umschulung in den Lehrerberuf einzuführen. Sie verleiten immer wieder zur Aussage, dass offenbar auch mit einer minimalen Ausbildung unterrichtet werden kann, was für den Berufsstolz nicht besonders förderlich ist. Noch verhängnisvoller ist eine in der Schweiz zu beobachtende Tendenz. An vielen Schulen werden Leute als Lehrkräfte eingestellt, die wohl über einen akademischen Abschluss, aber über keine pädagogische Ausbildung verfügen. Selbstverständlich sind ebenso wenig alle diese Lehrpersonen schlecht, wie auch nicht alle pädagogisch Ausgebildeten gut sind. Trotzdem darf diese Entwicklung nicht gefördert werden, weil sie die berufliche Stellung der ausgebildeten Lehrkräfte im öffentlichen Ansehen untergräbt.

Allgemein ausgedrückt sollte beim Reformeifer in der Lehrerbildung stärker auf die Wünsche und Bedürfnisse der betroffenen Lehrkräfte Rücksicht genommen werden. Vor allem sollten Vorschläge, bei denen die Lehrerbildner zunächst an ihre eigenen Interessen denken und solche, bei denen von Leuten ohne genügend Bezug zur Schulwirklichkeit neue, utopische Konzepte zugrunde gelegt werden, von Politikerinnen und Politikern kritischer im Hinblick auf das Berufsverständnis aktiver Lehrkräfte analysiert werden.

(5) Viele Lehrkräfte beklagen sich über einen Mangel an Bemühungen der Behörden zur Förderung der Lehrpersonen. Auf die Notwendigkeit von regelmäßigen, kontrollierten Weiterbildungssemestern (statt schleichender Stundenabbau) wurde bereits verwiesen. Vielerorts ist auch keine gute Kommunikations- und Feedbackkultur zwischen Behörden und Lehrpersonen vorhanden, bzw. man versucht, solche mit formalen Instrumenten aufzubauen, die aus der Sicht der Politik zu häufig im Sinne eines „Rankings“ und nicht als Hilfestellung zur Qualitätsverbesserung verstanden werden. Eine Beurteilungs- und Feedbackkultur ist dringend nötig. Sie muss jedoch auf einem klaren behördlichen Konzept beruhen, darf nicht in Formalismen erstarren und muss glaubwürdig sein. Deshalb ist es dringend nötig, dass Lehrkräfte, die fortwährend versagen, sich nicht um die Schülerinnen und Schüler bemühen und/oder trotz Hilfestellung ihre Aufgaben nicht erfüllen, auch entlassen werden können. Nur wenn die Schulbehörden die Kraft zu Entlassungen haben, unterstützen sie die Arbeit guter Lehrkräfte und tragen auf diese Weise zur Aufwertung des Lehrerberufes bei. Wichtig ist, dass sich die Lehrkräfte in solchen Fällen nicht gegen die Schulbehörden solidarisieren, denn damit schützen sie Lehrpersonen, die den Beruf schädigen.

(6) Zusammenfassend entscheidend ist, dass Politik und die Bildungsverwaltung der Schule und vor allem den Lehrkräften wieder vermehrt ein ehrliches Vertrauen entgegenbringen. Dazu gehört erstens die Anerkennung der Lehrpersonen als Fachleute des Erziehungswesens. Deshalb sollten ihnen nicht immer mehr Fachspezialisten zur Seite gestellt werden (Schulpsychologen, Sozialberater, Supervisionsfachleute und neuerdings auch noch Unternehmensberater und Personalberater). Besser wäre es, die Lehrkräfte zielstrebig auf neue Herausforderungen vorzubereiten und ihnen die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die ihnen eine ganzheitliche Erfüllung ihres Erziehungs- und Unterrichtsauftrages erleichtern. Zweitens sollten sich Politikerinnen und Politiker nicht andauernd mit politischen Vorstößen im Schulbereich, die kurzfristig gedacht sind und dem meistens kurzfristig bedeutsamen Zeitgeist und daraus resultierenden Forderungen von Eltern entsprechen, persönlich profilieren wollen. Erziehung und Schule sind ein zu ernsthaftes und ein zu komplexes Gebiet, das sich für parteipolitische oder persönliche Profilierungen nicht eignet, zumal sich selten kurzfristige Auswirkungen einstellen, die politisch ausgewertet werden können. Politikerinnen und Politiker sollten mit einer dringend nötigen Distanz zu oberflächlichen Alltagsforderungen aufgrund klarer und transparenter politischer Grundhaltungen (eine neutrale Schule gibt es nicht) gemeinsam mit den Lehrkräften nach Schulinnovationen suchen, die auf einem langfristigen, konsistenten Konzept beruhen. Bildungspolitische Schnellschüsse, gar wenn sie dem Willen aufgeschlossener, nicht jedoch einer anonym bleibenden, wenig zur Reflexion fähigen Lehrerschaft widersprechen, sollten nicht als politische Kraftakte durchgesetzt werden. Ein reflektiertes, zukunftsgerichtetes politisches Verhindern kann durchaus auch eine gute Bildungspolitik sein, mindestens solange als der Blick auf das langfristige Wohl der Jugend und nicht auf ein Behindern des durchdachten Fortschrittes ausgerichtet ist. Drittens sollten sich die Politikerinnen und Politiker um einen steten Dialog mit den Lehrkräften bemühen, damit sie die Schule nicht nur aufgrund ihrer meistens nicht mehr zutreffenden Schulerfahrungen, sondern aufgrund der heutigen Situation mit ihren sich immer rascher verändernden Ansprüchen und Veränderungen beurteilen.

Die Schuladministration sollte bei der Umsetzung bildungspolitischer Entscheidungen darauf bedacht sein, nicht laufend neue juristische und administrative Schranken zu entwickeln, welche die Entwicklungsmöglichkeiten der Schulen übermäßig beeinträchtigen. Hier bestehen gegenwärtig

wieder deutliche Gefahren. Noch so gut gemeinte Zertifizierungs- und Akkreditierungsverfahren oder Massnahmen zur Erhöhung der Mobilität für Schülerinnen und Schüler (nicht zuletzt im Rahmen der EU) beginnen aus administrativen und die Lehrfreiheit beschränkenden Gründen Lehrpersonen zunehmend mehr zu belasten, was sich besonders nachhaltig auswirken könnte, wenn alle diese Maßnahmen zu keinen Verbesserungen der Alltagschule führen.

## 5 Schlussfolgerungen: Die Wechselwirkungen

Das immer häufiger zu beobachtende Phänomen, dass sich Lehrkräfte über die Bildungspolitik und deren Träger beschwerten und Politikerinnen und Politiker den Lehrkräften nicht mehr mit der gebotenen Sachlichkeit und dem nötigen Verständnis begegnen, lässt sich nicht mittels Einzelmaßnahmen auf einer Seite beseitigen. Notwendig ist zunächst eine verständnisvolle Einsicht in die veränderten Berufsbedingungen für Lehrkräfte. Auf dieser Basis müssen beide Seiten in Offenheit aufeinander zugehen und die ihnen eigenen Untugenden ablegen. Auf der Seite der Lehrerschaft sind es die oft nicht situationsgerechten Forderungen sowie die immer wieder zu beobachtenden Empfindlichkeiten und eine oft damit verbundene Uneinsichtigkeit. In der Politik muss den Lehrkräften als Erziehungsfachleuten mehr Vertrauen entgegengebracht, der sozialen Demontage des Lehrerberufes entgegengewirkt sowie auf eine kurzzeitige Bildungspolitik mit einem gewissen „Herr-im-Hause“-Standpunkt verzichtet werden.

### Literaturhinweise

- Burtless, G. (1996). *Does Money Matter*. Washington: Brookings Institutions Press.
- Dubs, R. (1989). Zur Belastungssituation von Lehrkräften. In: R. Dubs, Y. Hangartner & A. Nydegger (Hrsg.). *Der Kanton St. Gallen und seine Hochschule*. St. Gallen: HSG, 127–135.
- Dubs, R. (1999). Macht mehr Geld bessere Schulen? Kritische Gedanken zum Mitteleinsatz im pädagogischen Alltag. In: *NZZ*, 23. September 1999, Nr. 221, 81.
- Eikenbusch, G. (1998). *Praxishandbuch Schulentwicklung*. Berlin: Cornelsen Scriptor.
- Gonon, Ph. (Hrsg.) (1996). *Schlüsselqualifikationen kontrovers*. Aarau: Sauerländer.
- Hall, G.E. & Hord, S.M. (1984). *Change in Schools. Facilitating Change*. New York: State University of New York Press.
- Kramis-Aebischer, K. (1995). *Stress, Belastungen und Belastungsverarbeitung im Lehrerberuf*. Bern: Haupt.
- Kultusministerkonferenz (1999). *Handreichungen für die Erarbeitung von Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 5. Februar 1999*.
- Lickona, Th. (1991). *Education for Character*. New York: Bantam Books.
- Weinert, F.E. (1996). Für und Wider die „neuen Lerntheorien“ als Grundlage pädagogisch-psychologischer Forschung. In: *Zeitschrift für Pädagogische Psychologie*, 10 (1), 1–12.

# Neue Gesetze und Verordnungen

MANFRED GREUBEL

*In Heft 12/99 wurde das 15. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 22. Juli 1999 besprochen. In der Folge geht es um weitere im letzten Jahr erlassene Gesetze und Verordnungen.*

## • Verordnung über den Ausgleich von Arbeitszeitguthaben aus einer langfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit (Bayerische Ausgleichzulagenverordnung – BayAusglZV)

Diese Verordnung regelt die Fälle, in denen es nicht möglich ist, angesparte Arbeitszeitguthaben durch Arbeitszeitausgleich abzubauen. Dies kann zu einem vollständigen oder teilweisen Ausgleichsanspruch führen. Bei der Abwicklung des Anspruches ist zu unterscheiden, ob die Ansparphase in einem Teilzeitmodell oder bei Vollbeschäftigung erfolgte.

Bei einem Teilzeitmodell werden die Dienstbezüge im Umfang der Differenz zwischen den für die geleistete Arbeit zustehenden Bezügen und den tatsächlich erhaltenen Bezügen nachgezahlt. Dies stellt eine klar nachvollziehbare und von der Rechtsprechung zweifelsfrei anerkannte Regelung dar. Problematisch wird es jedoch für die Fälle, für die eine Arbeitsleistung über die 100 %-Grenze hinaus geleistet wird. Darunter fallen das verpflichtende und das freiwillige Ansparmodell.

Für diese Ansparmodelle gibt es im Bundesbesoldungsgesetz keine Regelung, da nach dem Alimentationsprinzip die Besoldung die 100 %-Grenze nicht übersteigen darf. Eine rechtliche Überprüfung dieses Grundsatzes sollte erfolgen, da es sich hier um eine Form der ungerechtfertigten Bereicherung nach § 812 ff BGB handeln könnte und somit ein Herausgabeanspruch entsteht. Die Bayerische Staatsregierung folgt diesem Gedanken nicht, son-

dern erlässt eine Rechtsverordnung nach der Ermächtigung des § 48 Abs. 3 BbesG. Nach dieser Vorschrift ist es der Bayerischen Staatsregierung gestattet, eine Ausgleichszahlung in Höhe der Mehrarbeitsvergütung zu gewähren. Diese liegt jedoch erheblich unter dem regulären Stundensatz. Die jeweilige Höhe der Mehrarbeitsvergütung richtet sich nach dem Satz der zum Zeitpunkt der Anspruchsberechtigung – dies ist der Zeitpunkt des Eintretens des Störfalles – maßgeblich ist.

Der Anspruch geht in allen Fällen auf die Erben über, wenn der Anspruchsberechtigte verstorben ist.

## • Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG)

Zur Deckung der zukünftigen Versorgungsleistungen wurde im Versorgungsreformgesetz 1998 bestimmt, dass Bund und Länder eine Versorgungsrücklage zu bilden haben. Diese Bestimmung wurde in das Bundesbesoldungsgesetz aufgenommen und als § 14 a eingefügt.

Dieser Bestimmung zufolge wurde in Bayern eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen. Die einbehaltenen Bezüge (0,2 % je Jahr von 1999 bis 2013) werden 15 Jahre lang in ein Sondervermögen eingestellt, das vom Staatsministerium der Finanzen verwaltet wird und bei einer Einrichtung außerhalb der Staatsverwaltung (Vertrag mit der Landeszentralbank am 31. Aug. 1999) angelegt wird. Die Anlage soll nach dem Prinzip der größtmöglichen Sicherheit und Rentabilität erfolgen. Die aufgelaufenen Mittel (Schätzung ca. 5 – 6 Milliarden Mark) werden ab 1. Januar 2014 über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren zur schrittweisen Entlastung der Versorgungsaufwendungen eingesetzt. Genauere Bestimmungen über die Verwendung werden durch das Haushaltsgesetz geregelt. Über die Entwicklung des Sondervermögens wird für jedes Geschäftsjahr eine

Jahresrechnung erstellt, die in einem Geschäftsbericht näher erläutert wird. Dieser Geschäftsbericht wird im Staatsanzeiger veröffentlicht.

Damit die Verwaltung des Sondervermögens nicht aufgrund einsamer Beschlüsse erfolgt, wird ein Beirat eingerichtet, der in allen wichtigen Fragen mitwirkt. Der Beirat besteht aus sechs Mitgliedern, wovon der BBB ein Mitglied stellt. Den Vorsitz übernimmt einer der beiden Vertreter des Finanzministeriums. Der Vorsitzende entscheidet bei Stimmgleichheit.

## • Durchführungshinweise zur Bayerischen Leistungsprämien- und Leistungszulagenverordnung (BayLPZV) vom 22. Juli 1999

### Vorbemerkung:

Mit diesen Durchführungshinweisen sollte auch eine wesentliche Änderung der Leistungsstufenvergabe erfolgen. Es war beabsichtigt, dass die 10 % Vergabe sich nicht jeweils auf die berücksichtigungsfähigen Beamten bezieht, sondern dass je Jahr nur 10 % vergeben werden durften. Dies hätte zur Folge, dass genau gerechnet werden müsste, wann eine Vergabe zu erfolgen hat und an wen diese vergeben wird. Damit wollte man die kurzfristigen Vergaben verhindern. Begründet wurde dies damit, dass nach den bisherigen Erhebungen mehr als 50 % der Vergaben auf einen Zeitraum von 1–6 Monaten fallen. Auf einen Zeitraum von mehr als 12 Monaten entfielen nur 17,17 %. Der BBB hat im Rahmen des Beteiligungsverfahrens dies mit der Begründung verhindert, dass es bisher an anderen Möglichkeiten eines Leistungsanreizes gefehlt hat. Dies wurde vom Staatsministerium anerkannt und das Vorhaben zunächst zurückgestellt. Es bleibt somit abzuwarten, ob durch die Einführung von Leistungszulagen und Leistungsprämien diesen kurzfristigen Vergaben gegengesteuert werden kann. Die weitere Entwicklung wird vom Staatsministerium genau verfolgt.

Die wesentlichen Punkte der Verordnung nebst Durchführungshinweisen sind:

**Leistungszulage****Leistungsprämie****Bezugsberechtigte**

Es muß mindestens drei Monate lang eine herausragende besondere Leistung erbracht werden. Auch, wenn neben der eigentlichen Aufgabe eine weitere Aufgabe übernommen wird. Vergabe an Teams ist möglich.

Es muß eine herausragende besondere Einzelleistung erbracht worden sein. Zeitlich soll ein enger Bezug vorhanden sein. Vergabe an Teams ist möglich.

**Bezugsdauer**

Höchstens 12 Monate. Rückwirkende Vergabe bis höchstens sechs Monate. Ein Widerruf ist möglich. Erneut darf die Vergabe frühestens nach 12 Monaten erfolgen.

Einmalige Vergabe. Während des Zeitraums von 12 Monaten können an eine Person mehrere Prämien bis zur Höchstgrenze vergeben werden.

**Vergabeumfang**

Leistungszulage und Leistungsprämie können an maximal 10 % der Beamten der Besoldungsgruppe A vergeben werden, die am Stichtag (1. Januar) vorhanden sind. Teilzeitbeschäftigte zählen dabei wie Vollzeitbeschäftigte. Die Quote darf nicht durch Rundungen überschritten werden. Ein Team gilt als eine Vergabe, wenn die folgende Höchstgrenze nicht überschritten wird. Sollte dies der Fall sein, so erfolgt eine einzelne Berücksichtigung. Eine im Vorjahr bewilligte Leistungszulage wird nicht auf das aktuelle Jahr angerechnet. Nicht genutzte Quoten können nicht in das nächste Jahr übernommen werden.

**Höchstgrenze**

7 % des Anfangsgrundgehalts der Besoldungsgruppe, der der Beamte zum Zeitpunkt des Beginns des Bezugszeitraumes angehört. Die Höhe wird in einem Monatsbetrag angegeben. Bei Teilzeitbeschäftigten ist das gem. § 6 BbesG geminderte Anfangsgrundgehalt maßgeblich.

Es erfolgt eine Einmalzahlung bis zur Höhe des Anfangsgrundgehaltes der Besoldungsgruppe, der die Person im Zeitpunkt der Festsetzung der Leistungsprämie angehört.

**Beteiligung der Personalvertretung**

Das Bayerische Personalvertretungsgesetz sieht keine formelle Beteiligung bei der Aufstellung von allgemeinen Grundsätzen zur Vergabe von Leistungsprämien und –zulagen vor. Es sollte jedoch im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit eine Beteiligung erfolgen. Dazu gehört eine frühzeitige und umfassende Information und die Gelegenheit zur Stellungnahme. Bei der Einzelvergabe ist die Personalvertretung nicht zu beteiligen. Der Personalrat ist jedoch zu informieren, an wen eine Vergabe erfolgt ist. Für eine Stellungnahme über die Entscheidungsgründe besteht keine Verpflichtung. Der Personalrat hat Stillschweigen zu wahren.

**• Entwurf einer Jubiläumsszuwendungsverordnung (JzV)**

Vom Staatsministerium der Finanzen wurde ein Entwurf zur Stellungnahme vorgelegt. Kern der Änderung ist die Tatsache, dass für Jubiläumsszuwendungen durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2001 die Steuerfreiheit ab 1. Januar 1999 entfallen ist. Dies bedeutet, dass Jubilare ab diesem Zeitpunkt ihre Jubiläumsszuwendung versteuern müssen. Für die im ersten Quartal 99 bezahlten Zuwendungen müssen im Nachhinein die Steuerbeträge einbehalten werden. Es wird deshalb in der Jubiläumssverordnung in § 2 der Absatz 2 gestrichen, da er durch die Gesetzesänderung überholt ist. Zur Kompensation der reduzierten Zuwendungen wird die in der Urlaubsverordnung vorgesehene Dienstbefreiung von einem Tag auf zwei Tage angehoben. Diese Vorschrift wurde neu in die Jubiläumssdienstordnung aufgenommen und aus der Urlaubsverordnung gestrichen. Weiterhin wird geregelt, dass die unterhälftige Teilzeitbeschäftigung voll berücksichtigt wird. 

**Der VLB ist online ...**

Unsere Homepage finden Sie unter der Adresse

<http://www.vlb-bayern.de>

## Hauptpersonalrat erteilt den neuen Beurteilungsrichtlinien eine Absage

Die neuen Beurteilungsrichtlinien, die für den Bereich der Lehrer zum 01.08.1999 hätten in Kraft treten sollen, wurden dem Hauptpersonalrat Mitte Oktober im Rahmen des Mitbestimmungsverfahrens zur Begutachtung vorgelegt.

Der Hauptpersonalrat hält jedoch diese Richtlinien in der Interessenwahrung für die Kolleginnen und Kollegen für nicht zustimmungsfähig. Auf Einladung des Ausschussvorsitzenden für Fragen des öffentlichen Dienstes, Dr. Walter Eykman, fand daraufhin am 09. Dezember 1999 ein Gespräch

mit Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser und dem BBB-Vorstand statt.

Der Finanzminister erklärte, dass wegen der Umsetzung der Richtlinien zur dienstlichen Beurteilung im Bereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus seiner Sicht zwischen den Beteiligten eine Einigung herbeigeführt werden sollte.

Um dies zu ermöglichen, räumt das Finanzministerium eine Frist bis zum 01. April 2000 ein. Deshalb hält das Finanzministerium das er-

forderliche Einvernehmen zwischen Kultus- und Finanzministerium nicht weiter aufrecht.

Dies bedeutet, dass nach dem ersten Verhandlungsgepräch zwischen HPR und KM geklärt werden muss, wie bis zum 01. April 2000 verfahren wird, da in der Laufbahnverordnung die alten Beurteilungsrichtlinien zum 01. August außer Kraft gesetzt wurden.

Der Verzicht des Finanzministeriums auf Einvernehmen zwischen Kultus- und Finanzministerium öffnet Spielraum für die nun anstehenden Verhandlungen.

Der Hauptpersonalrat wird alles daran setzen, dass das Instrument „Dienstliche Beurteilung“ nicht zur Demotivation der Kolleginnen und Kollegen führt. *Ingrid Heckner*

### Antwortschreiben von Kultusministerin Monika Hohlmeier auf eine Anfrage des VLB, 6. Dezember 1999

### Universitäre Ausbildung zum Lehramt an beruflichen Schulen

*Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender,*

*in meiner Rede auf dem Berufsbildungskongress des VLB in Würzburg habe ich mich zur universitären Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen bekannt. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert.*

*Ich bin mir sicher, dass Kollege Hans Zehetmair in seinen Überlegungen zur Auslastung der in seinem Kompetenzbereich liegenden Fachhochschulen keinen aktuellen Änderungsbedarf in der Frage der Berufsschullehrerausbildung anmahnen wollte.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Monika Hohlmeier*

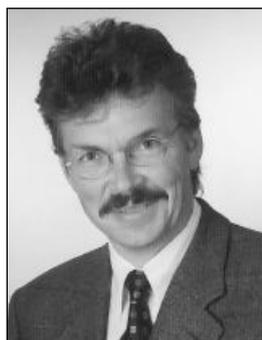


**Ein erfolgreiches  
Jahr 2000...**

**... in Gesundheit  
und Zufriedenheit  
wünscht der VLB  
seinen Mitgliedern,  
Freunden und Gönnern.**

Modellversuch „Multimedia und Telekommunikation für berufliche Schulen (MUT)“:

## MUT in Pfarrkirchen – Idee und Umsetzung



RUDOLF GEIER



REINHARD GÖBL

### Die Idee ...

Seit September 1997 läuft der Modellversuch „Multimedia und Telekommunikation für berufliche Schulen (MUT)“. An dem Vorhaben nehmen 10 ausgewählte bayerische Berufsschulen und Fachschulen teil. Die Projektleitung des Modellversuchs liegt beim Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, Abteilung Berufliche Schulen. Die wissenschaftliche Begleitung wird vom Lehrstuhl für Pädagogik der Technischen Universität München (gewerblich-technische Berufsfelder) und vom Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung) durchgeführt. Das Modellvorhaben wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus gefördert.

### Zielsetzung des Modellversuchs

Als Folge technischer Entwicklungen ergeben sich neue Einsatzmöglichkeiten elektronischer Medien in der beruflichen Bildung. Die neuen Medien bieten Möglichkeiten der Veranschaulichung, der Individualisie-

rung, der Interaktivität und der Motivation. Im Rahmen des Modellversuchs soll untersucht werden, ob sich mittels Multimedia und Telekommunikation im Unterricht die Schüleraktivität erhöhen lässt, selbstständiges bzw. schülergesteuertes Lernen intensiviert und problemorientiertes Lernen unterstützt sowie fächerübergreifendes und handlungsorientiertes Lernen gefördert werden kann. Die Schülerinnen und Schüler sollen in der Lage sein, das vorhandene Informationsangebot zielgerichtet und effizient zu nutzen.

Hauptziel des Modellversuchs ist es, Möglichkeiten der zielgerichteten und didaktisch optimalen Nutzung von Multimedia- und Telekommunikationsangeboten aufzuzeigen und das Angebot im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Unterricht zu beurteilen. Bei der Umsetzung dieser Ziele ergeben sich zwei grundsätzliche Gestaltungsmöglichkeiten:

- Multimediale Lernsoftware als Lernmedium
- Multimedia und Telekommunikation als Gegenstand und Werkzeug des Lernens

### Modellversuchsschulen

Die Auswahl der am Modellversuch beteiligten Schulen erfolgte in Ab-

sprache mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und Vertretern der wissenschaftlichen Begleitung. Dabei wurden unterschiedliche Schulstrukturen und Schularten, die verschiedenen Berufsfelder, technische Gegebenheiten und eine regionale Ausgewogenheit berücksichtigt.

*Gewerblich-technische Berufsfelder*  
 Fachschule für Elektrotechnik und Maschinenbautechnik der Landeshauptstadt München (Elektrotechnik)

Fachschule für Techniker der Stadt Erlangen (Elektrotechnik)

Staatliche Berufsschule Cham (Gastronomie, Bautechnik, Elektrotechnik)

Staatliche Berufsschule Gunzenhausen (Holztechnik, Agrarwirtschaft)

Städtische Berufsschule für Kommunikationselektronik München (IT-Berufe)

Staatliche Berufsschule Pfarrkirchen (Elektrotechnik, Metalltechnik)

*Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung*

Staatliche Berufsschule II Fürth

Staatliche Berufsschule Lichtenfels

Staatliche Berufsschule Neu-Ulm

Städtisches Kaufmännisches Berufsbildungszentrum Würzburg

### Vorgehen

Für die Laufzeit des Modellversuchs wurden an den Schulen Projektteams gebildet, die für die Planung und Durchführung der handlungsorientierten, lehrplanbezogenen und transferfähigen Unterrichtskonzepte verantwortlich sind. Die Unterrichtskonzepte wurden – getrennt nach gewerblich-technischen und kaufmännisch-verwaltenden Berufsfeldern – erprobt, optimiert und von der jeweiligen wissenschaftlichen Begleitung evaluiert. Die Modellprojekte wurden mit Hilfe einer Datenbank dokumentiert und stehen somit allen Schulen zur Verfügung. (Hyperlink: <http://www.bsnu.neu-ulm.de>)

Durch gezielte Fortbildungsmaßnahmen soll der Transfer der Unterrichtsprojekte erleichtert werden.

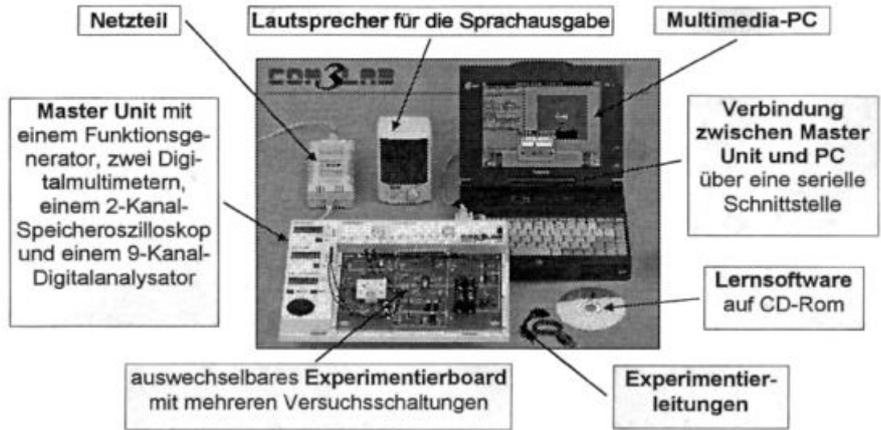
... und deren Umsetzung

Die Staatliche Berufsschule Pfarrkirchen nimmt am Modellversuch Multimedia und Telekommunikation für berufliche Schulen mit den Berufsfeldern Metall- und Elektrotechnik teil, wobei auch das Seminar Elektrotechnik (2. Phase der Lehrerausbildung) eingebunden ist.

Die Ziele des Einsatzes von Multimedia und Telekommunikation sind insbesondere:

- die Veranschaulichung komplexer Zusammenhänge,
- die Motivation durch die neuen Medien und deren interaktive Handhabung,
- die Steigerung der Selbsttätigkeit und der Selbständigkeit,
- die Förderung der Selbstlernkompetenz,
- die Einübung von Teamarbeit,
- die Ausbildung von Medienkompetenz im Bereich der neuen Medien.

Schwerpunkt der Schule ist der Einsatz von multimedialer Software und Internet. Nach Euler<sup>1</sup> können verschiedene Formen des computer-



unterstützten Lernens unterschieden werden.

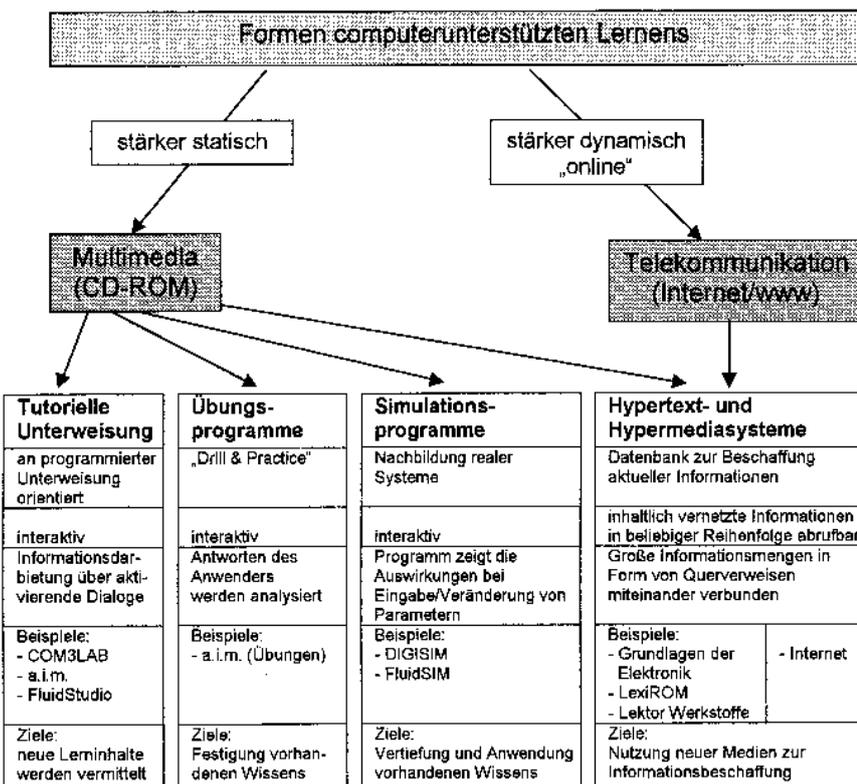
Die Übersicht (unten) zeigt, dass in der Staatlichen Berufsschule Pfarrkirchen vor allem die Lernprogramme COM3LAB (Fa. Leybold), a.i.m. (Fa. a.i.m.), DIGISIM (Fa. Triple-S) und FluidStudio sowie FluidSIM (Fa. Festo) eingesetzt werden. Diese Programme bieten den Vorteil, dass sie gut handhabbar aufgebaut sind und die Einarbeitungszeit vergleichsweise kurz ist. Das multimediale Lernsystem COM3LAB nimmt insofern eine Sonderstellung ein, da

dieses System ein Experimentierboard mit Versuchsschaltungen über eine serielle Schnittstelle mit dem PC und somit mit der Lernsoftware verbindet. Das Lernprogramm vermittelt die Theorie und leitet zum realen Experimentieren am Experimentierboard an. Das CBT-Programm erhält über die serielle Schnittstelle die realen Messwerte und kann so auch auf Bedienungsfehler reagieren. Die notwendigen Messmittel (Multimeter, Zweikanal-Speicheroszilloskop, Digitalanalysator, Funktionsgenerator) sind in die Master Unit integriert. Alle Messgeräte können auf dem PC-Bildschirm dargestellt und von dort mittels Maus bedient werden.

Das interaktive Lernsystem wird sowohl in Elektrotechnik als auch in Metalltechnik eingesetzt. Verbesserungsvorschläge aus dem praktischen Unterrichtseinsatz fließen im Rahmen eines Optimierungsprozesses direkt in die Entwicklung des Industrieproduktes COM3LAB ein.

Unterrichtsvorbereitung und Unterrichtsablauf

Die Unterrichtsverlaufsplanung erfolgt zunächst wie gewohnt. Die Hinführung wird in der Regel „konventionell“ geplant, weil die Lernsoftware und das Internet dazu weniger geeignet erscheinen bzw. nichts entsprechendes anbieten. Dann werden einzelne Lernschritte, Lernschritticherungen und Lernschrittkontrollen mit Multimedia- und Interneteinsatz eingebaut. Die Gesamtzusammenfassung erfolgt



schließlich meist wieder gemeinsam in konventioneller Form. Der „traditionelle Unterricht“ bildet also den Rahmen, in den multimediale und telekommunikative Sequenzen am geeigneten didaktischen Ort eingebettet werden. Ob als Rahmen der stärker instruktionsorientierte (erarbeitender Unterricht) oder der stärker problemlösungsorientierte (handlungsorientierter Unterricht) gewählt wird, entscheidet der einzelne Lehrer. Aufgrund bisheriger Erfahrungen werden begleitende Arbeits- und Merkblätter verwendet, die von den Lehrkräften selbst angefertigt und auf die wesentlichen Lerninhalte der Multimediaeinheiten abgestimmt sind. Sie müssen von den Schülern parallel zum Lernprogramm bearbeitet werden, um die Gefahr einer rein „medieninduzierten Motivation“ zu mindern. Einzelne Schüler arbeiten sonst ihren Spieltrieb aus, gehen im Programm zu schnell weiter, ohne auf die Inhalte zu achten. Der Wissenszuwachs bliebe dann gering.

**Lehrerrolle, Schülerrolle und Schülerverhalten**

Der Lehrer übernimmt im Unterricht mehr die Rolle des Moderators und Beraters. Der Vorbereitungsaufwand wird beim Einsatz von Multimedia und Telekommunikation deutlich höher. Die Anforderungen an die Arbeitsdisziplin der Schüler sind in den multimedialen Lernsequenzen sehr hoch. Der Multimediaeinsatz bedingt, dass die Lernenden ihr Lerntempo weitgehend selbst bestimmen. Sie müssen daher auch verstärkt selbst darauf achten, effektiv und zielstrebig zu arbeiten. Die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Schüler wirkt sich nach den bisherigen Beobachtungen stärker aus als beim „traditionellen Unterricht“.

**Multimedia, Internet und Lehrpläne**

Die Lehrpläne für die Berufsfelder Elektrotechnik und Metalltechnik bieten eine solche Vielzahl von An-

knüpfungspunkten für den Einsatz von Multimedia und Internet, dass hier nicht explizit eine Lernzielaufstellung erfolgen soll. Im Berufsfeld Metalltechnik werden z.B. in der Steuerungstechnik die Lernprogramme FluidStudio und FluidSim eingesetzt. FluidStudio-P und FluidSim-P finden ihre Anwendung für pneumatische Steuerungen in der 11. Jahrgangsstufe Fertigungstechnik, FluidStudio-H und FluidSim-H für hydraulische Steuerungen in der 12. Jahrgangsstufe Fertigungstechnik. Im Berufsfeld Elektrotechnik wird das Lernprogramm COM3LAB in allen Jahrgangsstufen eingesetzt. Lerngebiete sind u.a. Gleichstromtechnik, Wechselstromtechnik, Digitaltechnik, Elektronik und Mikroprozessortechnik. Zusätzlich wird COM3LAB für die Einführung in die Elektrotechnik in den Metallberufen verwendet. Ebenso werden die CBT-Programme der Firma a.i.m. sowohl in Elektro- als auch in Metallklassen eingesetzt. Das Internet wird zur gezielten Informationsbeschaffung im

*State of the Art Ausbildung in der Elektrotechnik*



Das neue interaktive Multimedia-Desktop-Labor für die Aus- und Weiterbildung in der Elektrotechnik und Elektronik.

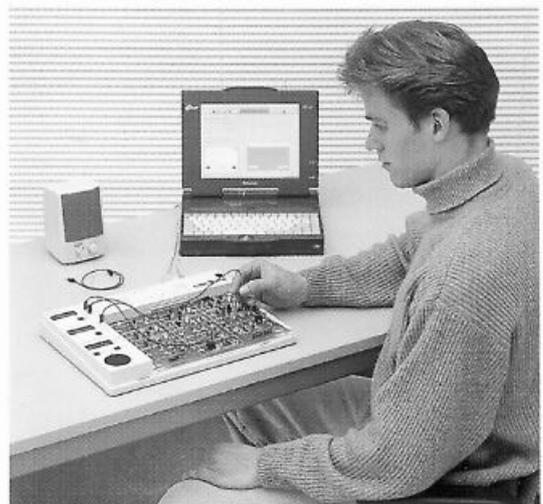
Theorievermittlung und Praxis in einem Arbeitsgang durch die Verbindung moderner Multimedia-Lernprogramme mit der realen Experimentierwelt.

Alle notwendigen Meßgeräte und ein Funktionsgenerator sind bereits in COM3LAB integriert. Der angeschlossene PC erfaßt alle Meßwerte und Einstellungen.

Für nahezu alle Themengebiete der Elektrotechnik und Elektronik gibt es COM3LAB-Kurse bestehend aus einem Experimentier-Board und aus einer Multimedia CD mit CBT-Programm.

Fordern Sie noch heute Ihre COM3LAB-Präsentations CD an.

**LEYBOLD DIDACTIC**  
Ihr Spezialist für die naturwissenschaftlich-technische Aus- und Weiterbildung



Der Schüler wird interaktiv durch das CBT-Programm geführt und zum experimentieren an realen Schaltungen angeleitet. Das CBT-Programm reagiert auf Schüleraktionen und überprüft den Lernfortschritt.

LEYBOLD DIDACTIC GMBH, Geschäftsbereich Elektrotechnik/Elektronik V4  
Leiboldstraße 1, 50354 Hürth, Postfach 1365, 50330 Hürth, Telefon (0 22 33) 604-0, Telefax (0 22 33) 604-222

fachlichen Unterricht und im Fach Deutsch eingesetzt.

### Momentaufnahmen aus der bisherigen Arbeit mit Multimedia und Telekommunikation

Die folgenden Aussagen sollen nur einzelne Eindrücke beschreiben, sie sind weder als abschließende Ergebnisse zu verstehen noch sollen sie der wissenschaftlichen Auswertung vorgreifen:

Multimedia und Internet wecken wohl das Interesse der Schüler, auch oder gerade weil es neue Medien sind. Allerdings scheint für manche schwache oder am Computer ungewöhnte Schüler dieser Einsatz auch eine neue Lernbarriere darzustellen. Die Leistungsunterschiede werden hier teilweise noch verstärkt. Die Mehrzahl unserer Schüler begrüßt den Einsatz von Lernprogrammen und Internet im Unterricht, betont aber auch, dass sie nicht nur so unterrichtet werden möchte. Nach den bisherigen Erfahrungen bindet die Arbeit mit Multimedia und Internet viel Zeit und Energie des Lehrers. Dies gilt sowohl für die vorbereitenden Arbeiten, für die Nacharbeiten als auch für den Unterricht selbst. Die Anforderungen an die Disziplin der Schüler steigen, da jede unbedachte oder vereinzelt auch bewusste Falschbedienung des Computers den Unterrichtsverlauf enorm behindern kann. Dass mit einer realistischen Einstellung der Multimedia- und Interneteinsatz im Unterricht für Lehrer und Schüler eine interessante Bereicherung sein kann, haben wir bereits erfahren.

1 EULER, Dieter: Pädagogische Konzepte multimedialen Lernens. In: Wirtschaft und Erziehung, 49 (1997) 1, S. 3 - 10

### Der VLB ist online ...

Unsere Homepage finden Sie unter der Adresse

<http://www.vlb-bayern.de>

## Bezirks- und Kreisverbände

### BV Unterfranken

#### Fragen Sie nicht, handeln Sie ...

war die Quintessenz dessen, was Abteilungsdirektor Jürgen Röhling am 11. November 1999 bei einem Gespräch der Sachgebietsleiter der beruflichen Schulen bei der Regierung von Unterfranken mit dem Bezirksvorstand auf einige Fragen zum Ausdruck brachte.

Dies traf insbesondere für die Diskussion über die Behandlung des Stundenausfalls nach den Berufsabschlussprüfungen unter Berücksichtigung des Prüfungsaufwandes der Lehrkräfte zu, die einen recht breiten Raum einnahm.

Vorholen des Unterrichts, Einhaltung der Jahrespflichtstundensumme, Blockfaktoren, Anrechnung von bis zu 10 Unterrichtsstunden wegen Prüfertätigkeit auf den ausfallenden Unterricht waren Themen des Meinungsaustausches, der sich letztlich gefährlich wieder einmal einem Unterrichtszeitkonto näherte.

Dieses wollen jedoch viele Kolleginnen und Kollegen nicht, auch Abteilungsdirektor Röhling nicht, weil dessen Handling in Erbsenzählerei

ausartet und damit das Betriebsklima stark belastet und letztlich auch keine absolute Gerechtigkeit herstellen kann.

Nach seiner Meinung sollten die SchulleiterInnen vor Ort in eigener Verantwortung darüber entscheiden, wie mit ausfallendem Unterricht einerseits und geleistetem Prüfungsaufwand andererseits angemessen umgegangen wird.

Also fragen Sie nicht, handeln Sie...!

Der BV-Vorstand bat die Sachgebietsleiter bei der nächsten Direktorenkonferenz mit den unterfränkischen SchulleiternInnen in diesem Sinne zu sprechen.

Thematisiert wurde auch die Stundenübertragung von bis zu ±2 Unterrichtsstunden auf das nächste Schuljahr. Auch hier betonten die „Regierungsvertreter“, dass sie keinen eigenen Handlungsbedarf sehen, sondern dass die Schulen, quasi vor Ort, einen Entscheidungsspielraum haben, um den Unterrichtseinsatz flexibler gestalten zu können.

Also fragen Sie nicht, handeln Sie...!

Keine Möglichkeit sieht man dagegen, Mehrarbeit durch Stundenübertragung auf das nächste Jahr ausgleichen zu können.

Die Lehrerversorgung an den Berufsschulen in Unterfranken bereitet den Vertretern der Schulabteilung wie auch dem BV-Vorstand große Sorgen. Derzeit sind an den unterfränkischen



Die unterfränkische Verbandsspitze bei der Regierung: Von links nach rechts: Siegfried Nees (VLB); Jürgen Röhling (Abteilungsdirektor); Karl-Heinz-Dotzler (VLB); Gereon Rempe (VLB); Gustav Eirich (Ltd. Reg. Sch D.); Elfriede Bernhard (Ltd. Reg. Sch D.); Christoph Stumpf (VLB); Wolfgang Lambl (VLB); Wolfgang Grünsfelder (VLB) und Eduard Wörner (Ltd. Reg. Sch D.).

Berufsschulen 32 Planstellen nicht zu besetzen. Besonderen Nachwuchsmangel beklagt der kaufmännisch-verwaltende Bereich.

Für den Fall, dass Pflichtunterricht vermehrt ausfallen muss, werden unangenehme Lösungen angedacht:

Erhöhung der Schülerzahl je Klasse, Zusammenfassung von Minderklassen in einem Ausbildungsberuf innerhalb des Bezirks u.a.m. bis hin zur Ablehnung von Altersteilzeitanträgen.

Weitere Themen des von einer kollegialen-konstruktiven Grundstimmung geprägten Gesprächs waren

- die neuen Beurteilungsrichtlinien und ihre Umsetzung bei der nächsten periodischen Beurteilung,
- die schulinterne Lehrerfortbildung „SCHILF-TELuMM“, insbesondere die "Vergütungsfrage" für die Schultandems, die aus der Sicht des BV-Vorstands für die KollegenInnen, die vor Ort die Fortbildung bewerkstelligen, völlig unbefriedigend geregelt ist und die
- Möglichkeiten der Hilfestellung bei Umsetzung der lernfeldorientierten Lehrpläne auf der Bezirksebene.

Am Ende des regen und in einigen Punkten auch kontrovers geführten Meinungsaustausches stellte Abteilungsdirektor Jürgen Röhling die Notwendigkeit solcher Gespräche heraus. Trotz manch unterschiedlicher Standpunkte treibt uns der gemeinsame Wille, für unsere SchülerInnen und LehrerInnen gute Lern- und Unterrichtsbedingungen zu schaffen.

Der BV-Vorsitzende Karl-Heinz Dotzler bedankte sich für das offene und von hoher Sachkompetenz geprägte Gespräch.

Man kam überein, sich in einem halben Jahr wieder zu treffen.

Übrigens:

Staatsministerin Monika Hohlmeier hielt auf dem Unterfränkischen Hauptschultag am 20. November 1999 in Würzburg ein Referat zur Entwicklung der Hauptschule, bei dem Sie u. a. großen Wert auf die Feststellung legte, dass die sog. P-Klassen nicht in den Werkstätten der

Berufsschulen in die berufliche Praxis eingeführt werden, sondern dass dies, möglichst berufsnah, in ausgewählten Betrieben geschehen soll.

Außerdem sprach sie sich auch auf dieser Veranstaltung dafür aus, mehr Entscheidungskompetenzen auf die Schulen zu verlagern. Diese müssen aber dann auch bereit sein, die Gestaltungsfreiräume zu nutzen.

Diese Aussage war „Wasser auf die Mühlen“ von Abteilungsdirektor Jürgen Röhling. Er lies sich cora publicum sein Motto „Fragen Sie nicht, handeln Sie“ von der Staatsministerin bestätigen. *Grünsfelder/Dotzler*

## BV München

### 50 Jahre Bezirksverband München – „Immer unter Dampf“

Vieles hat der VLB auf Landes- und Bezirksebene in den fünf Jahrzehnten seit seiner Gründung im Jahre 1949 bewegt; er hat vieles erreicht und vieles bewahrt. Ein halbes Jahrhundert VLB bedeuten auch 50 Jahre Aktivitäten – 50 Jahre, in denen der VLB „immer unter Dampf“ stand.

Was lag also näher, als unser 50-Jahres-Motto in eine Jubiläumsfahrt mit dem schönsten Schiff der „Staatlichen Schifffahrt – Weiß-Blaue-Flotte“, der „MS Seeshaupt“, auf dem herrlichen Starnberger See umzusetzen?

Gedacht, getan! Aber ganz so einfach war es dann doch nicht. Es gab unendlich viel zu bedenken und zu organisieren: Ein geeignetes Datum musste gefunden werden; die Reservierung des Schiffes musste monatelang im Voraus getätigt werden; die Anzahl der Anmeldungen musste festgelegt werden; die Musik und natürlich das leibliche Wohl mussten gemanagt werden. Natürlich sollten auch einige kurze, dem Rahmen entsprechende Ansprachen gehalten werden.

Aber an erster Stelle stand die Sorge um die Finanzierung der Festivität. Nach der Feier sollte unsere Schatzmeisterin Monika Monat mehr als nur noch leere Kassen zu verwalten haben!

Bevor all dies umgesetzt werden konnte, galt es erst noch einiges herauszufinden. So „wühlten“ wir uns schon fast ein Jahr im Voraus durch die frühesten – leider nur noch spärlich vorhandenen – Annalen unseres Bezirksverbandes bzw. seiner Vorläufer. Heinz Strey war uns hier ein unentbehrlicher Helfer, konnte er sich noch an so manche Details aus den Vorgängerverbänden erinnern.

Ein wichtiges Datum konnten wir schließlich ausfindig machen: Es gibt noch Unterlagen über den Eintritt eines Kollegen in den Verband vom 13. Juli 1949. Also musste es den Münchener Bezirksverband schon mindestens so lange geben. Damit hatten wir einen Fixpunkt. Wir konnten unsere Jubiläumsfahrt für den Juli planen (in einem meist sonnigen Monat).

Und wie das so ist in einem solchen Verband: Jeder hat da seine Fähigkeiten und Talente – und wir haben glücklicherweise Ubbo Groeneveld als Mitglied, der mit seiner Big Band jedes Jahr Fahrten auf dem Starnberger See organisiert und durchführt. Ohne seine großartige Unterstützung hätten wir unser „Projekt“ wohl nicht so ohne Weiteres umsetzen können, da eine gute Kapelle auch nicht für umsonst zu haben ist.

Die Umfrage bei unseren Mitgliedern ergab, dass trotz eines finanziellen Eigenbetrages ein reges Interesse für diese Jubiläumsfahrt bestand. So konnten wir schließlich im Frühjahr das Schiff fest reservieren (zusammen mit einer Gruppe der Münchener Volkshochschule) und die Einladungskarten gestalten und versenden.

Siegfried Hummelsberger und ich arrangierten eine kleine 30-seitige Festschrift mit der Geschichte des Bezirksverbandes München, einer Reihe von Grußworten, Jubiläen und Ehrungen und einer Gästeliste.

Wir haben natürlich versucht, alles möglichst perfekt zu planen, nur eines lag nicht mehr in unserer Macht: das Wetter.

Aber wie kann es anders sein, wenn so viele „Verbandsengel“ feiern? Es war ein prachtvolles Bilderbuchwetter mit einem herrlichen

weiß-blauen Himmel. Es wurde uns sogar noch ein absolut traumhafter Sonnenuntergang beschert, der die Alpenkette in den stimmungsvollsten Farben erstrahlen ließ. Was wollten wir mehr?

Das Schöne an solchen Jubiläen ist auch, dass man viele alte Bekannte wieder trifft und natürlich neue Bekanntschaften macht. Man findet sich zwanglos zusammen, trinkt zusammen, lacht zusammen - leider sind solche Gelegenheiten viel zu selten, wo man sich ganz entspannt den Unterhaltungen hingeben kann.

Neben unseren Mitgliedern nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates, des Schulreferates und der anderen Lehrerverbände teil.

Für uns „Jüngere“ ist es auch immer wieder interessant, mit unseren Pensionistinnen und Pensionisten zusammenzutreffen. Eine ganz besondere Ehre war es uns, Cäcilie Neumann-Pettinger, die seit 50 Jahren Mitglied im Bezirksverband München ist, auf dem Schiff begrüßen zu dürfen.

Die über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Jubiläumsfahrt zeigten auch wieder einmal, wie wichtig es für einen Verband ist, Jung und Alt erfolgreich zusammenzubringen und in Kontakt zu halten.

Die Stimmung der Gäste war so ungetrübt wie der weiß-blaue Himmel. Das ganze Schiff hallte wieder vom Lärmpegel der Gespräche und vom Lachen der vielen Leute und von der Musik.

Angeheizt von „Ubbo's Big Band“ schwangen viele das Tanzbein, die Getränke und die Küche fanden großen Anklang, so dass zum Schluss hoffentlich alle sehr zufrieden waren.

Wer dann den wirklich rundherum schönen Abend noch verlängern wollte, der konnte sich im „Seerestaurant Undosa“, wo wir genügend Plätze reserviert hatten, noch ein paar Stunden mit Tanzen und Erzählen vergnügen oder einfach nur die schöne laue Sommernacht zusammen mit netten Menschen noch ein wenig genießen.

Ich denke, dass dieses Jubiläumsfest uns allen in einer sehr schönen und angenehmen Erinnerung blei-

ben wird und möchte hier an dieser Stelle noch einmal allen an der Organisation beteiligten Mitgliedern mei-

nen besonderen Dank für ihre Mühe und ihr Engagement ausdrücken.

*Rainer Pirkner*

## KV Rosenheim-Miesbach

### Rosenheimer Lehrer im Berliner Reichstag

*Lehrkräfte der kaufmännischen Berufsschule Rosenheim vor dem Berliner Dom/ Berlin Mitte*



Gerade eine Woche vor den offiziellen Veranstaltungen zum 10. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer besuchte eine Gruppe von 16 Lehrkräften der Staatl. Berufsschule II Rosenheim in den Herbstferien die ehemals geteilte Hauptstadt. In der als Fortbildungsmaßnahme in Sozialkunde organisierten Studienfahrt standen aktuelle Politik, Geschichte und Kultur in der Bundeshauptstadt auf dem Programm. Berlin war fast ein halbes Jahrhundert lang die Klammer der geteilten Nation; jetzt ist sie die einzige große Stadt, die aus Ost und West zugleich besteht, quasi die „Werkstatt der Einheit“. Und diese „Werkstatt Bundeshauptstadt“ wollten die Rosenheimer Lehrer sehen und erleben. Beeindruckend war die Besichtigung der größten Baustelle Europas (Regierungsbauten, Bundestag, Bundeskanzleramt etc.) aus der Spreeperspektive. Vom Ausflugsboot aus konnten die Berlinbesucher die Baustellen im Herzen der Hauptstadt in Augenschein nehmen. Erstaunlich auch, wie innerhalb von nur fünf Jahren „Daimler-City“ aus dem ehemaligen Brachland am Potsdamer Platz gestampft wurde. Das Debis-Hochhaus, die Gebäude der Sony Europa-Zentrale und die mächtige Kugel des IMAX-Kinos am Marlene-Dietrich-Platz prägen das Bild dieses Areals. Mittlerweile flanieren täglich zw. 40 000 und 60 000 Menschen über den Potsdamer Platz.

Nach einer Stadtführung durch das historische Berlin und einer Visite in der "Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund" hatte insbesondere der Besuch einer Plenardebatte im neu gestalteten Bundestag im ehemaligen Reichstagsgebäude eine besondere Qualität. Der Besuch – ermöglicht durch eine Einladung der Rosenheimer MdB Angelika Graf – eröffnete die Möglichkeit, von einer der sieben Besuchertribünen aus, viele bekannte Politikgrößen live in der Auseinandersetzung um das sog. "Gesundheitsreformgesetz" erleben zu können. Neben aktueller Politik, deutscher Geschichte und großstädtischer Architektur kamen natürlich vor allem abends Kunst, Kultur und Nachtleben mit Varieté, Kabarett und Schauspiel nicht zu kurz. Kurz erschienen den Teilnehmern allerdings die fünf Tage in Berlin – die waren viel zu schnell vorbei. *Martin Jungkunz*

## KV Allgäu

### 1354 Mitgliedsjahre auf dem Weg nach Nürnberg

Man könnte die tollsten Rechnungen anstellen – waren doch tatsächlich 1354 Mitgliedsjahre in einem Bus aus dem Allgäu angereist, um an der Feier zum 50jährigen Jubiläum des VLB am 12. 11. 1999 in Nürnberg teilzunehmen. Somit war

das Allgäu, das man zu recht als Ur-Ursprung des heutigen VLB bezeichnen darf, würdig vertreten, Zu dieser beachtlichen Anzahl an Mitgliedsjahren kommt eine weitere stattliche hinzu: 3 135 Lebensjahre kamen da zusammen. Wie gesagt – jetzt könnte man rechnen: Wie steht es mit dem Verhältnis von Lebensalter zu Mitgliedsjahren und wie hoch ist die durchschnittliche Mitgliedsdauer je Teilnehmer und ... und ... und. Doch das lassen wir lieber an dieser Stelle, war doch anderes an diesem Tag viel wichtiger. Die Idee, mit möglichst vielen treuen, langjährigen Mitgliedern des Kreisverbandes zu der Jubelfeier zu fahren wurde im Sommer durch Bernd Wesse geboren, den Kreisvorsitzenden des Allgäu. Es sollte gerade für die Mitglieder, die dem Verband lange Jahre auch im Pensionsalter die Treue gehalten haben, ein besonderes Ereignis werden. Somit lud der Kreisverband ein und viele kamen: 64 VLbler machten sich auf den Weg. Und ein bisschen Statistik muss an dieser Stelle dann doch sein: Als Mitglied mit den meisten Mitgliedsjahren fuhr Günther Rösch mit, StD i.R. aus Kempten. Er bringt es auf 45 Jahre Mitgliedschaft im VLB bzw. einem der Vorläuferverbände. Vier weitere Mitreisende können auf eine über 40jährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken. Der an Lebensjahren Älteste (77) war Günther Mochan, OstR i.R. aus Kaufbeuren. Vor 35 Jahren trat er

dem Verband bei. Und so begann die Reise an diesem Freitag um 9.30 Uhr in Kaufbeuren und führte mit Zusteigemöglichkeiten in Kempten und Memmingen nach Nürnberg. Die Stimmung im Bus war schon zu Beginn der Reise ausgelassen und fröhlich, freuten sich doch die meisten Mitfahrer, bekannte Gesichter wieder zu sehen und so gab es ein reges „Hallo“ und „Grüß Gott“. Für Reiseproviant hatte Bernd Wesse gesorgt, so dass es während der Fahrt an nichts mangelte.

In Nürnberg waren die Plätze für die große Gruppe bereits reserviert und auch diejenigen, die schon länger im Ruhestand leben, dürften dem einfühlsamen Vortrag des Hauptredners aus der Schweiz mit großem Interesse gefolgt sein.

Danach wartete der zweite Höhepunkt des Abends für die Gruppe aus dem Allgäu. Der Besuch des Stehempfangs fiel dafür etwas kürzer aus, statt dessen wurde in einem benachbarten Ort ein Vier-Gänge-Menü gereicht, bei dem es so richtig gemütlich wurde. Die vorgesehene Zeit musste deutlich ausgedehnt werden, denn so schnell wollte niemand hier wieder weg. Es wurde ein gemütliches kurzweiliges Beisammen sein und auch als dann alle letztendlich doch die Heimreise antraten, war von Müdigkeit bei den Teilnehmern keine Spur. Im Bus ging es lustig weiter, die Sektbar war recht bald geplündert und am Ende der Fahrt dürfte bei den mei-

sten geklärt gewesen sein, wer wen kannte, wer wo abgeblieben war, wen es wohin verschlagen hatte und wer was über wen zu berichten hatte.

Es war eine gelungene Fahrt, die einem wichtigen Teil unserer Verbandsarbeit Rechnung getragen hat: Die Mitglieder zueinander zu bringen und ein geselliges Miteinander zu ermöglichen.

An dieser Stelle möchte ich Herrn Wesse zu der Idee für diese Fahrt gratulieren und ihm herzlich dafür danken, dass er sie in die Tat umgesetzt hat.

Spaß hat's gemacht.

*Elisabeth Hufschmidt*

## Referate und Fachgruppen

### FG Hauswirtschaft

#### Wie jung müssen Fachlehrerinnen (mt) mit der Fächerverbindung Handarbeit/Hauswirtschaft sein?\*

Nach jahrelangen Diskussionen wurde 1998 ein Kompromiss geschlossen und die neue Schulordnung für die Fachakademien für Hauswirtschaft verabschiedet.

Daraufhin konnten im Schuljahr 1998/99 zum Teil doppelt so viele Studierende in die Fachakademien für Hauswirtschaft aufgenommen werden, da Schülerinnen mit und ohne Vorpraktikum die Zugangsvoraussetzungen erfüllten.

Am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung wurden zügig neue Lehrpläne erstellt. Diese wurden sowohl auf das Berufsziel der „Hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin“ durch die Mitarbeit des Berufsverbandes Hauswirtschaftlicher Fach- und Führungskräfte als auch auf die mögliche Weiterbildung zur Fach-



*Links Günther Mochan (ältestes Mitglied), rechts Günther Rösch (langjährigstes Mitglied)*

\* siehe auch Seite 9 in diesem Heft

lehrerin musische-technische (m/t) Fächerverbindung Handarbeit/Hauswirtschaft durch die Mitarbeit einer Vertreterin des Staatsinstitutes Nürnberg abgestimmt.

Alle Fachakademien in Bayern vollbrachten im Schuljahr 1998/99 einen beispielhaften Kraftakt, um in der schwierigen Übergangsphase dem hohen Ausbildungsniveau dieses Berufszweiges gerecht zu werden.

Noch bevor im September 1999 die neuen Lehrpläne für die Fachakademie für Hauswirtschaft veröffentlicht wurden, stellten im Juli 1999 die CSU Landtagsabgeordneten Knauer, Schneider, Dr. Goppel u.a. den folgenden Antrag: Modellversuch „Eigenständige Ausbildung für die Fachlehrerinnen für Handarbeit/Hauswirtschaft“.

„Der Landtag wolle beschließen:

Mit einer beschränkten Teilnehmerzahl soll nach Möglichkeit ab dem Schuljahr 1999/2000 an der Abteilung II des Staatsinstitutes in München im Rahmen der im Einzelplan 05 vorhandenen Mittel und Stellen ein Modellversuch eingerichtet werden, in dem die Ausbildung der Fachlehrerinnen für Handarbeit/Hauswirtschaft sowohl von der Dauer als auch vom Aufbau der Ausbildung für die Fachlehrer in den musisch – technischen Fächern angeglichen wird. Hierbei sind auch die finanziellen Auswirkungen einer evtl. künftigen generellen Umstellung der Ausbildung der Fachlehrerinnen für Handarbeit/Hauswirtschaft auf diese Form der Ausbildung zu untersuchen.“

Dieser Antrag wurde im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport mit der einzigen Änderung: Schuljahr 2000/2001 einstimmig angenommen.

Im November hat auch die SPD zum gleichen Thema folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag möge beschließen:

Zur Umsetzung der Neuordnung der Fachlehrerinnenausbildung H/H soll auch ein Modellversuch an einer Fachakademie für Handarbeit

Eingangsvoraussetzung: Berufsabschluss Hauswirtschafterin und mittlerer Bildungsabschluss		
Früherer Ausbildungsgang	Neuer Ausbildungsgang seit 1998	
Vorpraktikum (1 Jahr)	Fachakademie für Hauswirtschaft (2 Jahre)	Fachakademie für Hauswirtschaft (2 Jahre)
Fachakademie für Hauswirtschaft (2 Jahre) Abschluss: Hauswirtschaftliche Betriebsleiterin	Berufspraktikum (1 Jahr) Abschluss: Hauswirtschaftliche Betriebsleiterin	Pädagogisches Institut (1 Jahr) Abschluss: 1. Lehramtsprüfung
Pädagogisches Institut (1 Jahr) Abschluss: 1. Lehramtsprüfung	Pädagogisches Institut (1 Jahr) Abschluss: 1. Lehramtsprüfung	Vorbereitungsdienst (2 Jahre) Abschluss: 2. Lehramtsprüfung
Vorbereitungsdienst (2 Jahre) Abschluss: 2. Lehramtsprüfung	Vorbereitungsdienst (2 Jahre) Abschluss: 2. Lehramtsprüfung	<b>keine Einsatz an beruflichen Schulen</b>
Alter: minimal 22 Jahre	Alter: minimal 22 Jahre	Alter: minimal 21 Jahre

und Hauswirtschaft durchgeführt werden. Damit soll eine Vergleichbarkeit der Ausbildungsorte Staatsinstitut und Fachakademie sichergestellt werden.“

Da eine neuerliche Umstellung, noch bevor die ersten Studierenden, die bereits neue Ausbildung an Fachakademien für Hauswirtschaft vollständig durchlaufen haben, völlig unverständlich ist, hat sich die Fachgruppe Hauswirtschaft im VLB an die Landtagsabgeordneten des Finanzausschusses mit nachfolgendem Schreiben gewandt:

Sehr geehrte/r Frau/Herr Landtagsabgeordnete/r,

wie wir erfahren haben, hat sich der Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport des Bayerischen Landtages für die Durchführung eines Modellversuches zur eigenständigen Ausbildung von Fachlehrerinnen Handarbeit/Hauswirtschaft ausgesprochen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzen, dem Sie angehören, wird diesen Antrag bearbeiten.

Wir, die Fachgruppe Hauswirtschaft im Verband der Lehrer an Beruflichen Schulen (VLB), halten den Modellversuch für nicht erforderlich. Wir begründen unsere Haltung wie folgt:

– Fachlehrerinnen gemäß obigem Antrag haben zur Zeit eine eigenständige Ausbildung und bekommen seit Jahrzehnten in ihrem Lehramtszeugnis bescheinigt, dass sie Fachlehrerinnen mu-

sisch/technisch (m/t) sind. Wozu der Antrag?

- Die von Befürwortern des Antrages angestrebte Verkürzung der Ausbildungszeit und die damit eingesparten Finanzmittel sind zwar theoretisch möglich. Zieht man zum Vergleich die Statistik der Pädagogischen Institute in Augsburg und Bayreuth heran, wird sichtbar, dass ein Großteil der Schüler bereits eine Berufsausbildung mitbringt bzw. die FOS oder das Gymnasium besucht hat. Damit finanziert der Steuerzahler einerseits eine noch längere Ausbildung und andererseits erfolgt ein noch späteres Eintreten in das Berufsleben und damit ein verspätetes Einzahlen in die Sozialkassen.
- Der Steuerzahler würde ebenfalls stärker belastet, da den Absolventen der Staatsinstitute Augsburg und Bayreuth Bafög gewährt wird, das nicht zurückgezahlt werden muss. Studierende der Fachakademien erhalten ebenfalls Bafög, dieses muss aber größtenteils zurückgezahlt werden.
- Fachlehrerinnen m/t mit der Fächerverbindung Handarbeit/Hauswirtschaft können an allen Schularten unterrichten. Dies hatte in der Vergangenheit große Vorteile auch finanzieller Art. Der Lehrerberuf konnte den Schülerbergen angepasst werden und Lehrkräfte über Schularten hinweg versetzt werden. Sollte in Zukunft keine berufliche Ausbil-

derung in dieser Fachlehrerausbildung enthalten sein, würde die Berufsnähe, die zur Zeit in der „neuen Hauptschule“ propagiert wird und im beruflichen Schulwesen unabdingbar ist, verloren gehen.

- Neue Berufsbilder, wie die des Mechatronikers zeigen, dass junge Menschen eine möglichst breite Ausbildung benötigen, um in Zukunft flexibel auf die Anforderungen des europäischen Arbeitsmarktes reagieren zu können. Gerade für Frauen, die nach ihrer Heirat oder nach einer längeren Familienpause wieder ins Berufsleben einsteigen, kann es nur von Vorteil sein, ein zweites Standbein zu haben.
- Der Ausbau zweier Staatsinstitute, die neben einer einjährigen pädagogisch-didaktischen Ausbildung wie bisher, auch eine dreijährige Fachausbildung vermitteln, würde den Steuerzahler unnötig belasten. In diesem Zusammenhang möchten wir noch darauf hinweisen, dass von den 11 Fachakademien, in denen die Fachausbildung zur Zeit stattfindet, nur eine staatlich ist und in vollem Umfang vom Staat finanziert wird.
- Auf dem Weg zur Ausbildung als Fachlehrerin werden außerdem folgende Qualifikationen erreicht:
  1. Der Facharbeiterbrief nach BBiG,
  2. ein gehobener Berufsabschluss als Betriebsleiterin,
  3. die Ausbilderberechtigung nach BBiG.

Wir stellen fest, dass alle fachlichen Grundlagen für eine Lehrkraft in den Fächern Werken, Textilarbeit, Textiles Gestalten, Nahrungszubereitung, Hygiene, Hauswirtschaftliche Betriebsführung, Ernährungslehre und Textillehre gelegt werden. Mit der pädagogischen Ausbildung wird ebenfalls in den Fächern Berufs- und Arbeitspädagogik, Personalwesen und Deutsch begonnen. Gerne belegen wir dies noch genauer anhand der Lehrpläne, die in den letzten Jahren mehrfach

auf die Bedürfnisse der Lehrerausbildung zugeschnitten wurden, letztmals geschehen 1999. Unverständlich ist uns, dass die Ergebnisse dieser abermaligen Änderung nicht einmal abgewartet werden, bevor ein Modellversuch beschlossen werden soll. Im Rahmen des Modellversuches würden keine Abschlüsse ausser dem der Fachlehrerin erlangt.

**Ein Modellversuch zum jetzigen Zeitpunkt erscheint uns sogar unverantwortlich, weil:**

- In den kommenden Jahren durch die Änderung der Schulordnung für Fachakademien für Hauswirtschaft im Jahr 1998 die Studierenden mit und ohne Praktikum die Zugangsvoraussetzungen für die Pädagogischen Institute in Nürnberg und München erfüllen. Theoretisch könnten doppelt so viele Studierende im nächsten Jahr an die Staatsinstitute kommen. Nachdem sich aber, wie es sich jetzt abzeichnet, ein Großteil der Studierenden, die kein Vor-

praktikum haben, für das Berufspraktikum nach der Fachakademie entscheiden, wird sich der starke Andrang auf die Staatsinstitute verzögert einstellen. Wir sehen in der Wahl der Studierenden für das Berufspraktikum eindeutig den Beweis, dass die Akzeptanz einer längeren, aber praxisorientierteren Ausbildung bei den Studierenden groß ist.

- Alle finanziellen Mittel, die zur Verfügung gestellt werden können, müssen jetzt dazu dienen, den Studierenden, die bereits vier bzw. fünf Jahre Ausbildung hinter sich haben, den nächsten Ausbildungsschritt zu ermöglichen und die Aufnahmekapazitäten an den Staatsinstituten zu erweitern und nicht durch einen "unnötigen" Modellversuch womöglich zu verringern.

Für weitere Informationen oder Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dorothea Helbig,  
VLB-Fachgruppe Hauswirtschaft

*Ein Informationsgespräch kurz vor Weihnachten*



Mitte Dezember '99 – unmittelbar nach Redaktionsschluss – führte die Fachgruppe Hauswirtschaft unter Beteiligung des VLB-Landesvorsitzenden im Städtischen Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und Sozialwesen Würzburg ein Informationsgespräch zum Thema „Fachlehrerinnen-Ausbildung“ mit den regionalen SPD-Landtagsabgeordneten durch: Links MdL Rainer Boutter, vierte von links MdL Karin Pranghofer, in der Bildmitte MdL Gerhard Hartmann, dritte von rechts MdL Ruth von Truchseß. Über Einzelheiten zu diesem Gespräch berichtet die Fachgruppe in unserer Februar-Ausgabe.

## FG Sozialpädagogik/ Sozialpflege

### Fachgruppenarbeit

Der Herbst 1999 stand ganz im Zeichen einer Reihe von Veranstaltungen:

Am 5. und 6. November 1999 fand eine BLBS-Tagung zum Thema „Entwicklungen im Berufsfeld Gesundheit und Soziales“ in Langen-Debstadt statt. Der inhaltliche Schwerpunkt der Tagung beschäftigte sich mit dem Entwurf zum Altenpflegegesetz. Nachdem der Bundesrat über 100 Änderungsanträge eingebacht hatte, wurde der Gesetzentwurf in Teilen grundlegend verändert. Zentral hier sicher die Aussage, dass schulrechtliche Regelungen beibehalten werden können. Diese Formulierung wird wohl dazu führen, dass der Bundesrat nun dem Gesetz in großer Mehrheit zustimmt und es folglich also Wirklichkeit werden wird.

Noch im Frühjahr des Jahres hat Kultusministerin Hohlmeier anlässlich des Berufsbildungskongresses in Würzburg den Gang Bayerns bis vors Bundesverfassungsgericht angekündigt, sollte das geplante Bundesgesetz schulrechtliche Länderregelungen aufheben.

Obwohl Bayern nach wie vor eine skeptische Haltung einnimmt, bleibt abzuwarten ob nicht aufgrund der o.g. „Kann-Bestimmung“ eine vorhandene und qualitativ hochwertige, schulrechtlich verankerte Ausbildung auf dem Altar allseits gegenwärtiger Finanzprobleme geopfert wird.

Zwei weitere Veranstaltungen beschäftigten sich mit der Zukunft der Erzieherinnenausbildung in Bayern bzw. in Deutschland.

Am 13. November 1999 fand in München ein Symposium zur „Umstrukturierung des Vorpraktikums und der Erzieherinnenausbildung an der Fachakademie für Sozialpädagogik“ statt. Anlass waren Bedenken einer Reihe von Lehrkräften aus dem musisch-künstlerischen Bereich, dass mit einer Verlagerung von Unterrichtszeit aus der zweijährigen Schulzeit ins Vorpraktikum eine qua-

litative Verschlechterung der Ausbildung einhergehe.

Die Fachgruppe war gebeten worden, die bayerische Situation der Kinderpflegerinnenausbildung zu schildern. Dabei wurde deutlich, dass an der „Nahtstelle“ Berufsfachschule für Kinderpflege und Fachakademie für Sozialpädagogik durchaus Interessenkonflikte entstehen können – vor allem durch die Tatsache, dass angehende Erzieherinnen zukünftig ihr Vorpraktikum mit einer Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Kinderpflegerinnen abschließen werden. Dabei müssen sie sich der identischen Prüfung unterziehen. In der Praxis bedeutet dies, dass der Unterrichtsanteil im Vorpraktikum erhöht werden muss – wie immer natürlich kostenneutral. D. h. es müssen zwangsläufig Stunden aus dem Hauptstudium ins Vorpraktikum verlegt werden – ob es dann tatsächlich Stundenanteile des musisch-künstlerischen Bereichs sein werden, ist nach Auskunft des Kultusministeriums noch nicht endgültig entschieden, man befindet sich noch in einer Diskussionsphase.

Auslöser der gesamten Umstrukturierung des Vorpraktikums war ein Beschluss des Bayerischen Landtages zur konzeptionellen Weiterentwicklung des Vorpraktikums vom 29. Januar 1998.

Die dritte Veranstaltung war eine Fachtagung des BLBS in Königswinter vom 26. Bis 28. November 1999. Sie beschäftigte sich mit dem Thema „Qualifikationsentwicklung als öffentliche Aufgabe – Ziel, Ergebnisse und Ergebnistransfer von Projektförderung durch Bund, Länder und EU dargestellt an Projekten in der sozialpädagogischen Berufsausbildung.“

Unter der bewährten Leitung und Organisation von Renate Rosenau wurden verschiedene Projekte und Modellversuche in der sozialpädagogischen Berufsausbildung vorgestellt. Für die Vollzeitausbildung z. B. an der Berufsfachschule besonders interessant ist ein Modellversuch des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik von Professor Euler an der Uni Erlangen-Nürnberg. Neben den üblichen dualen Ausbildungsformen sind

auch ausdrücklich Vollzeitausbildungsformen genannt. Interessierte Schulen können sich direkt an den Lehrstuhl wenden. Daneben wurden weitere Projekte u. a. in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (Projekt der Bund-Länder-Kommission WERA) und Hamburg (Leonardo da Vinci) vorgestellt.

Die anwesenden Lehrkräfte aus den verschiedenen Bundesländern waren sich einig, dass die beruflichen Schulen bei den sozialen Berufen seit langem Lernortkooperationen mit den Trägern der Einrichtungen betreiben. Am Beispiel von Anleitertreffen wurde dies exemplarisch verdeutlicht.

Die KMK wird sich vermutlich im Frühjahr 2000 auf eine neue Rahmenvereinbarung für die Erzieherausbildung einigen. Welche Auswirkungen sie auf die bayerischen Fachakademien für Sozialpädagogik haben wird, ist noch nicht abzusehen.

Im Bereich von FOS/BOS hat sich noch nicht viel verändert. Die Fachgruppe fordert nach wie vor, dass der Stundenanteil der Kernfächer Pädagogik und Psychologie genauso hoch sein muss wie in der Ausbildungsrichtung Technik oder Wirtschaft.

*Wilhelm Ott*

## FG Handelsberufe

### Fachgruppe tagte in Nürnberg

#### Umsetzung der Evaluierung im Einzelhandel

Herr Werner vom Landesverband des Bayerischen Einzelhandels (LBE) und Herr Wages von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) folgten der Einladung der Fachgruppe. Im Rahmen einer engagierten Diskussion wurden auf weiten Strecken bekannte Positionen vertreten.

Viele Fragen wurden aufgeworfen, konnten aber in den meisten Fällen nicht in Richtung eines Konsenses weitergeführt werden. Z. B. ist der Verkäuferberuf als kommunikatives Glied im Handel ohne Theorieballast

noch zeitgemäß? Wie wurde die Ausbildungsordnung bisher umgesetzt? Wäre eine Basisqualifikation wie in der Schweiz und in Österreich nicht hilfreich? Könnten zwei Richtungen innerhalb der Ausbildung, einmal zum selbständig machen und zum anderen zum guten Verkäufer, weiter führen? Gibt es eine Differenzierung in der Einzelhandelsausbildung? Welche Konsequenzen hat die zunehmende Zahl an Maßnahmeträgern auf die Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb? Welche Rolle spielt die Frage der Ausbildung überhaupt noch in einzelnen Betrieben? Ist Buchführung in der 11. und 12. Klasse der Berufsschule noch notwendig, wenn sie nicht am Ende geprüft wird? Wo liegen die Möglichkeiten für eine Modifizierung der AO und des Lehrplans? Wie können Niveauunterschiede bei den Auszubildenden ausgeglichen werden, über Stufen oder über eine parallele Differenzierung? Müsste Fremdsprachenunterricht eingeführt werden? Ist EDV im Lehrplan der 10. Klasse richtig positioniert?

Am Ende kam das Angebot der Vertreter der Sozialpartner, doch von Lehrerseite aus konkrete Änderungswünsche zum Entschlacken und Differenzieren der Ausbildungsordnung und des Lehrplans vorzuschlagen und einen Dialog über den Lehrplan und seinen Bezug zur realen Arbeitswelt zu führen.

Die Fachgruppe beschloss, sich am Freitag, 11. Februar 2000, 13:30 Uhr wieder in Nürnberg, Berufsschule 4, zu treffen und dort greifbare Vorstellungen zu entwickeln und zu fixieren.

### Kammerprüfungen im Handelsbereich

Die Fachrichtung Außenhandel des Kaufmanns/der Kauffrau im Groß- und Außenhandel hatte zum Termin Winter 1999/2000 die erste von Bayern selbst erstellte Kammerprüfung.

Die Punktebewertung je Aufgabe und Frage bei den ungebundenen Aufgaben des Faches Großhandel (GH, Fachrichtung Großhandel) gab zu Irritationen für die Prüflinge Anlass. So wurde häufig

mehr als erforderlich geschrieben. Die Fachgruppe schlägt vor, auf die ungebundenen Aufgaben nicht insgesamt 100 Punkte, sondern realistisch z.B. 40 Punkte zu geben und wie im programmierten Teil mittels Faktor auf 100 % umzurechnen.

Die zeitliche Verteilung der Prüfung für Kaufleute im Groß- und Außenhandel, Fachrichtung Großhandel, auf zwei Tage wie in der Fachrichtung Außenhandel (23. und 24. November) wäre günstiger.

In einigen Kammerbezirken wurden bereits Aufgabensammlungen für die mündliche (praktische) Prüfung an die einzelnen Prüfungsausschüsse weitergeleitet.

Die Bildung der Ausschüsse für die praktische Prüfung wird in den verschiedenen Kammerbezirken unterschiedlich gehandhabt. Grundsätzlich sind die Praktiker fest zugeordnet, die Lehrervertreter sind z. T. fest, z. T. „Springer“ und werden z. T. von der Kammer, z. T. von der Schule festgelegt.

In einem Kammerbezirk schlüsselt die Kammer in der Mitteilung an die Lehrer die Prüflinge nach Schule bzw. Maßnahmeträger auf.

In diesem Zusammenhang tauchte auch die Frage auf, wo die Teilnahme der Lehrkräfte an Kammerprüfungen gesetzlich geregelt ist.

### Umsetzung der Lehrpläne

Das Thema Warenwirtschaftssystem und Berichte über Erfahrungen mit eingeführten Systemen werden auf die nächste Sitzung am 12. Mai 2000 verschoben.

Ebenso ist für Mai 2000 ein Vergleich der eingeführten Bücher für die Hand der Schüler vorgesehen.

Aus zeitlichen Gründen wurden weitere TOPs auf die nächste Sitzung verlegt.

### Sonstiges

Die nächsten Termine sind

- 11. Februar 2000, 13:30 Uhr „Entschlackung und Differenzierung im Lehrplan des Einzelhandels“
- 12. Mai 2000, 13:30 Uhr Ordentliche Sitzung der Fachgruppe

Gerhard Hacker

## „Den Lehrplan für den Einzelhandel entschlacken und differenzieren“

Das vergangene Treffen der Fachgruppe „Handelsberufe“ am 26. November 1999 in Nürnberg („je-weils am Freitag nach der IHK-Prüfung“) zeigte sehr eindrucksvoll auf, dass der Dialog zwischen den Berufsschullehrern und den Sozialpartnern LBE und HBV dringend weitergeführt werden muss. Deshalb nimmt die Fachgruppe das Angebot der Herren Wages, HBV, und Werner, LBE, die Beratungen mit klaren Vorgaben von der Schulseite zu beleben, gerne auf.

Die Fachgruppe lädt deshalb zu einer zusätzlichen Sitzung am

**Freitag, 11. Februar 2000,  
13:30 Uhr  
nach Nürnberg, Berufsschule 4,  
Schönweißstr. 7,**

zwei U-Bahn-Stationen („Maffeiplatz“) vom Hauptbahnhof entfernt, ein. Bringen Sie Ihren Lehrplan und Vorschläge für eine Entschlackung und Differenzierung im Einzelhandel mit! Wir leiten die erarbeiteten Unterlagen an LBE, HBV und das KM weiter. Auf der regulären Sitzung am 12. Mai 2000 ist dann eine Abstimmung mit allen Beteiligten vorgesehen.

Ich freue mich auf ein Wiedersehen in Nürnberg.

Gerhard Hacker

## Abschlussprüfung im Großhandel – Beispiel ‚Würzburger Modell‘

Die gegenwärtige berufspädagogische Debatte wird beherrscht von den Begriffen „Handlungskompetenz“ bzw. „Handlungsorientierung“. Die Vermittlung von „Handlungskompetenz“ wird als ein zentrales Ziel der Berufsausbildung definiert, „Handlungsorientierung“

gilt als das korrespondierende methodisch-didaktische Unterrichtsprinzip in Schule und Betrieb zur Zielerreichung. Vor diesem Hintergrund muss auch die Neuordnung der Abschlussprüfung gesehen werden. Welche Auswirkung hat diese Debatte nun auf die schriftliche und mündliche Abschlussprüfung und welche ersten Erfahrungen konnten gesammelt werden?

### Schriftliche Abschlussprüfung

In der schriftlichen Abschlussprüfung werden die bisherigen Prüfungsfächer Handelsbetriebslehre und Rechnungswesen, Organisation und Datenverarbeitung durch die Fächer Großhandelsgeschäfte, Kaufmännische Steuerung, Kontrolle und Organisation ersetzt. Das Fach Wirtschafts- und Sozialkunde wird beibehalten. Fächer, Prüfungsverfahren, Aufgabenzahl und Punktervergabe können dem nachfolgenden Schema entnommen werden:

Fächer	Großhandelsgeschäfte	Kaufmännische Steuerung und Kontrolle, Organisation	Wirtschafts- und Sozialkunde
Prüfungsverfahren	Gebunden 60 Minuten Ungebunden 60 Minuten	Gebunden 90 Minuten	Gebunden 60 Minuten
Aufgabenzahl	Ca. 27 programmierte Aufgaben Ca. drei komplexe Aufgaben offen zu beantworten	Ca. 40 programmierte Aufgaben	Ca. 36 programmierte Aufgaben
Punkte	100	100	100

Neben den geänderten Bezeichnungen der Prüfungsfächer muss als wichtige Änderung, das Prüfungsverfahren im Fach Großhandelsgeschäfte angesehen werden. Hier erfolgt die Aufgabenstellung nun in gebundener („programmierter“) und ungebundener („offener“) Form. Das Prüfungsfach gliedert sich demnach in zwei Teile. Beide Teile sind gleich gewichtet. Der ungebundene Teil besteht aus drei komplexen Aufgaben mit Fragen, welche ausführlich beantwortet werden müssen.

### Mündliche Abschlussprüfung

Im Prüfungsfach Praktische Übungen (= mündliche Prüfung) soll der Prüfling eine von zwei ihm schrift-

lich zur Wahl gestellten Aufgaben bearbeiteten. Fach, Form und Inhalte können ebenfalls dem nachfolgenden Schema entnommen werden:

Fach	Form	Inhalte	Zeitraum
Praktische Übungen	Eine von zwei schriftlich zur Auswahl gestellten Aufgaben.	Insbesondere aus folgenden Gebieten: 01 Warenkenntnis, Wareneinkauf 02 Marketing, Warenverkauf, Kundenberatung 03 Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Der Arbeit, Umweltschutz	45 Minuten aufgliedert in -max. 15 Min. Vorbereitung -max. 30 Min. Prüfung

Die Aufgaben sollen Ausgangspunkt für das folgende Prüfungsgespräch sein. Der Prüfling soll dabei zeigen, dass er betriebspraktische Vorgänge bearbeiten und ein Einkaufs- oder Verkaufsgespräch führen kann.

### Einführung und bisherige Erfahrungen

Zur Einführung des neuen Prüfungssystems wurde im Bereich des

IHK-Kammerbezirk Würzburg-Schweinfurt ein Verbund zwischen Vertretern der IHK und der Fachgruppe Groß- und Außenhandel vom Kfm. BBZ

Würzburg gebildet (Würzburger Modell). Dieses Gremium führte verschiedene Veranstaltungen mit folgenden Zielen durch:

- Information der Prüfer und Ausbildungsbetriebe über die neue Prüfungsordnung
- Gemeinsame Aussprache und Klärung von Problemen zur neuen Prüfungsordnung
- Entwicklung von Konzepten und Prüfungsaufgaben für die mündliche Prüfung
- Bildung von Teams für die Korrektur der schriftlichen Aufgaben (offener Teil)

Nach den ersten praktischen Erfahrungen mit der neuen Prüfung kann festgestellt werden, dass der Ablauf der Prüfung ohne Probleme abließ und dass die schriftliche und

mündliche Prüfung von den Prüflingen gut bewältigt werden konnte. Hierauf deuten die erzielten Prüfungsergebnisse hin. Diese problemlose Einführung ist sicherlich

auch auf die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben, IHK und Schulen im Kammerbezirk zurück-

*Franz Ziegler*

zuführen.

## FG Bautechnik

### Die Fachgruppe informiert

#### Leichtbeton-Foliensammlung „Baustoff-Lehre“

Von der Fachvereinigung Leichtbeton e. V. wurde eine umfangreiche Foliensammlung herausgegeben. Mit der vorliegenden Dokumentation zur Baustoff-Lehre wird eine dem neuesten Stand der Technik entsprechende, praxisorientierte Unterlage als Unterstützung für den Unterricht angeboten. Die Schwerpunkte der Foliensammlung beziehen sich insbesondere auf die Herstellung und Anwendung von Leichtbetonsteinen. Neben der Beschreibung der Steinerstellung, der Steinarten, Steineigenschaften und Steinbezeichnungen werden auch Wärmeschutz, Schallschutz und Brandschutz ebenso angesprochen wie Wandkonstruktionen. Im Sinne einer möglichst großen Anschaulichkeit enthält die Foliensammlung eine Reihe von Abbildungen und Fotos. Die auf den Folien behandelten Themengebiete werden durch einen Vorspann mit textlichen Erläuterungen ergänzt.

Diese Unterrichtshilfe kann kostenfrei direkt beim Leichtbeton Bestell-Service FAX: 02622/940749 abgerufen werden.

#### CD-ROM Wärmebrücken-katalog

Durch die allgemeine Verbesserung der Wärmedämmung aufgrund der

Wärmeschutzverordnung sind heute zwar die Oberflächentemperaturen auch im Bereich der Wärmebrücken angehoben, trotzdem fallen die linearen Wärmebrückenverluste in der Gesamtbilanz des Wärmeverbrauchs prozentual stärker ins Gewicht als früher bei ungünstiger gedämmten Gebäuden.

Nach Prof. Hauser können diese 25 – 30 % der gesamten Transmissionswärmeverluste ausmachen.

Die Energieeinsparung, die voraussichtlich Mitte nächsten Jahres in Kraft tritt, wird die durch Bauteilanschlüsse zusätzlich entstehenden Wärmeverluste in Ansatz bringen. Bei Verwendung der Musterlösungen für Bauteilanschlüsse gemäß Beiblatt 2 zu DIN 4108 darf ein Bonus gegenüber dem allgemeinen Berechnungsansatz angesetzt werden. Diese Musterlösungen stellen im wesentlichen Konstruktionsprinzipien dar. Um dem Planer eine intensivere Unterstützung zu geben, wurde ein Wärmebrückenkatalog auf CD-ROM erarbeitet, dem sich alle DIN 4108, Beiblatt 2, Lösungen finden, jedoch im Detail variieren und hinsichtlich der Wirkungen quantifiziert.

Neben der detaillierten Konstruktionsbeschreibung finden sich farbige Temperaturverteilungen im Anschlußbereich sowie außen- und innenmaßbezogene Wärmebrückenverlustkoeffizienten  $\gamma$  zur Kennzeichnung der zusätzlichen Wärmeverluste und Temperaturfaktoren  $f$  zur Beschreibung der tiefsten raumseitigen Oberflächentemperaturen mit deren Umrechnung in  $\theta_{oc}$ -Werte. Die Temperaturrandbedingungen sind beliebig vorgebar und die zur Vermeidung von Schimmelpilz- und Tauwasserbildung maximal zulässigen Raumluftfeuchten werde ausgewiesen.

Dreidimensionale Temperaturfelder werden mit Hilfe der im Katalog enthaltenen zweidimensionalen  $f$ -Werte und einer Näherungsgleichung erfaßt. Die Ermittlung der bei einem Gebäude ausführungsabhängig infolge von Wärmebrücken zusätzlichen auftretenden Wärmeverluste – diese exakte Erfassung der Wärmebrückeneffekte ist in der Energieeinsparverordnung alternativ

vorgesehen – wird über eine vorbereitete Tabelle, in die die Kennzeichnung und die Zahlenwerte der jeweiligen Wärmebrücken übernommen werden, unterstützt.

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung: Dipl.-Ing. Horst Striegel,

Tel. 0561/494905, Fax. 0561/494935

Herausgeber: Ingenieurbüro Prof. Dr. Hauser GmbH, Hessenbergsstraße 72, 34225 Baunatal

Kosten für die CD-ROM: DM 295,00 zzgl. MwSt. *Lothar Wagner*

## Termine

### Bayerische VLB-Meisterschaft Volleyball

Am 6. Mai 2000 in Amberg

Qualifizieren können sich die Sieger der Bezirksmeisterschaften  
Meldeschluß: 03.04.00 bei

Walter Harbauer  
Staatl. FOS, BOS Amberg  
Raigerlingerstr. 27a  
92224 Amberg  
Tel. 09621/49990

Thomas Oschmann  
Staatl. Berufsschule Bad Kissingen  
Seestr. 11  
97688 Bad Kissingen  
Tel. 0971/720618

Die Bayerische Meisterschaft wird mit Mixed-Modus gespielt, d. h. es MÜSSEN 2 Damen/Mannschaft auf dem Spielfeld stehen. Spielberechtigt sind Beschäftigte der Berufsschulen. Bei „Frauenmangel“ an einer Berufsschule dürfen auch Frauen aus dem privaten Umfeld mitspielen!

Bei Rückfragen bitte wenden an Fachgruppenleiter-Sport Thomas Oschmann.

### Fortbildungsreise der Fachgruppe Holztechnik

Donnerstag, 1.6. (Christi Himmelfahrt) – Sonntag 4.6. 2000

#### Inhalte

- Werkzeugfabrik Leuco
- Moderner Schreinerbetrieb mit gutem Design
- Solartechnik
- Stühlesammlung im Vitra Design – Museum in Weil am Rhein
- Tingeley Museum von Mario Botta in Basel
- Anthroposophenzentrum in Dornach
- Bedeutsame romanische und gotische Denkmäler

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus erkennt diese Fortbildungsfahrt als eine die staatliche Lehrerfortbildung ergänzende Maßnahme an.

Ausführliche Information erhalten Sie ab Januar über Ihre VLB-Vertrauenslehrer.  
*Josef Heller/Gottfried Berger*

## Personalien

### Leo- von Klenze-Berufsschule Ingolstadt begrüßt neuen Chef

#### Richard Lacher ist neuer Schulleiter

Der Festakt am 28. November 1999 bereitet dem bisherigen Stellvertreter Richard Lacher einen feierlichen Rahmen, um die staatliche Berufs-

schule II Ingolstadt weiterhin als die Nummer 1 zu führen. Er löst damit den Ende des vorigen Schuljahres in den Ruhestand gegangenen OstD Dietmar Tank ab.

Der „Neue“ an der Spitze ist Herr über 2200 Schülerinnen und Schüler und über 70 Lehrkräfte. Die Lehrerschaft blickt aber sichtlich gelassen in die Zukunft: Ist er ihnen doch bestens über mehrere Stationen an der Schule und schon seit 1976 bekannt. Seit 1990 fungierte er als Mitarbeiter



Der Bezirksvorsitzende Peter Wawra (links) von Oberbayern beglückwünscht Richard Lacher zur Ernennung zum Schulleiter an der staatlichen Berufsschule II in Ingolstadt.

in der Schulleitung und in den letzten Jahren sogar als Ständiger Stellvertreter des Schulleiters. Aber nicht nur in der Schule selbst sieht Lacher seine Aufgabe. Auch im Rahmen des Schulversuches „Schule gestalten“ des Staatsinstitutes für Schulpädagogik stand Lacher seinen Mann. Derzeit arbeitet er an der Projektgruppe „Innere Schulreform“ des Kultusministeriums mit.

Der neue Chef ist ganz Mann der Praxis: Nach der kaufmännischen Lehre bei AUDI in Ingolstadt studierte er Betriebswirtschaft. Nach einer beruflichen Tätigkeit „sattelte“ er ein Studium der Volkswirtschaft auf und verläßt die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen als Diplom-Handelslehrer.

Zur feierlichen Amtseinführung reisten Vertreter anderer Schulen und der Wirtschaft an. Auch Peter Schnell, der Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, Werner Busen, Leitender Regierungsschuldirektor von der Regierung von Oberbayern und Vertreter der Kammern sprachen ein Grußwort.

Der Bezirksverband Oberbayern im VLB besitzt in Richard Lacher einen großen Sympatisanten. Durch seine Mitgestaltung konnte der Schulleiterkongress mit Prof. Dr. Rolf Dubs in Ingolstadt zu dem großen Erfolg werden, an dem 1000 Besucher zu Gast waren. Der Bezirksverband Oberbayern gratuliert Richard Lacher sehr herzlich zu seiner Ernennung und wünscht ihm allzeit eine glückliche Hand in seinen Entscheidungen. *Peter Wawra*

## Wir gratulieren zum ...

### ... 80. Geburtstag

**Schuberth, Marianne**, 15.02.  
91054 Erlangen, KV Mfr.-Nord  
**Palzer, Anna**, 17.02.  
83471 Berchtesgaden, KV Traunstein-BGL

### ... 75. Geburtstag

**Weiss, Oscar**, 04.02.  
82266 Inning, KV Obb.-Südwest  
**Leiter, Erich**, 13.02.  
83024 Rosenheim, KV Rosenh.-Miesbach  
**Schlittenbauer, Alfons**, 17.02.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

### ... 70. Geburtstag

**Reinhold, Ernst**, 01.02.  
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL  
**Herrmann, Hans-Günther**, 13.02.  
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest  
**Bock, Gerda**, 15.02.  
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest  
**Schnellbögl, Josef**, 19.02.  
93426 Roding, KK Cham  
**Einfalt, Stephanie**, 21.02.  
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben  
**Hartmann, Rolf**, 23.02.  
80803 München, BV München

### ... 65. Geburtstag

**Fischer, Josef**, 09.02.  
83377 Vachendorf, KV Traunstein-BGL  
**Stock, Friedrich**, 09.02.  
83661 Lenggries, KV Obb.-Südwest  
**Koch, Günter**, 19.02.  
91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd  
**Rößler, Wolf**, 25.02.  
95643 Tirschenreuth, KV Opf.-Nord  
**Kurzbach, Klaus**, 26.02.  
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald  
**Gilch, Matthias**, 27.02.  
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd

### ... 60. Geburtstag

**Kron, Astrid**, 01.02.  
97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön  
**Krahmer, Hans**, 03.02.  
91477 Markt Bibart, KV Mfr.-Nord  
**Kohl, Franz-Josef**, 05.02.  
63741 Aschaffenburg, KV Untermain

**Kunz, Friedbert**, 05.02.  
63820 Elsenfeld, KV Untermain  
**Seebauer, Karl**, 07.02.  
83043 Bad Aibling, KV Rosenh. Miesb.  
**Bauer, Helmut**, 12.02.  
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben  
**Ruther, Erich**, 12.02.  
87653 Eggenthal, KV Allgäu  
**Ackermann, Erwin**, 18.02.  
92364 Deining, KV Neumarkt  
**Hahn, Günter**, 18.02.  
97525 Schwebheim, KV Main-Rhön  
**Schambach, Peter**, 18.02.  
81929 München, BV München  
**Schmitt, Hubert**, 18.02.  
80337 München, BV München  
**Angerer, Waltraud**, 19.02.  
90480 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Jehle, Wilhelm**, 21.02.  
87700 Memmingen, KV Allgäu  
**Müller, Erich**, 22.02.  
97456 Dittelbrunn, KV Main-Rhön  
**Engelhardt, Robert**, 24.02.  
97816 Lohr, KV Würzburg  
**Kummer, Sigrid**, 24.02.  
86163 Augsburg, KV Augsburg  
**Kinzler, Renate**, 25.02.  
93049 Regensburg, KV Landshut  
**Albrecht, Günther**, 29.02.  
82024 Taufkirchen, BV München

## In den Ruhestand sind gegangen.....

**Kirchmeier, Karl**, KV Mfr.-Süd  
**Trautner, Maria**, KV Landshut  
**Mengs, Kurt**, KV Mfr.-Nord  
**Busch, Albrecht**, KV München  
**Schrenk, Peter**, KV Ofr.-Nordost  
**Tank, Dietmar**, KV Obb.-Nordwest  
**Völker, Ursula**, KV Nürnberg  
**Vaupel, Herbert**, KV Schwaben

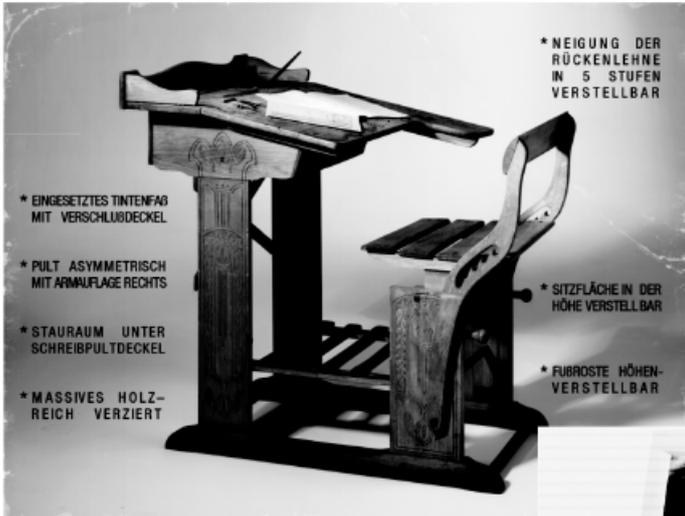
## Wir trauen um....

**Kahler, Josef**, KV Mfr.-Süd (82)  
**Bethke, Hildegard**, KV Nürnberg (74)  
**Scheuer, Andreas**, Landesverband (28)  
**Meier, Eduard**, KV Amberg-Sulzbach (71)  
**Schöferle, Andreas**, KV Allgäu (72)

## Autorenverzeichnis:

Geier, Rudolf	ISB, Arabellastr. 1 81925 München, Tel.: (0 89) 92 14 - 21 98
Göbl, Reinhard	Drosselweg 6, 84130 Dingolfing, Tel.: (0 87 31) 18 22
Greubel, Manfred	VLB-Referent für Dienstrecht, Händelstr. 25, 90571 Schwaig, Tel.: (09 11) 50 00 41
Harter, Annemarie	Predigerberg 1, 86150 Augsburg, Tel.: (08 21) 3 24 41 90
Leischner, Dietmar	VLB-Referent für schul- und bildungspolitische Fragen Robert-Koch-Str. 10, 85521 Ottobrunn
Liebel, Alexander	stellvertr. VLB-Referent f. schul- und bildungspolitische Fragen Itzehoer Str. 13, 90425 Nürnberg, Tel.: (09 11) 2 31 39 49
Sauerwein, Hermann	VLB-Landesvorsitzender, W.-v.-d.-Vogelweide-Str. 22, 97074 Würzburg, Tel.: (09 31) 7 84 77 25

## High Tech früher



## High Tech heute

# Computer für Schulen

und Bildungseinrichtungen-  
direkt von Siemens

Ansprechpartner für Schulen:  
Siemens AG  
PC-Werksvertrieb  
Schulvertrieb / Herr Uwe Tichi  
Bürgermeister-Ulrich-Str. 100  
86199 Augsburg

Tel. (08 21) 8 04 37 88  
Fax (08 21) 8 04 27 44

Besuch Sie unsere Internet-Seiten:  
<http://www.siemens.com/pc/angebot/angebot.htm>  
Hier finden Sie aktuelle Angebote für  
Schulen und Bildungseinrichtungen.  
Oder besuchen Sie unseren Online-Shop:  
<http://www.pc-werksverkauf.de>



**Siemens Computer Systems**  
Information meets Communication